

**Auswirkungen der Osterweiterung
der Europäischen Union
auf die Wanderungsströme in Europa**

Literaturstudie
von
Nicola Düll
Kurt Vogler-Ludwig

Im Auftrag des
Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

München, Mai 1999

Inhalt

Inhalt	I
Vorwort	III
Executive Summary	V
Kurzfassung	VII
1 Theorie der Migration	1
1.1 Mikroökonomische Entscheidungslogik	2
1.2 Makroökonomische Wirkungen	6
1.2.1 Verteilung der Wanderungsgewinne	6
1.2.2 Internationaler Handel und Kapitalmobilität	9
1.2.3 Externe Effekte	10
1.3 Qualifikationsstruktur und asymmetrische Information	13
1.4 Fazit	16
2 Einschätzung des Migrationspotentials	18
2.1 Bisherige Ost-West Migration	19
2.2 Potentialschätzungen der Ost-West Migration	21
2.3 Makroökonomische Rahmenbedingungen und Wachstumspotentiale in den Beitrittsländern	26
2.3.1 Wachstumsaussichten	27
2.3.2 Konvergenz	34
2.3.3 Kapitalmobilität vs. Mobilität von Arbeit: die Bedeutung von Direktinvestitionen	39
2.3.4 Strukturwandel und Arbeitsmarkt	40
2.3.5 Transfereinkommen und Soziale Sicherungssysteme	46
2.3.6 Demographische Faktoren	50
2.3.7 Sozio-kulturelle Faktoren	53
2.4 Wachstums- und Beschäftigungspotentiale in den Zielländern	54
2.5 Struktur der Ost-West Migration	58
2.5.1 Qualifikationsstruktur	58
2.5.2 Zeitstruktur	60
3 Auswirkungen auf die Zielländer	63
3.1 Erklärungsfaktoren für die Einwanderung nach Deutschland	66
3.2 Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt	68
3.3 Auswirkungen der Zuwanderung auf Entlohnung und Einkommen	73
3.4 Makroökonomische Simulationen	77
3.5 Fiskalische Wirkungen	82
4 Auswirkungen der Emigration auf die Herkunftsländer	88
4.1 Allgemeine Überlegungen	88
4.2 Finanztransfers	90
4.3 Humankapital	95
4.4 Fiskalische Aspekte	100
4.5 Schlußfolgerungen	101
5 Schlußfolgerungen und Konzeption der Hauptstudie	102
Bibliographie	110

Vorwort

Für die bevorstehenden Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (MOE) sowie Zypern ist die Frage nach den zu erwartenden Wanderungsbewegungen und dem damit verbundenen Zustrom an Arbeitskräften in die Gemeinschaft von zentraler Bedeutung. Das bestehende Wohlstands- und Sozialgefälle gibt Anlaß zu der Vermutung, daß für die Bevölkerung in den MOE-Staaten ganz erhebliche Anreize vorhanden sind, in die Gemeinschaftsstaaten, insbesondere nach Deutschland, zu wandern. Es stellt sich daher die Frage, welchen Umfang diese Wanderungen mit dem EU-Beitritt unter Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit annehmen können, und welche Wirkungen davon auf die Ziel- und Herkunftsländer der Wandernden ausgehen.

In Form einer Literaturanalyse und einer Zusammenstellung verfügbarer Materialien soll die vorliegende Studie die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Fragen auswerten und bewerten. Außerdem sollen in einem zweiten Schritt die in einer Hauptstudie zum Thema „Freizügigkeit der Arbeitnehmer für beitretende MOE-Staaten und Festlegung von Übergangsfristen“ zu bearbeitenden Themenfelder strukturiert und in einem Fragekatalog zusammengestellt werden.

Die Studie behandelt die Aufgabenstellung in fünf Analyseteilen. Im ersten Teil werden die wichtigsten theoretischen Überlegungen der deutschen und internationalen Literatur zusammengefaßt. Teil 2 beschäftigt sich mit den Arbeiten zur Abschätzung der Migrationspotentiale aus den MOE-Staaten. Er bezieht die neuesten österreichischen Arbeiten ein, die einen wesentlichen Beitrag zur aktuellen Migrationsdebatte geleistet haben. Im dritten Abschnitt geht es um die Auswirkungen der Wanderungen auf die Zielländer, insbesondere auf Deutschland, und schließlich im vierten Abschnitt um die Rückwirkungen auf die Herkunftsländer. Die Konzeption und Fragestellung der Hauptstudie werden in einem abschließenden Teil entwickelt, der auch die Schlußfolgerungen aus der vorliegenden Literatursichtung enthält. Unter den MOE-Staaten werden die EU-Betrittsländer Polen, Slowenien, Tschechien, und Ungarn sowie am Rande die Slowakei, Rumänien und Bulgarien in die Untersuchung einbezogen. Für die baltischen Staaten liegen gegenwärtig noch zu wenige Informationen vor. Zypern wurde aufgrund seiner Sonderrolle nicht einbezogen.

Auftraggeber der Studie ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das mit dieser Untersuchung ein in der AGENDA 2000 bisher weitgehend ausgespartes Thema behandelt wissen will. Das Hauptinteresse liegt dabei in der wissenschaftlich begründeten Abschätzung der Dauer von Übergangsfristen bei der Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Da für die Integration ehemals sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme nur sehr be-

IV

grenzt verwertbare Erfahrungen aus der Süderweiterung der EU bzw. der deutschen Vereinigung vorliegen, ist eine systematische Sichtung der wissenschaftlichen Literatur erforderlich, die nicht nur Ergebnisse darstellt, sondern die offenen Fragen identifiziert.

Executive Summary

Die bevorstehenden EU-Beitrittsverhandlungen werfen die Frage auf, in welchem Umfang die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit Wanderungen auslösen kann, und welche Wirkungen davon auf die Ziel- und Herkunftsländer ausgehen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung soll diese Untersuchung in Form einer Literaturanalyse die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Fragen auswerten und wissenschaftlich bewerten. Außerdem sollen die in einer Hauptstudie zum Thema „Freizügigkeit der Arbeitnehmer für beitretende MOE-Staaten und Festlegung von Übergangsfristen“ zu bearbeitenden Themenfelder strukturiert und in einem Fragekatalog zusammengestellt werden.

Die Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des WIFO und anderer Institutionen prognostizieren eine jährliche Auswanderung von 130.000 bis 680.000 Personen aus den MOE-Ländern der ersten Beitrittsrunde (mit Slowakei und ohne Estland). Die Wachstumsaussichten für die Beitrittsländer werden langfristig mit Wachstumsraten zwischen 3% und 5% pro Jahr durchaus positiv eingeschätzt. Der Einkommensabstand von Polen und Ungarn wird allerdings auch 2015 noch beträchtlich sein. Die Reduzierung der klassischen Wanderungsanreize (Einkommen, Arbeitslosigkeit) ist für diese Länder nicht sichergestellt. Der Bevölkerungsdruck wird insbesondere in Polen zunehmen.

Während die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Zuwanderung auf die Zielländer als positiv einzuschätzen sind, dürften die Verteilungseffekte ein Problem darstellen: Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften führt in Deutschland zu negativen Lohn- und Beschäftigungseffekten bei gering qualifizierten Arbeitskräften, während höher qualifizierte Arbeitskräfte eher davon profitieren. Für die Sozialversicherung bietet die Zuwanderung die Möglichkeit zur Beitragssatzsenkung. Für die gesetzliche Krankenversicherung dürften sich entlastende Effekte ergeben. Die Wirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung bleiben hingegen wegen kompensierender Effekte schwer abschätzbar. Insgesamt dürften Zuwanderer staatliche Leistungen in geringerem Umfang in Anspruch nehmen als Deutsche.

Unter den Rückwirkungen auf die Herkunftsländer sind in erster Linie der Verlust an Humankapital (Brain-Drain), die Rücktransfers der Auswanderer und die fiskalischen Wirkungen der Auswanderung von Bedeutung. Hinweise auf die Gefahr eines Brain-Drain aus MOE-Ländern finden sich hauptsächlich für Rumänien und Bulgarien. Für die anderen Länder dürfte die Emigration nicht zu einer Erosion der Humankapitalbasis führen. Große Bedeutung haben die Rücküberweisungen von Werkvertragsarbeitnehmern, die im Fall Polen 6% des polnischen Handelsbilanzdefizits von 1996 erreicht haben. Negative Wirkungen entstehen durch den Verlust von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und dem Verlust von Humankapitalinvestitionen.

Die Hauptstudie soll eine wissenschaftliche Grundlage für die Festlegung der Übergangsfristen erarbeiten. Dabei werden folgende Schwerpunkte vorgeschlagen: Eingrenzung der Migrationspotentiale, Qualifikationsstruktur der Wanderungen, fiskalische Wirkungen der Zuwanderung, Festlegung von Übergangsfristen unter Abwägung von zeitlichen und indikator-gebundenen Ansätzen.

Kurzfassung

Aufgabenstellung

Das bestehende Wohlstands- und Sozialgefälle zwischen der Europäischen Union und den künftigen Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa gibt Anlaß zu der Vermutung, daß für die Bevölkerung in den MOE-Staaten ganz erhebliche Anreize vorhanden sind, in die Gemeinschaftsstaaten, insbesondere nach Deutschland, zu wandern. Es stellt sich daher die Frage, welchen Umfang diese Wanderungen mit dem EU-Beitritt unter Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit annehmen können, und welche Wirkungen davon auf die Ziel- und Herkunftsländer der Wanderungsströme ausgehen. In Form einer Literaturanalyse und einer Zusammenstellung verfügbarer Materialien soll die vorliegende Studie die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Fragen auswerten und wissenschaftlich bewerten. Außerdem sollen in einem zweiten Schritt die in einer Hauptstudie zum Thema „Freizügigkeit der Arbeitnehmer für beitretende MOE-Staaten und Festlegung von Übergangsfristen“ zu bearbeitenden Themenfelder strukturiert und in einem Fragekatalog zusammengestellt werden. In die Betrachtungen werden vor allem die derzeitigen mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten der ersten Erweiterungsrunde (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland) einbezogen. Zypern als weiterer Beitrittskandidat wird nicht eingeschlossen. Unter den weiteren möglichen Beitrittskandidaten werden die Slowakei, Rumänien und Bulgarien berücksichtigt.

Theorie der Migration

Nach der Theorie gehen von Einkommensdifferenzen und unterschiedlichen Beschäftigungsperspektiven in den Ziel- und Herkunftsländern die entscheidenden Migrationsanreize aus. Die individuellen Wanderungsentscheidungen hängen nicht allein von zeitpunktbezogenen Nutzenerwägungen ab, sondern sind zukunftsbezogen und beinhalten individuelle Risikoeinschätzungen. Damit erhalten die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in den EU-Beitrittsländern eine entscheidende Bedeutung für das Ausmaß der Wanderungen. Dies gilt um so mehr, als günstige Aussichten auf eine Konvergenz der Einkommensniveaus einen positiven Optionswert für das Verbleiben im Herkunftsland erzeugen, der die Wanderungen weiter verringert. Administrative Regelungen können die Kontrolle über die Wanderungsströme nur in beschränktem Umfang herstellen. Vielmehr sind wirksame wirtschaftliche Reformen und damit die Sicherung einer hinreichenden Kapitalrendite in den Beitrittsländern die notwendige Bedingung für gleichgewichtige Wanderungsströme.

Allerdings läßt die ökonomische Migrationstheorie eine Reihe von wichtigen Fragen offen. Es gelingt zwar, die wirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren, wie

Einkommensdifferentiale und Beschäftigungslage, zu operationalisieren. Die kulturellen, sozialen und politischen Einflußfaktoren bleiben hingegen weitgehend unbeleuchtet. Damit entsteht ein erhebliches Defizit in der Erklärung von Wanderungsentscheidungen, denn es ist zu vermuten, daß diese Faktoren von großer Bedeutung und damit auch ausschlaggebend für die empirische Analyse von Wanderungen sind. Es fehlt damit ein operationaler Brückenschlag zur soziologischen Forschung. Eine Reihe von externen Effekten - wie die regulierenden Eingriffe der Lohnpolitik oder die Existenz von economies of scale - stellen darüber hinaus das Ergebnis der neoklassischen Gleichgewichtsanalyse in Frage, das besagt, daß unbeschränkte Wanderung zu einem Wohlfahrtsgewinn der „Welt“ insgesamt führt. Über die Wirkungsweise dieser externen Effekte ist aber nur wenig bekannt, vor allem fehlen Informationen über ihre empirische Relevanz.

Migrationspotentiale

Die bisherigen Wanderungsbewegungen aus den MOE-Staaten in die EU finden auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau statt und konzentrieren sich auf Deutschland und Österreich. Darüber hinaus ist innerhalb Europas die Wanderung von Polen nach Schweden, Frankreich und in die Niederlande hervorzuheben. Die Konzentration auf Deutschland und Österreich hat im Laufe der 90er Jahre zugenommen. Nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) würden bei sofortiger Freizügigkeit für die Beitrittskandidaten der ersten Runde und für die Slowakei 46% der Emigranten nach Deutschland und 14% nach Österreich wandern. In den 90er Jahren änderte die Migration aus den MOE-Ländern insofern ihr Gesicht, als die temporäre Migration in Form von Saison- und Werkvertragsarbeiten sowie in bescheidenem Umfang das Grenzpendeln an Bedeutung gewann.

Die vorliegenden Schätzungen zu den Migrationspotentialen lassen sich in drei Gruppen fassen: Modellgestützte Schätzungen, auf Erfahrungswerte basierte Potentialschätzungen und umfragegestützte Voraussagen. Die Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des WIFO und anderer Institutionen prognostizieren eine jährliche Auswanderung von 130.000 bis 680.000 Personen aus den MOE-Ländern der ersten Beitrittsrunde (mit Slowakei und ohne Estland). Nach den Berechnungen des DIW könnte sich das Migrationspotential um eine weitere Million jährlicher Zuwanderer erhöhen, wenn den übrigen fünf assoziierten MOE-Ländern (Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten) vollständige Freizügigkeit gewährt würde.

Im Vergleich zu den Wachstumsprognosen, die Anfang der 90er Jahre erstellt wurden, werden derzeit eher vorsichtige Schätzungen formuliert. Dennoch werden die Wachstumsaussichten für die Beitrittsländer langfristig durchaus positiv eingeschätzt. Die erwarteten Wachstumsraten bewegen sich zwischen 3% und 5% pro Jahr. Für Polen als größtes der hier betrachteten Länder variieren die Wachstumsraten je nach Studie und Zeitraum zwischen 3,5% und 5,5%. In

Rumänien und Bulgarien hingegen gestaltet sich der Aufholprozeß im Vergleich zu den anderen fünf MOE-Ländern weit schwieriger.

Die verschiedenen Konvergenzscenarien zeigen, daß langfristig hohe Wachstumsraten notwendig sind, um den Abstand zur EU15 merklich zu verringern. Tschechien und Slowenien haben gute Aussichten, ihren Abstand zur EU15 in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten so zu verringern, daß die Migrationspotentiale deutlich zurückgehen bzw. auf Null schrumpfen könnten. Der Einkommensabstand von Polen und Ungarn wird allerdings auch 2015 noch beträchtlich sein. Gemäß der oberen Variante der WIFO-Studie wird das Pro-Kopf-Einkommen in Polen bis dahin noch nicht einmal 60% des EU-Durchschnitts erreichen. Ungarns Position wird nur knapp darüber liegen.

Restrukturierung in den MOE-Ländern

Die Umstrukturierungsphase ist noch nicht in allen Ländern beendet. Tschechien steht vor dem Problem niedriger Arbeitsproduktivität, in Polen stehen noch sektorale Umstrukturierungsprozesse, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft sowie in altindustriellen Sektoren (Bergbau, Stahl) bevor. Die technologische Anpassung in der Industrie dürfte zu erheblichen Freisetzungen führen. Wird die Beschäftigungsstruktur der EU als Muster betrachtet, so tritt die Überbeschäftigung im Beispiel Polen auch in der Mineralöl-, Energie-, Textil- und Stahlindustrie auf. In Ungarn ist neben dem Bergbau besonders die chemische Industrie betroffen. Zu den bisherigen Gewinnerbranchen zählen in allen drei Ländern, Polen, Tschechien und Ungarn, vor allem der Maschinenbau. In Polen und Ungarn sind es zudem die Bereiche Holz und Druck. Auch in der Metallurgie und in der Nahrungsmittelindustrie konnten - v.a. in Polen - hohe Wachstumsraten erzielt werden. Insgesamt kommt das Osteuropa-Institut in München zu der Einschätzung, daß in vielen Ländern die transformationsgeprägte Wachstumsphase weitgehend abgeschlossen sei, und die traditionellen neoklassischen Determinanten des Wachstums, Arbeit und Kapital, eine stärkere Bedeutung gewinnen.

Die OECD geht davon aus, daß 10% der Beschäftigung in der Landwirtschaft Polens versteckte Arbeitslosigkeit darstellt. Die kleinbäuerliche Struktur deutet auf eine geringe Mobilitätsbereitschaft hin, da Eigentum eine entscheidende Mobilitätsbarriere darstellt. Im Gegensatz zu Polen werden in Tschechien kaum Änderungen auf dem Arbeitsmarkt in der Land- und Forstwirtschaft erwartet.

Direktinvestitionen können als Substitute für Wanderungen fungieren. Ausländische Unternehmen beschäftigen überdurchschnittlich viele qualifizierte Arbeitskräfte und rekrutieren typischerweise jene jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die zugleich zu den potentiellen Migranten zählen. Auf diese Weise entfalten Direktinvestitionen eine dämpfende Wirkung auf das Migrationsverhalten. Direktinvestitionen spielen vor allem in Ungarn eine wichtige Rolle, wo 20% der Beschäftigten in Betrieben mit ausländischer Kapitalbeteiligung arbeiten. In den anderen Ländern lag der Anteil 1993/94 noch bei 6%.

Arbeitslosigkeit und Löhne

Die offiziellen Arbeitslosenquoten in den sechs MOE-Ländern bewegten sich bisher auf EU-Niveau. Wie für die EU-Arbeitsmärkte, so stellt die Langzeitarbeitslosigkeit in den MOE-Ländern ein gravierendes Problem dar. Der Anteil der Jugendlichen an den Arbeitslosen lag in Tschechien mit 8% recht niedrig, in Ungarn betrug er jedoch 21%, und in Polen lag er mit 34% am höchsten. Allerdings müssen die Daten über die Jugendarbeitslosigkeit in Polen relativiert werden, da die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen an die Registrierung der Arbeitslosigkeit gebunden ist.

Lohnstruktur

Seit dem Beginn der Transformation haben die Lohnunterschiede innerhalb der MOE-Länder zugenommen. Die stärkste Lohnspreizung besteht in Ungarn - hierin kommt auch der hohe Anteil an ausländischen Direktinvestitionen zum Ausdruck. Im Jahr 1995 verdienen Personen mit Hochschulabschluß im Durchschnitt dreimal so viel wie Personen mit acht Jahren Schulbildung. Allerdings haben Hochqualifizierte im öffentlichen Sektor eine relativ schlechte Einkommensposition. Nach unten ist die Lohnspreizung in den MOE-Ländern durch Mindestlöhne gekappt. Insgesamt zeigt sich, daß die Einkommensdispersion in den MOE-Ländern größer ist als in Deutschland und Österreich.

Soziale Sicherung

Wie bei der Süderweiterung der Europäischen Union werden mit Blick auf die Osterweiterung zum Teil Befürchtungen laut, das hohe Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und anderen EU-Ländern könnte Immigranten anziehen. Zu Beginn der Transformationsperiode bestanden die Reformen der sozialen Sicherungssysteme in Polen, Tschechien und Ungarn v.a. in einer Senkung der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme sowie in einer Reduzierung von familienbezogenen Unterstützungsleistungen. Von Armut betroffen sind häufig Rentner, Familien mit Kindern und Arbeitslose. Werden andere soziale Transferzahlungen, wie Wohngeld und familienbezogene Transfers hinzugerechnet, so ergibt sich z.B. in Polen ein Transfereinkommensniveau von 30-36% des Durchschnittslohns. Dieses niedrige Niveau spricht, zumindest bei jüngeren Arbeitslosen, für einen zusätzlichen Migrationssanreiz. Abgeschwächt wird dieser Anreiz allerdings dadurch, daß mit Wanderung hohe Kosten verbunden sind und die hohen Lebenshaltungskosten, speziell die Mieten, in Deutschland hoch sind. Zudem ist nicht nur der Vergleich des absoluten Einkommensniveaus zwischen zwei Ländern für Migration entscheidend, sondern auch die relative Einkommensposition im jeweiligen Land. Trotz Freizügigkeit innerhalb der EU kann nicht davon ausgegangen werden, daß das Niveau der Sozialhilfe in Deutschland nennenswerte Zuwanderungsbewegungen aus der EU ausgelöst hat.

Die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung in der EU könnte langfristig den Emigrationswunsch aus den MOE-Ländern erhöhen. Während Mitte der 60er Jahre die Lebenserwartung in MOE-Ländern nur um ein bis zwei Jahre kürzer war als in industrialisierten und hochentwickelten, marktwirtschaftlichen Ländern, vergrößerte sich der Abstand im Laufe der letzten drei Jahrzehnte erheblich. In den 90er Jahren können hingegen in einigen Transformationsländern bereits eindeutige Verbesserungen festgestellt werden. Der hohe Standard an Gesundheitsleistungen in den Zielländern der Migration dürfte daher für die Migrationsentscheidungen sekundär sein. Temporäre Migration im Zusammenhang mit bestehenden Krankheiten kann nicht ausgeschlossen werden.

Bevölkerungsentwicklung

Gemäß der Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen ist Polen das einzige der hier betrachteten Länder, in dem die Altersgruppe der 20-44jährigen bis 2015 noch ansteigen wird. In Tschechien und Ungarn hingegen nimmt diese Altersgruppe spätestens ab der Jahrtausendwende ab. Aufgrund dieser Altersstruktur ergibt sich besonders aus Polen ein verstärktes Migrationspotential im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende. In Estland und Slowenien nimmt der Umfang der Altersgruppe der 20-44jährigen zwar bereits schon früher in bedeutendem Umfang ab, das Migrationspotential dürfte sich aber dem Umfang nach nur geringfügig verringern. Die Beitrittskandidaten sind häufig selber Einwanderungsländer (v.a. Polen, Tschechien und Ungarn). Nach Schätzungen der OECD sind Tschechien und Ungarn die MOE-Länder, in denen am meisten Ausländer leben und arbeiten.

Auswirkungen auf die Zielländer

Die hohe Arbeitslosigkeit in der EU deutet derzeit auf eine geringe Aufnahmefähigkeit der EU-Arbeitsmärkte hin. Dennoch sind zwischen 1985 und 1997 per Saldo 5,8 Millionen Personen nach Deutschland zugewandert. Darunter waren 2,4 Millionen Aussiedler. Die Integration dieser Zuwanderer, insbesondere der Aussiedler, ist nur teilweise gelungen. Während bis 1992 die konjunkturelle Lage die Eingliederung erleichterte, zeigte sich danach, daß Aussiedler beträchtliche Probleme bei der beruflichen Integration haben. So stellt auch die Bundesanstalt für Arbeit fest, daß die im Jahr 1997 eingewanderten Spätaussiedler nur geringe Deutschkenntnisse mitbrachten und über eine Berufsausbildung verfügten, die stark von den Gegebenheiten der Bundesrepublik abwich. Für viele war daher eine ausbildungsadäquate berufliche Eingliederung kaum möglich. Die Einwanderer wichen daher häufig auf Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen aus. Sie konkurrieren mit weniger qualifizierten Arbeitnehmern, insbesondere ausländischen Arbeitsmigranten und deren Kindern. Über vielfache Wechselwirkungen, d.h. nicht notwendigerweise durch direkte Verdrängung, führt die Zuwanderung zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit weniger qualifizierter Arbeitskräfte.

Dies führt auch dazu, daß die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften mit negativen Lohneffekten für gering qualifizierte Arbeitskräfte führt, während höher qualifizierte Arbeitskräfte eher davon profitieren. Ökonometrische Schätzungen für Deutschland implizieren, daß ein Anstieg des ausländischen Beschäftigungsanteils um einen Prozentpunkt zu einer Reduktion des durchschnittlichen Stundenlohns aller Arbeitnehmer um 4,1% führte. Dabei gingen die Löhne der Arbeiter um 5,9% zurück, wohingegen die Löhne der Angestellten um 3,5% anstiegen. Da die meisten Zuwanderer nach Deutschland in die Kategorie der Arbeiter fallen, kann daraus der Schluß gezogen werden, daß Zuwanderer Komplemente zu Angestellten und Substitute zu Arbeitern darstellen. Ausländische Studien kommen häufig zu sehr viel niedrigeren Lohneffekten.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte sind hingegen eher als positiv einzuschätzen. Nach Modellrechnungen des RWI und des ifo Instituts führt die Zuwanderung zu höherem Wachstum und steigender Beschäftigung, während die Pro-Kopf-Einkommen und die Arbeitslosenquoten unverändert bleiben. Für die Sozialversicherung bietet die Zuwanderung die Möglichkeit zur Beitragssatzsenkung. Kurzfristig treten hingegen Belastungen für den Arbeitsmarkt und den Staatshaushalt auf. Auf der Ausgabenseite der gesetzlichen Sozialversicherung dürften sich in der gesetzlichen Krankenversicherung durch die zu erwartende Rückwanderung älterer, ausländischer Arbeitnehmer eher entlastende Effekte ergeben. Die Wirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung bleiben hingegen schwer abschätzbar, weil aus der Absenkung des Durchschnittsentgelts durch die niedrigeren Einkommen der Zuwanderer ev. höhere Ansprüche der Inländer resultieren. Allerdings machen offenbar nur wenige Rückwanderer Rentenansprüche gelten.

Eine umfassende Bilanz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben durch Zuwanderung, die das RWI vorgelegt hat, weist für das Jahr 1995 einen „Überschuß“ von 15 Mrd. DM aus. Die ausländische Bevölkerung nimmt staatliche Leistungen - insbesondere Bildungsleistungen - weit weniger als die deutsche Bevölkerung in Anspruch. Entsprechende Erfahrungen liegen auch aus den USA, Großbritannien und anderen Ländern vor. Außerdem bringt Zuwanderung ausgebildete Arbeitskräfte ins Land, für die keine oder nur noch geringe Ausbildungskosten anfallen. Die Berechnungen sind allerdings zeitpunktbezogen. Sie erlauben es daher nicht, künftige Belastungen der sozialen Sicherungssysteme zu erkennen.

Auswirkungen auf die Herkunftsländer

Unter den Rückwirkungen auf die Herkunftsländer sind in erster Linie der Verlust an Humankapital (Brain-Drain), die Rücktransfers der Auswanderer und die fiskalischen Wirkungen der Auswanderung von Bedeutung. Die Emigration kann sowohl Ungleichgewichte des Herkunftslandes verstärken als auch über positive Rückwirkungen zur Entwicklung beitragen. Die Erfahrungen anderer europäischer Länder zeigen, daß Emigration langfristig nicht die wirtschaftliche

Entwicklung behindern muß. So hat beispielsweise Irland in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten realisieren können, obwohl es immer noch ein Nettoauswanderungsland ist.

Hinweise auf die Gefahr eines Brain-Drain aus MOE-Ländern finden sich in der Literatur – außer für Rußland – hauptsächlich für Rumänien und Bulgarien. Eine massive Auswanderung von Wissenschaftlern hat in Bulgarien bereits stattgefunden. Die Auswanderung qualifizierter Arbeit kann einen Teufelskreis auslösen, wenn sie zu weniger qualifizierter Arbeit komplementär ist und wenn Direktinvestitionen von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeit abhängen. Allerdings läßt sich auch zeigen, daß die Erwartung einer höheren Humankapitalrendite durch Emigration die Humankapitalinvestitionen steigert und für eine bessere Versorgung mit Humankapital im Herkunftsland sorgt. Die Rückwanderung im Ausland ausgebildeter oder mit Erfahrungswissen angereicherter Arbeitskräfte kann ebenfalls positive Effekte auslösen. Dennoch dürfte mit steigendem Auswanderungsvolumen die Gefahr einer Erosion der Humankapitalbasis in den Herkunftsländern steigen.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung betragen die Einkommenstransfers von Werkvertragsarbeitnehmern aus Polen 1996 rund 750 Mio. DM. Dies waren 6% des polnischen Handelsbilanzdefizits. Auch wenn festzustellen ist, daß Werkvertragsarbeitnehmer höhere Beträge in ihr Herkunftsland zurückfließen lassen als ansässige, ausländische Arbeitnehmer, dürften aus Rücküberweisung der Auswanderer erhebliche Kapitalzuflüsse gespeist werden, die insbesondere die investive Nachfrage stützen.

Negative Externalitäten durch die Emigration entstehen durch den Verlust von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Entsprechende Entlastungen auf der Ausgabenseite sind in einem geringeren Umfang zu erwarten, wenn junge, gesunde Personen auswandern. Entlastungen können durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit und den Familiennachzug entstehen. Die Verluste steigen mit dem Anteil qualifizierter Arbeitskräfte unter den Migranten und ihren Ausbildungskosten. Berechnungen über die fiskalischen Wirkungen für die MOE-Länder liegen nicht vor.

Konzeption der Hauptstudie

Die Hauptstudie mit dem Titel „Freizügigkeit der Arbeitnehmer für beitretende MOE-Staaten und Festlegung von Übergangsfristen sollte eine wissenschaftliche Grundlage für die Festlegung der Übergangsfristen erarbeiten. Dabei wäre sowohl eine zeitliche als auch eine indikator-gebundene Fristensetzung zu prüfen. Es werden vier Untersuchungsschritte vorgeschlagen:

- *Einschätzung der Migrationspotentiale* und ihres zeitlichen Profils für die wichtigsten MOE-Länder mit einer größeren Genauigkeit, als dies in den vorliegenden Abschätzungen der Fall ist.
- *Qualifikationsstruktur der Wanderungen*, um die fiskalischen Wirkungen exakter abschätzen zu können.

XIV

- *Fiskalische Wirkungen der Zuwanderung* insbesondere auf Deutschland unter Verwendung von Generational-Accounting-Ansätzen.
- *Festlegung von Übergangsfristen* unter Abwägung von zeitlichen und indikator-gebundenen Fristsetzung.

Die Ausarbeitung sollte in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in den EU-Beitrittsländern erfolgen

1 Theorie der Migration

In den neunziger Jahren hat die Migrationstheorie mit einer Vielzahl von Veröffentlichungen eine rasante Entwicklung genommen. Ausgelöst durch die Wanderungsströme aus Mittelamerika in die USA und die Öffnung Osteuropas stand die Frage im Vordergrund, welche Determinanten die Wanderungsströme erklären können, welches Ausmaß die Wanderungsströme annehmen können und welche Wirkungen auf die Ziel- und Herkunftsregionen zu erwarten sind. Die geläufige Unterscheidung zwischen Nachfragesog- und Angebotsdruckwanderung hatte sich als zu künstlich erwiesen, um zu einer generellen Theorie der Migration zu führen. In mikro- und makroökonomischen Analysen wurde daher eine allgemeine Formulierung der Wanderungsentscheidungen und -wirkungen angestrebt und zu einem facettenreichen theoretischen Konzept entwickelt.

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die theoretischen Analysen der Migration, während die empirischen Arbeiten in den folgenden Kapiteln aufgegriffen werden. Es wird keine vollständige Abhandlung der Migrationstheorie angestrebt, sondern eine Auswahl von Arbeiten präsentiert, die für die Beurteilung der Ost-West Migration im Zuge der EU-Erweiterung von Bedeutung ist. Dies schließt viele Arbeiten zur Analyse intra-nationaler Wanderungen aus, aber auch die speziellen Untersuchungen der Migration in und aus Entwicklungsländern.¹

Zu den wichtigsten Publikationen gehört die Gemeinschaftsarbeit von Layard, Blanchard, Dornbusch und Krugman zur Ost-West Migration (1992), die Zusammenfassung der Arbeiten von Oded Stark in der Theorie der Migration (1991), und die Analysen von G. J. Borjas (1990) bzw. LaLonde und Topel (1991) über die Auswirkungen der Immigration auf die US-amerikanische Wirtschaft. Auch in Deutschland sind eine Reihe theoretischer Arbeiten zur Migration erschienen. In erster Linie wurden sie von Zimmermann und Bauer, Straubhaar, Franz und Burda verfaßt. Die entsprechenden Quellen finden sich in der Bibliographie.

¹ Die ältere Literatur wurde von Greenwood (1985) und Bhagwati (1985) zusammengefaßt. Die neuere - auch deutsche - Literatur ist bei Straubhaar (1995), Delbrück/Raffelhüschen (1993) und Sievert (1993) dargestellt.

Im ersten Abschnitt der folgenden Darstellung geht es zunächst um die mikroökonomischen Erklärungsansätze der Migration, die eine Entscheidungslogik potentieller Migranten entwickelt. Damit lassen sich wichtige Wanderungs determinanten sichtbar machen, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die ökonomische Theorie bedeutende Erklärungsbereiche, wie individuelle Präferenzen, soziale Beziehungen und politische Einflüsse nicht aufzuhellen vermag. Im zweiten Abschnitt geht es um die makroökonomischen Wirkungen auf die Ziel- und Herkunftsländer, d.h. insbesondere die Wirkungen auf Einkommen und Beschäftigung. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit internationaler Handel und Kapitalmobilität als Substitute für internationale Wanderungen wirken können. Schließlich geht es um die strukturellen Wirkungen von Wanderungen im Hinblick auf die Qualifikation der Arbeitskräfte und ihre Entlohnung.

1.1 Mikroökonomische Entscheidungslogik

Durch Wanderungen versucht das Individuum, seinen Nutzen über einen längeren Zeitraum (ev. die gesamte restliche Lebenszeit) zu verbessern bzw. zu maximieren. Dieser Nutzen ist abhängig vom Konsum ($C_{L,t}$), der im Land L in jedem Jahr t des Aufenthalts erreicht werden kann, sowie von einer Reihe anderer Variablen ($X_{L,t}$), die den individuellen Nutzen bestimmen können. Zum Zeitpunkt der Entscheidung werden diese Faktoren zum Gegenwartswert berücksichtigt, d.h. der Gesamtnutzen (U) wird mit einem Zinssatz r abgezinst.

$$E\{\bar{U}_0\} = \int_0^T e^{-rt} U[C_{L,t}, X_{L,t}] dt \quad (1)$$

Der Nutzen besteht einerseits aus dem Konsum privater und öffentlicher Güter. Andererseits spielen eine Vielzahl individueller Faktoren eine Rolle, wie z.B. die klimatischen Bedingungen, die regionale Lage, das kulturelle und soziale Umfeld usw., deren Bewertung zwischen einzelnen Personen große Unterschiede aufweisen können.

Bedingung für die Wanderung von der Herkunftsregion (H) in die Zielregion (Z) ist, daß der Gegenwartswert des Nutzens in der Zielregion abzüglich der Wan-

derungskosten (K) den Gegenwartswert des Nutzens in der Herkunftsregion übersteigt.

$$E\{\bar{U}_{Z,0}\} - K > E\{\bar{U}_{H,0}\} \quad (2)$$

Dies ist die allgemeine Formulierung des von Sjaastad (1962) entwickelten Humankapitalansatzes der Migrationstheorie, für den die Verwertbarkeit des Humankapitals im Vordergrund der Wanderungsentscheidung steht.

In dieser Formulierung des Nutzenkalküls sind drei Elemente von Bedeutung:

- (1) Der individuelle Nutzen hängt nicht nur von den zu erwartenden Konsummöglichkeiten ab, die durch Arbeits-, Vermögens- und Transfereinkommen bestimmt werden, sondern auch von der individuellen Bewertung des sozialen Umfelds, der sprachlichen und kulturellen Distanz, der Klima- und Umweltbedingungen und anderen individuellen Faktoren.
- (2) Der Nutzen ist zeitraumbezogen, d.h. er hängt von der Lebenserwartung des Individuums ab, die wiederum die Lebensplanung beeinflusst. Der Zeitbezug ist aber auch für die Einschätzung der vertikalen Mobilität und damit des zu erwartenden Einkommensverlaufs in der Zielregion maßgebend.
- (3) Schließlich ist die individuelle Einschätzung des Nutzens mit Risiken behaftet, wobei Unsicherheiten sowohl für die Ziel- als auch die Herkunftsregion bestehen. Informationen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Zielregion sind daher ein wichtiger Einflußfaktor. Aber auch die individuelle Risikobereitschaft spielt eine entscheidende Rolle. Die Höhe des Risikos kommt im Abzinsungsfaktor zum Ausdruck, der für die Vergleichsregionen unterschiedlich sein kann. Liegt das höhere Risiko in der Zielregion, werden eher die Risikofreudigen wandern. Umgekehrt wandern eher die Risikoscheuen, wenn das höhere Risiko in der Herkunftsregion liegt. Dann kann durch Wanderung das Risiko verringert werden.

In vielen Modellen zur Wanderungstheorie wird der Nutzen mit Einkommen gleichgesetzt und Einkommen wiederum mit Arbeitseinkommen ($W_{L,i}$). Die Wanderungsentscheidung ist dann ein Investitionskalkül für das individuelle Humankapital. Der Einzelne entscheidet darüber, wo er mit seinem Humankapi-

tal das (vermutlich) größte Einkommen erzielen kann und die Wanderungsentscheidung ist abhängig von der Einkommensdifferenz zwischen zwei Regionen:

$$E\{W_0\} = \int_0^T e^{-rt} \{W_{Z,t} - W_{H,t}\} dt - K_0 \quad (3)$$

Die Wanderung ist in vielen Fällen - ähnlich einer Investition - eine Null-Eins-Entscheidung, d.h. sie ist weitgehend irreversibel. Es entstehen Fixkosten (K_0), nicht nur in Form von Transportkosten, sondern auch durch Vermögensumschichtungen (Verluste aus dem Verkauf von Vermögen im Herkunftsland) oder durch psychische Kosten, die durch das Leben in einem fremden Umfeld, die Trennung von Bezugsgruppen usw. verursacht werden. Diese Fixkosten müssen im Zielland verdient (oder kompensiert) werden. Bei Sicherheit über die künftige Entwicklung findet eine Wanderung statt, wenn der Kapitalwert der Einkommensdifferenz die Fixkosten übersteigt.

Neben der Einkommensdifferenz zwischen Ziel- und Herkunftsregion ist die Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen eine wesentliche Determinante der Wanderungsentscheidung. Die potentiellen Migranten gewichten die Einkommen daher mit der individuellen Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung zu finden $(1 - \gamma u)$. Dabei ist u die Arbeitslosenrate im Ziel- bzw. Herkunftsregion und γ die individuelle Gewichtung dieser Arbeitslosenrate. Sie kann größer als eins sein, wenn Migranten überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Darüber hinaus sind die persönlichen Nachteile einer Auswanderung zu kompensieren, d.h. Wanderungen finden erst dann statt, wenn das erwartete Einkommen in der Zielregion ein individuell bestimmtes Vielfaches des Einkommens in der Herkunftsregion übersteigt. Dies wird durch einen Präferenzfaktor ϕ berücksichtigt, der die nicht-finanziellen Vorteile der Herkunftsregion gegenüber der Zielregion mißt. In statischer Betrachtung (d.h. ohne Zeitraumbezug) und unter Vernachlässigung der Fixkosten der Wanderung ergibt sich die berühmte Harris-Todaro-Bedingung (1970), die angibt, unter welcher Bedingung Wanderungen stattfinden:

$$W_Z(1 - \gamma u_Z) \geq W_H(1 - \gamma u_H) \phi \quad (4)$$

Wanderungen setzen also voraus, daß Einkommen und Beschäftigungschancen in der Zielregion insgesamt größer sind als in der Herkunftsregion und zwar

um so vieles größer, daß sie die individuelle Präferenz für den bisherigen Aufenthaltsort übersteigen.

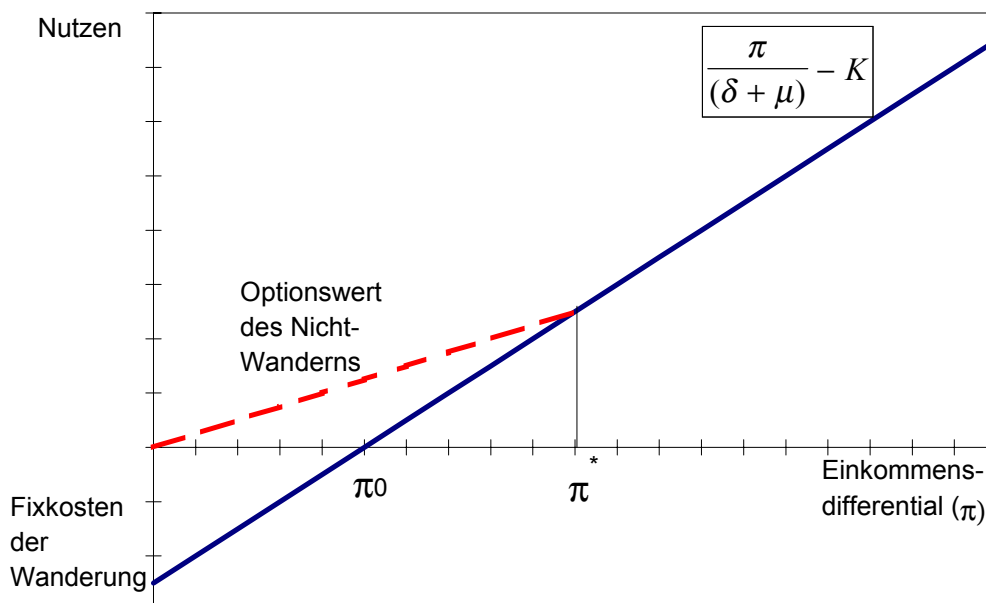
Eine wichtige Erweiterung dieses Ansatzes wurde aufgrund der Überlegung entwickelt, daß der zukünftige Einkommensverlauf unsicher ist und somit Erwartungen eine entscheidende Rolle spielen. Gehen die potentiellen Migranten davon aus, daß sich die Einkommensunterschiede zwischen Herkunfts- und Zielregion angleichen werden, kommen sie zu anderen Entscheidungen als wenn sie unterstellen, daß die Einkommen auseinanderdriften. Mit Hilfe der Optionstheorie können Wanderungsentscheidungen als dynamisches Entscheidungsproblem interpretiert werden, bei dem die Verschiebung der Entscheidung einen Optionswert hat (Burda 1992). Unterstellt man eine Annäherung der Einkommen in der Herkunftsregion an die Zielregion, dann hat Warten einen positiven Effekt. Das Individuum, das nicht wandert, vergrößert seinen Nutzen, wenn sich herausstellt, daß seine Erwartung übertroffen wurde.

In Abbildung 1.1 ist diese Argumentation schematisch dargestellt. Bei Sicherheit über die künftige Einkommensentwicklung lohnt sich Wanderung, wenn der Gegenwartswert des Einkommensdifferentials zwischen Ziel- und Herkunftsregion (π) größer ist als die Fixkosten der Wanderung. Dies wird im Punkt (π_0) erreicht. Holt das Einkommen der Herkunftsregion mit einer Rate von μ gegenüber der Zielregion auf, so erhöht sich die Diskontrate δ um eben diesen Wert. Der Abzinsungsfaktor des Einkommensdifferentials beträgt also $(\delta + \mu)$. Je größer diese Angleichungsrate ausfällt, um so größer muß die Einkommensdifferenz sein. Diese Bedingung ist als durchgezogene Linie dargestellt.

Die Fläche zwischen der gestrichelten und der durchgezogenen Linie kennzeichnet den Optionswert des Wartens, der sich bei Unsicherheit über die künftige Entwicklung ergibt. Er entspricht den Fixkosten der Wanderung, wenn das Einkommensdifferential am (theoretischen) Punkt Null anlangt und er nimmt mit steigendem Wanderungsgewinn stetig ab. Am Punkt π^* ist er Null. Dieser Punkt liegt rechts von der Schwelle π_0 , die bei Sicherheit gilt, da das Abwarten einen positiven Optionswert hat.

Abb. 1.1

Optionswert des Nicht-Wanderns



Quelle: Sievert 1993: 233.

Diese Überlegungen sind nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie die Unsicherheit über die künftige Entwicklung in die Wanderungsentscheidungen einbeziehen, sondern weil sie zeigen, daß die Risikoaversion der Individuen zu einer höheren Wanderungsschwelle führt, wenn im Herkunftsland positive Erwartungen über den Abbau der Einkommensdifferenz zum Zielland bestehen. Damit kommt dieser Erwartungsbildung über die künftige Einkommensentwicklung bei gegebener Risikoaversion eine große Bedeutung zu. Im umgekehrten Fall, wenn ein Auseinanderdriften der Einkommen erwartet wird, nimmt der Optionswert negative Werte an und verringert daher die Schwelle, ab der Wanderungsanreize bestehen. Dies unterstreicht nochmals die Bedeutung der Erwartungsbildung für die Wanderungsentscheidungen.

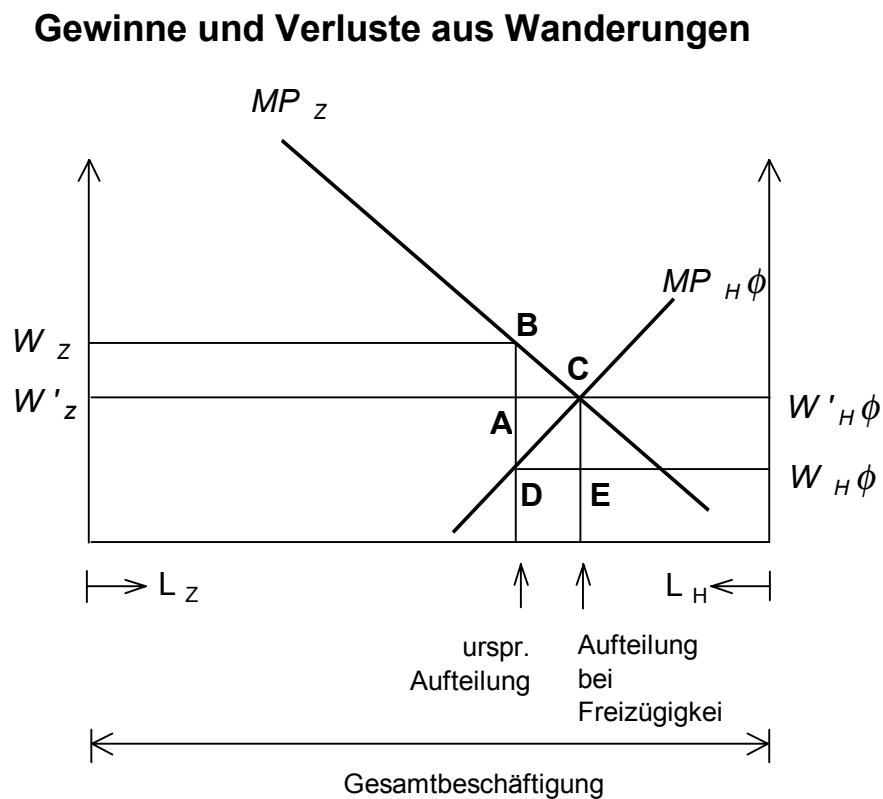
1.2 Makroökonomische Wirkungen

1.2.1 Verteilung der Wanderungsgewinne

Aus der makroökonomischen Perspektive stellt sich nicht allein die Frage, wie die potentiellen Migranten entscheiden, sondern in welchem Umfang Wande-

ung stattfindet und wie sich die daraus resultierenden Wohlfahrtseffekte auf das Herkunfts- und Zielland und auf ihre Bevölkerungsgruppen verteilen. Dies läßt sich mit einem sehr einfachen Schema verdeutlichen, wie es von Layard et al. (1992) entwickelt wurde (Abbildung 1.2).

Abb. 1.2



Zur Vereinfachung wird von zwei Arbeitsmärkten mit Vollbeschäftigung ausgegangen. Sie sind spiegelbildlich auf der Abszisse abgetragen und ergeben zusammen die Gesamtbeschäftigung L . Die Nachfragekurve des Ziellandes ist die fallende Gerade MP_Z , die von der Grenzproduktivität der Arbeit vorgegeben wird. Die Nachfragekurve des Herkunftslandes MP_H ist von rechts nach links fallend. Ihre Lage ist um den Präferenzfaktor ϕ erhöht, der nach Gleichung (4) die nicht-finanziellen Vorteile des Herkunftslandes darstellt.

Im Ausgangspunkt werden bei den Lohnsätzen W_Z und $W_H\phi$ alle Arbeitnehmer beschäftigt. Läßt man nun Wanderungen zwischen den beiden Ländern zu, kann sich - unter Vernachlässigung von Marktunvollkommenheiten - ein gemeinsames Gleichgewicht auf beiden Arbeitsmärkten beim Lohnsatz $W'_Z = W'_H\phi$ herausbilden. Es sind Arbeitnehmer im Umfang der Strecke DE in das Zielland gewandert.

Die Verteilungseffekte ergeben sich aus der Änderung des Lohnsatzes und der Beschäftigungsänderung. Durch die Absenkung des Lohnsatzes im *Zielland* verlieren die dortigen Arbeitnehmer und die Gewinnbezieher profitieren bei unveränderter Grenzproduktivität der Arbeit. Das Zielland insgesamt vergrößert sein Einkommen durch die Ausweitung der Beschäftigung im Umfang des Dreiecks CAB. Im Herkunftsland gewinnen umgekehrt die Arbeitnehmer durch den Anstieg des Lohnsatzes und die Gewinnbezieher verlieren. Das Herkunftsland als Ganzes verliert Einkommen im Umfang des Dreiecks CDE. Die Migranten gewinnen die Fläche CADE. Schließlich gewinnt die aus diesen zwei Ländern bestehende Welt durch die Realisierung des gemeinsamen Gleichgewichts das sog. Harberger-Dreieck CBD. Die Wanderung ist nach dieser Darstellung für die Welt insgesamt ein Gewinn.

Die Darstellung zeigt aber auch, daß es zu Umverteilungseffekten im Zielland kommt, die zulasten der Arbeitnehmer gehen, während die Migranten und die Arbeitnehmer im Herkunftsland gewinnen. Dies weist auf wesentliche Konfliktnen in der Beurteilung von Wanderungen hin.

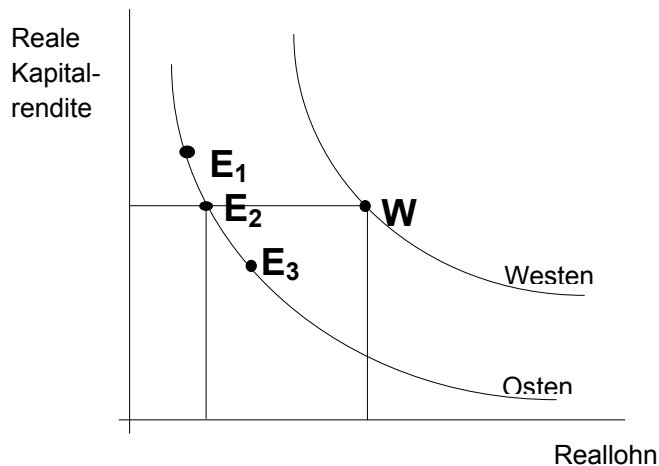
1.2.2 Internationaler Handel und Kapitalmobilität

Das Ergebnis der Analyse ändert sich, wenn man neben Wanderungen auch die Mobilität von Gütern und Kapital berücksichtigt. Wenn die Einwanderung durch eine Ausweitung des Kapitalstocks im Zielland begleitet wird, verringern sich die Verteilungseffekte: Die Gewinnbezieher profitieren weniger und die Arbeitnehmer verlieren weniger. Der Effekt auf die Löhne kann gering bleiben. In ähnlicher Weise werden auch die Effekte auf das Herkunftsland abgeschwächt. „Internationaler Handel und Investitionen können als Substitut der Migration wirken.“, schreiben Layard et al. (1992: 51). Die Frage ist allerdings, unter welchen Bedingungen die Waren- und Kapitalströme diese Effekte auslösen.

Nach der Außenhandelstheorie exportieren Länder mit reichlicher Kapitalausstattung kapitalintensiv produzierte Güter, während Länder mit geringer Kapitalausstattung arbeitsintensiv produzierte Güter exportieren. Diese Unterscheidung trifft auf die westlichen Industrienationen einerseits und die östlichen Transformationsländer andererseits zu. Durch den Export arbeitsintensiver Güter und den Import kapitalintensiver Güter können die Transformationsländer die reichlicher vorhandene Arbeit exportieren und das weniger vorhandene Kapital importieren. Der internationale Warenhandel dient unter diesen Bedingungen als Substitut für die Wanderung von Arbeit und Kapital. Die noch erforderliche Faktormobilität kann entsprechend geringer ausfallen.

Berücksichtigt man allerdings, daß zwischen den östlichen Transformationsländern und den westlichen Industrieländern ein erheblicher Abstand in der Effizienz der Produktion besteht, wird die Aussage des einfachen Außenhandelsmodells deutlich verändert. In Abbildung 1.3 ist der Trade-Off zwischen Kapitalrentabilität und Reallohn dargestellt, wobei die Kurven die bei vorherrschender Produktionstechnologie möglichen Kombinationen des Faktorpreisverhältnisses darstellen. Diese Kurven werden als Faktorpreisgrenzen bezeichnet.

Abb. 1.3



Quelle: Layard et al. (1992: 56)

Der Austausch von Gütern und - noch bedeutsamer - die Investitionen können nach dieser Darstellung bei gegebener Produktionstechnologie kein vollständiges Substitut für Wanderungen sein, denn sie verändern das Faktorpreisverhältnis nur auf der Faktorpreisgrenze. Befinden sich die östlichen Transformationsländer z.B. im Punkt E_1 , so wandert Kapital aufgrund der höheren Kapitalrendite in den Osten bis der Punkt E_2 erreicht ist. An diesem Punkt sind die Löhne im Osten aber immer noch erheblich niedriger als im Westen, so daß die Wanderungsanreize weiterhin bestehen.

Es ist aber keineswegs gesichert, daß die Kapitalrendite im Osten höher liegt als im Westen, so daß sich die Transformationsländer auch auf Punkt E_3 befinden können. In solch einem Fall wird - neben Arbeit - auch das Kapital in den Westen wandern. Die entscheidende Bedingung zur Reduktion der Wanderungsanreize ist daher der Abbau des Effizienzurückstands der Transformationsländer. Erst durch die Annäherung der Faktorpreisgrenze an die westlichen Industrieländer nähern sich auch Löhne und Zinsen an und vermindern damit die internationale Faktormobilität.

1.2.3 Externe Effekte

Die bisherige Argumentation folgt den vereinfachenden Annahmen der neoklassischen Theorie, nach der die Anpassungsreaktionen der Marktteilnehmer (und der Migranten) immer zu einem optimalen Gleichgewicht führen. Es gibt allerdings Bedingungen, die eine optimale Gleichgewichtslösung stören bzw. Nebeneffekte, die bisher noch nicht in die Betrachtung einbezogen wurden. Layard et al. (1992: 37) verweisen auf fünf Problemfelder:

(1) *Kompression der Lohnstruktur*: In den ehemals sozialistischen Länder waren die Lohnrelationen von qualifizierter und weniger qualifizierter Arbeit enger als in den westlichen Marktwirtschaften. Soweit diese Lohnrelationen noch fortbestehen, erzeugt dies sehr hohe Wanderungsanreize für qualifizierte Beschäftigte, bedeutet aber gleichzeitig hohe Abwanderungskosten für die Herkunftsländer, denn sie verlieren relativ preisgünstige, qualifizierte Arbeitnehmer. Die „Welt“ insgesamt gewinnt daher weniger als die qualifizierten Migranten.¹

(2) *Fiskalische Effekte und Ausbildungskosten*: Durch die Abwanderung verliert das Herkunftsland Steuerzahler und erleidet möglicherweise Verluste in Höhe der Nettosteuerzahlung der Migranten (Steuern abzüglich staatliche Leistungen). Für einzelne Bevölkerungsgruppen fallen diese Nettosteuerzahlungen unterschiedlich hoch aus und können auch negativ sein. Dies hängt von der Art der Steuertarife und der Verteilung staatlicher Leistungen ab. Geht man davon aus, daß die Zuwanderer in den Zielländern unterdurchschnittliche Einkommen erzielen, aber staatliche Leistungen in gleichem Umfang wie die übrige Bevölkerung erhalten, kann Zuwanderung eine Belastung darstellen. Die Qualifikationsstruktur der Migranten stellt daher eine wichtige Variable dar, von der die fiskalischen Effekte der Wanderung abhängen.

Dies gilt in besonderem Maße, wenn man die von der Allgemeinheit finanzierten Ausbildungskosten der Migranten mit berücksichtigt. Der steuerliche Ertrag dieser Humankapitalinvestition geht dem Herkunftsland verloren, während das Zielland kostenloses Humankapital erhält. Dies kann zu einer kumulativen Entwicklung führen, wenn sich Auswanderung für qualifizierte Arbeitskräfte als Option durchsetzt. Dann verstärkt sich die Nachfrage nach Ausbildungsleistungen,

¹ Die Bedeutung der Lohnstruktur für die Wanderungen wird in Abschnitt 1.3 genauer betrachtet.

weil damit auch die Möglichkeit zur Auswanderung eröffnet wird. Der Staat gerät mit seinen Humankapitalinvestitionen in ein permanentes Defizit.¹

(3) *Kulturelle und soziale Probleme*: Soziale Probleme entstehen nicht nur im Zielland, wo die sozialen Konflikte mit den Sprachproblemen der Zuwanderer, der unterschiedlichen Religion und der Hautfarbe zunehmen können. Sie entstehen möglicherweise auch in den Herkunftsländern, wo soziale Netzwerke ihre Funktionsfähigkeit verlieren und die Lebensbedingungen für die verbleibende Bevölkerung nachhaltig tangiert werden.

(4) *Marktgröße*: Wanderungen beeinflussen auch den Umfang des Marktvolumens in den Ziel- und Herkunftsregionen. Soweit die Effizienz der Produktion vom Marktvolumen abhängig ist (economies of scale) bewirken die Wanderungen, daß die Produktion in der Herkunftsregion weniger effizient und in der Zielregion effizienter wird. Dies verlagert bei freiem Handel zusätzliche Teile der Produktion in die Zielregion. Auch wenn die Bedeutung steigender Skalenerträge nicht überschätzt werden sollte, beinhalten sie doch die Gefahr sich selbst verstärkender Produktionsverlagerungen zulasten der Herkunftsländer.

(5) *Transparenz*: Wanderungen intensivieren den Informationsaustausch und verbessern den Informationsstand auch der bleibenden Bevölkerung. Dies führt durch erhöhte Transparenz vermutlich schneller zu einem Gleichgewicht.

Die Autoren kommen zu dem Fazit, daß das Erreichen des neoklassischen Optimums bei unbeschränkter Wanderung unter Berücksichtigung dieser externen Effekte keineswegs gesichert wäre. Damit sprächen weniger die ökonomischen Gründe für eine Liberalisierung der Wanderungen, sondern vor allem das politische Ziel der Freizügigkeit, das insbesondere für die Europäische Union einen besonderen Stellenwert bei der Schaffung eines geeinten Europas hätte (Layard et al. 1992: 41)

Straubhaar (1997:58) weist darauf hin, daß in dynamischer Sicht internationale Faktorwanderungen die Zentralisierungsprozesse verschärfen können. Dies bedeutet, daß sie das regionale Wachstum in weniger entwickelten peripheren

¹ Bhagwati (1976) hat daher die Einführung einer Brain-Drain-Tax vorgeschlagen, mit der Auswanderer die Ausbildungskosten an ihr Herkunftsland zurückerstatten sollen. Dieser Vorschlag scheitert jedoch nicht nur an der Bewertung der Ausbildungskosten, sondern auch am administrativen Kontrollapparat, der zur Abwicklung einer solchen Steuer erforderlich wäre.

Gebieten hemmen und das Wirtschaftswachstum in dynamischen Zentren fördern. Er bezieht sich dabei auf Lucas (1990), der die Frage stellt „Why doesn't capital flow from rich to poor countries?“. Nach dessen Argumentation ist dies der Fall, weil die Wanderung zur grenzüberschreitenden Spezialisierung und damit zur effizienten internationalen Arbeitsteilung beiträgt, und weil auch die Verfügbarkeit weniger qualifizierter Arbeit Kapital in die Zielregionen lenkt. Damit führt die Wanderung von Arbeitskräften nicht zu den erwarteten Lohneffekten. Im Gegenteil: Die Lohndifferenz nimmt zu und verstärkt damit den Wanderungsanreiz. Agglomerationen ermöglichen außerdem die bessere Nutzung und Verbreitung von Wissen und tragen damit in ähnlicher Weise zur Verstärkung der Anreize bei.

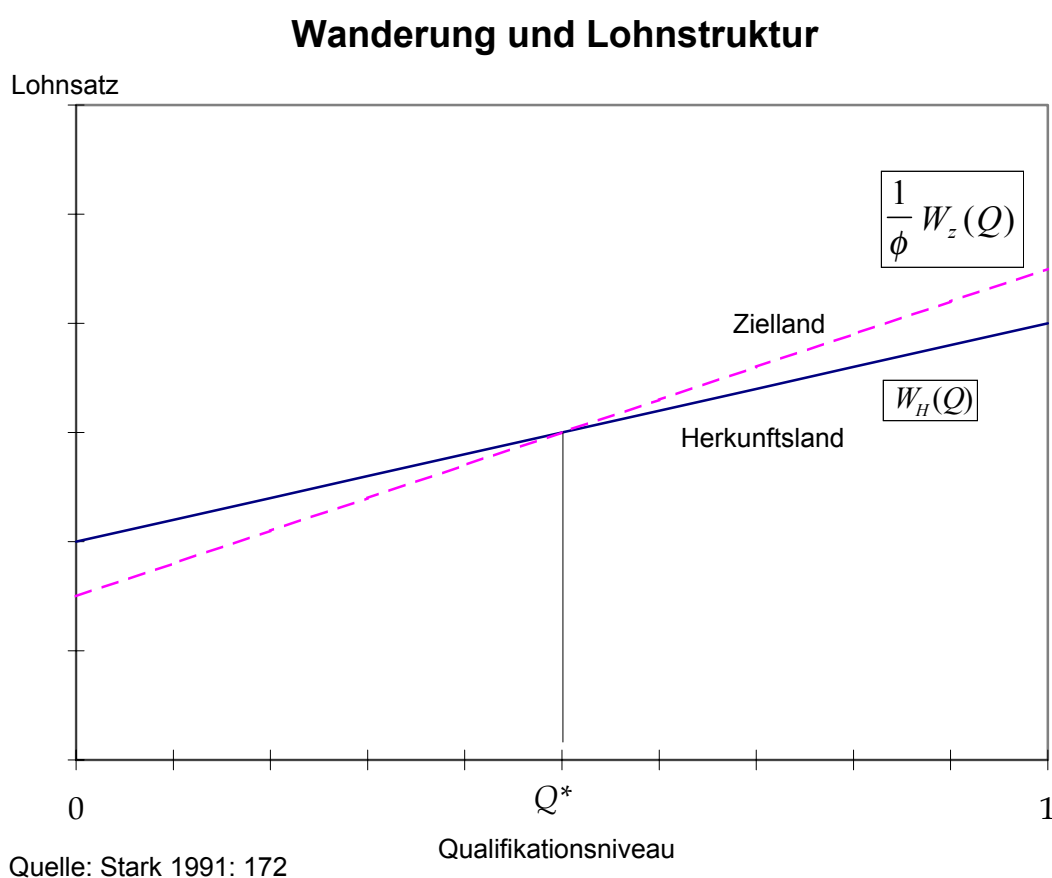
1.3 Qualifikationsstruktur und asymmetrische Information

In den bisherigen Überlegungen wurde die Heterogenität der Migranten hinsichtlich ihrer Ausbildung und ihrer Qualifikation außer Acht gelassen. Sie spielt aber eine wichtige Rolle, wenn zu erklären ist, welche Bevölkerungsgruppen aus den Herkunftsländern wandern und welche Wirkungen dies auf den Arbeitsmarkt der Zielländer hat. Über die einfache Argumentation hinaus, daß der Wanderungsanreiz bei abweichenden Lohnstrukturen zwischen Herkunfts- und Zielland für die Gruppen am größten ist, für die sich der größte positive Unterschied in der Entlohnung ergibt, wurden von Stark (1991) die Probleme asymmetrischer Information in die Analyse einbezogen, die zu abweichenden Ergebnissen führen. Diese Argumentation wird im folgenden näher dargestellt.

Geht man zunächst von voller Information der Migranten und der Arbeitgeber in den Zielländern aus, d.h. beiden Gruppen sind über die Lohnrelationen zwischen verschiedenen Qualifikationsgruppen und die Qualifikation der Migranten voll informiert, dann ergibt sich das oben erwähnte Resultat: Es wandern jene Qualifikationsgruppen, für die sich eine positive Differenz zwischen dem - mit dem Präferenzfaktor ϕ abdiskontierten - Lohn im Zielland und der Entlohnung im Herkunftsland ergibt. Dies sind in Abbildung 1.4 alle Qualifikationsgruppen rechts vom Schnittpunkt Q^* . Dabei ist unterstellt, daß die Lohnstruktur des Ziellandes stärkere Unterschiede aufweist als die Lohnstruktur des Herkunftslandes und das abdiskontierte Lohnniveau der untersten Qualifikationsgruppe im Herkunftsland $W_H(0)$ niedriger liegt als das entsprechende Lohnniveau im Ziel-

land. Es sind andere Fälle vorstellbar, in denen die Lohnstrukturen in umgekehrter Weise im Herkunftsland stärker ausgeprägt sind als im Zielland. Dann würden bei gleichen Durchschnittslöhnen wie im abgebildeten Beispiel die weniger qualifizierten Arbeitskräfte wandern und die qualifizierten bleiben. Außerdem kann der Präferenzfaktor zwischen den Qualifikationsgruppen variieren. Auch dies würde zwar zu anderen Ergebnissen führen, aber es bleibt die gleiche Logik aus der sie abgeleitet werden.

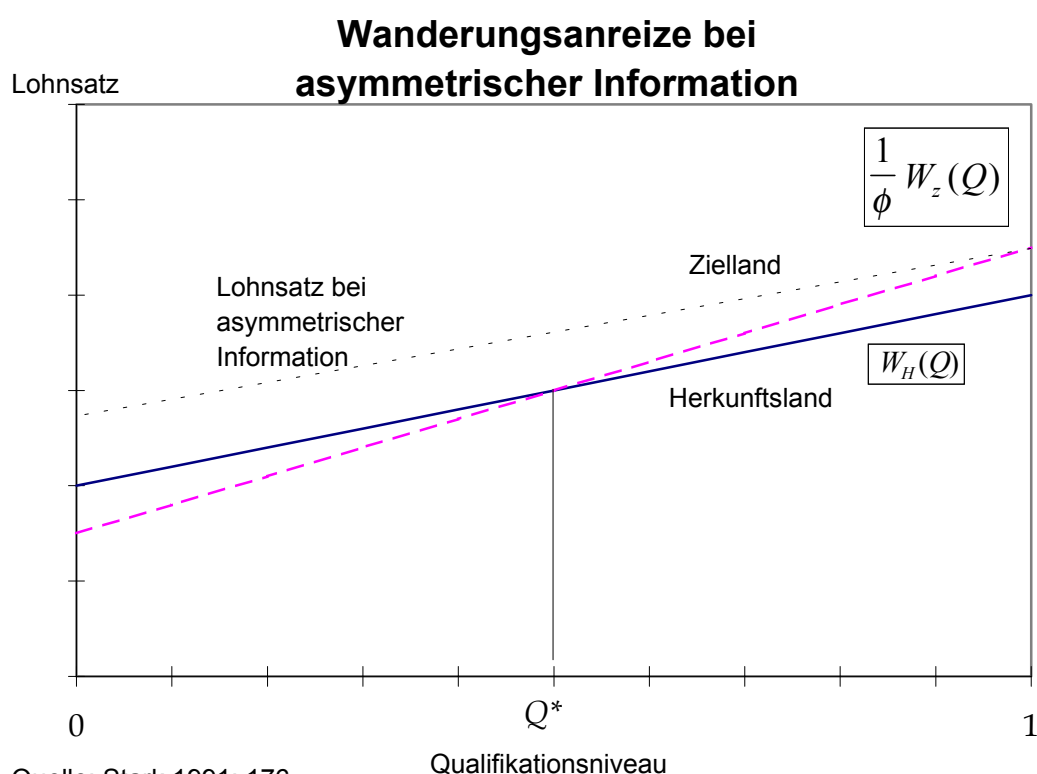
Abb. 1.4



Unter der Bedingung asymmetrischer Information kennen zwar die Migranten ihr Qualifikationsniveau, die Arbeitgeber im Zielland haben hingegen keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten, die Qualifikation von eingewanderten Bewerbern einzuschätzen. Sie orientieren sich daher am durchschnittlichen Qualifikationsniveau der bisher eingewanderten Gruppe und entlohnen sie auch nach deren Durchschnittsprodukt. Im oben dargestellten Fall wandern vor allem die höchsten Qualifikationsgruppen, denn für sie besteht der stärkste Wande-

rungsanreiz. Damit orientiert sich die Entlohnung zunächst an dieser Gruppe und sinkt mit jedem zusätzlichen Einwanderer ab, allerdings - wie hier ohne Beweis dargestellt wird - in geringerem Ausmaß im Vergleich zur Entlohnung bei vollständiger Information.¹ Die gepunktete Linie in Abbildung 1.5 zeigt den Verlauf der Lohnkurve bei asymmetrischer Information und unter der Bedingung, daß für die höchste Qualifikationsgruppe der stärkste Wanderungsanreiz besteht.

Abb. 1.5



Unter diesen Voraussetzungen zeigt sich, daß sich die Wanderungsanreize nicht mehr auf die höher Qualifizierten beschränken, sondern für alle Qualifikationsgruppen bestehen. Die Analyse kommt damit zu einem völlig anderen Ergebnis als unter der Annahme vollständiger Information.

¹ Intuitiv kann dies folgendermaßen erklärt werden: Der letzte Einwanderer senkt den Qualifikationsdurchschnitt auf den Mittelwert zwischen ihm und dem vorletzten Einwanderer und er erhält den Lohn der dieser Durchschnittsqualifikation entspricht. Der Lohn paßt sich daher nur halb so stark an das niedrigere Qualifikationsniveau an als wenn die Qualifikation des letzten Einwanderers bekannt gewesen wäre.

Die Lohnkurven können - wie bereits oben erwähnt - ganz unterschiedliche Konstellationen annehmen. Bestehen die Wanderungsanreize vor allem für gering Qualifizierte, orientiert sich die Entlohnung an der niedrigsten Qualifikation. Damit beginnt die Lohnkurve am niedrigsten Eckpunkt der Lohnkurve des Ziellandes und nicht am höchsten. Ihre Steigung ist wiederum geringer als unter der Bedingung vollständiger Information. Damit verringern sich die Wanderungsanreize für alle Qualifikationsgruppen oder heben sie sogar völlig auf, wenn die neue Lohnkurve unterhalb der Lohnkurve des Herkunftslandes verläuft.

1.4 Fazit

Die Theorie der Migration liefert noch keine hinreichende Prognose über das Ausmaß und die Wirkungen von Migrationsströmen, aber sie isoliert die entscheidenden Einflußfaktoren und zeigt ihre Interdependenzen. Die neuere Migrationstheorie hat sich vom statischen Nutzenkalkül unter Einkommens- und Preisrestriktionen losgelöst und die Argumentation um wesentliche Aspekte ergänzt: Die individuellen Wanderungsentscheidungen hängen nicht allein von zeitpunktbezogenen Nutzenerwägungen ab, sondern sind zukunftsbezogen und beinhalten individuelle Risikoeinschätzungen. Damit erhalten aus der Perspektive dieser Analyse die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in den EU-Beitrittsländern eine entscheidende Bedeutung für das Ausmaß der Wanderungen, wenn man die Aussichten für die EU insgesamt als unabhängig von der Höhe der Wanderungen unterstellt. Dies gilt um so mehr, als günstige Aussichten auf eine Konvergenz der Einkommensniveaus einen positiven Optionswert für das Verbleiben im Herkunftsland erzeugen, der die Wanderungen weiter verringert. Dies weist darauf hin, daß administrative Regelungen die Kontrolle über die Wanderungsströme nur in beschränktem Umfang herstellen können. Vielmehr stellen wirksame wirtschaftliche Reformen und damit die Sicherung einer hinreichenden Kapitalrendite in den Beitrittsländern die notwendige Bedingung für gleichgewichtige Wanderungsströme dar.

Allerdings läßt die ökonomische Migrationstheorie eine Reihe von wichtigen Fragen offen. Es gelingt zwar, die wirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren, wie Einkommensdifferenziale und Beschäftigungslage, zu operationalisieren. Die kulturellen, sozialen und politischen Einflußfaktoren bleiben hingegen weitgehend unbeleuchtet. Damit entsteht ein erhebliches Defizit in der Erklärung von

Wanderungsentscheidungen, denn es ist zu vermuten, daß diese Faktoren von großer Bedeutung und damit auch ausschlaggebend für die empirische Analyse von Wanderungen sind. Es fehlt damit ein operationaler Brückenschlag zur soziologischen Forschung.

Eine Reihe von externen Effekten - wie die regulierenden Eingriffe der Lohnpolitik oder die Existenz von economies of scale - stellen darüber hinaus das Ergebnis der neoklassischen Gleichgewichtsanalyse in Frage, das besagt, daß unbeschränkte Wanderung zu einem Wohlfahrtsgewinn der „Welt“ insgesamt führt. Über die Wirkungsweise dieser externen Effekte ist aber nur wenig bekannt, vor allem fehlen Informationen über ihre empirische Relevanz. Sie liefern daher keine direkten Antworten als vielmehr einen Katalog weiterführender Fragestellungen. Wichtige Untersuchungsfelder sind der Zusammenhang zwischen Wanderungen und Lohnpolitik, die fiskalischen Auswirkungen der Wanderungen, die Wirkungen auf die Humankapitalausstattung und der Zusammenhang zwischen Wanderungen und Marktgröße.

2 Einschätzung des Migrationspotentials

Im Vordergrund der folgenden Betrachtungen stehen die derzeitigen mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten der ersten Erweiterungsrunde (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland. Zypern als weiterer Beitrittskandidat wird nicht in die Betrachtung eingeschlossen). Die Slowakei hat gute Chancen nachzuziehen. Die Potentialschätzungen schließen daher die Slowakei in ihre Berechnungen ein. Rumänien und Bulgariens Chancen auf einen baldigen EU-Beitritt dürften weniger groß sein, dennoch lohnt es sich in einer langfristigen Perspektive auch diese beiden Länder im Blick zu behalten.

Tabelle 2.1 gibt die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren für die betrachteten Länder wieder. Im bevölkerungsreichsten Land Polen lag das Pro-Kopf-Einkommen (BIP pro Kopf) im Jahr 1997 bei 32% des Durchschnitts aller 15 EU-Länder.¹ Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Wert für Deutschland 9%

Tabelle.2.1

Bevölkerung und BIP pro Kopf in KKP in sechs MOE-Ländern 1997 (geschätzt)

	Bevölkerung in 1.000	BIP pro Kopf in KKP in USD	BIP pro Kopf EU15 = 100	Durchschnitt Jahreslohn in KKP in USD	Lohnstück- kosten in KKP; Öster- reich = 100
Polen	38.660	6.406	32	7.091	45
Ungarn	10.277	7.318	37	6.115	37
Tschechien	10.304	11.566	58	9.272	32
Slowenien	1.989	11.724	59	13.871	72
Estland	1.480	3.993(*)	21(*)		
Slowakei	5.384	8.585	43	7.825	27
Rumänien	22.545	4.356	22	3.994	18
Bulgarien	8.283	3.860	19	3.097	25

(*) 1995

Quelle: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien: Rosati et al., WIIW, 1998; Estland: BMWi 1997.

über dem EU-Durchschnitt lag. Die Einkommensdifferenz zum Hauptzielland der Migration ist also größer als es in der Tabelle zum Ausdruck kommt. Ähnli-

¹ Gemessen in Kaufkraftparitäten.

ches gilt auch für Österreich. Nur Tschechien und Slowenien kommen wesentlich höher an den EU-Durchschnitt heran. Rumänien und Bulgarien liegen mit noch größerem Abstand zurück.

2.1 Bisherige Ost-West Migration

Die bisherigen Wanderungsbewegungen aus den MOE-Staaten in die EU finden auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau statt und konzentrieren sich auf Österreich und vor allem auf Deutschland. Darüber hinaus ist innerhalb Europas die Wanderung von Polen nach Schweden, Frankreich und in die Niederlande hervorzuheben - die relative Betroffenheit dieser Länder von der Immigration aus MOE-Ländern ist dabei allerdings geringer als im Falle Deutschlands und Österreichs (SOPEMI 1998 und Garson; Redor; Lemaître 1997).

Tab. 2.2

Räumliche Verteilung von Bürgern aus MOE im europäischen Ausland in % (1993)

	Polen	Tschechien u. Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien
Deutschland	62	57	64	68	66
Österreich	4	15	12	10	5
Schweden	4	2	4	3	3
Frankreich	11	3	3	3	1
Italien	5	6	6	11	9
sonst. Europ. OECD Länder	14	17	11	5	16
insgesamt	100	100	100	100	100

Quelle: Garson; Redoir; Lemaître 1997: 328.

Unter den Ausländern aus den in Tabelle 2.2 genannten fünf MOE-Ländern in der EU15 waren 1993 etwa die Hälfte polnische Staatsbürger. Die zweitgrößte Gruppe bildeten mit 22% die Rumänen.

Die Konzentration auf Deutschland und Österreich hat im Laufe der 90er Jahre zugenommen (Franzmeyer; Brücker 1997). Nach Berechnungen des WIFO würden bei sofortiger Freizügigkeit für die Beitrittskandidaten der ersten Runde

und für die Slowakei 46% der Emigranten nach Deutschland und 14% nach Österreich wandern (Walterskirchen; Dietz 1998: 45).

Die bisherigen Migrationsbewegungen aus den MOE-Ländern in EU-Länder sowie innerhalb der MOE-Länder sind gekennzeichnet von Wanderungen ethnischer Minderheiten. Hiervon war insbesondere die Immigration nach Deutschland geprägt. Die Nettozuwanderung aus Bulgarien, der früheren Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der früheren Sowjetunion nach Deutschland betrug zwischen 1988 und 1995 2,66 Mio. Personen, davon waren 1,83 Mio. Aussiedler. Die meisten Migranten kamen aus Polen, Rumänien und der früheren Sowjetunion (Hönekopp 1997a: 2). Ähnliche ethnische Immigrationsbewegungen sind aber auch in andere Länder zu beobachten: z.B. Immigration aus Estland und Rußland nach Finnland, aus Rumänien und der Slowakei nach Ungarn, aus der Ukraine, Kasachstan und Sibirien nach Polen (SOPEMI 1998: 47). In den 80er Jahren wanderten insbesondere Hochqualifizierte aus Polen aus. Ein weiteres Charakteristikum lag in der Wanderung junger Familien (Korcelli 1996).

In den 90er Jahren änderte die Migration aus den MOE-Ländern insofern ihr Gesicht, als die temporäre Migration in Form von Saison- und Werkvertragsarbeiten sowie in bescheidenem Umfang das Grenzpendeln an Bedeutung gewann.¹ Insbesondere Polen zählen zu den temporären Migranten, die Zielländer sind hauptsächlich Deutschland und Österreich¹, aber auch Frankreich, Schweden und Tschechien (Garson; Redor; Lemaître, 1997: 313). Deutschland und andere Länder haben bilaterale Abkommen zur temporären Migration mit MOE-Ländern abgeschlossen. So hat beispielsweise Finnland 1991 bilaterale Abkommen mit Estland getroffen, die auch Werkvertragsarbeitnehmer betreffen. In Schweden ist die Beschäftigung ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer prinzipiell möglich. Frankreich hat 1992 ein bilaterales Abkommen mit Polen für Saisonarbeiter abgeschlossen. Zudem bestehen zwischen vielen Ländern bilaterale Abkommen für Gastarbeitnehmer im Rahmen der beruflichen

¹ Für Deutschland ergibt sich folgende Struktur der langfristigen und temporären Zuwanderung nach Deutschland (1992-1997): Die durchschnittliche Zahl der jährlichen Migranten nach Deutschland betrug 200.000 Spätaussiedler, 191.000 Saisonarbeitnehmern, 57.000 Werkvertragsarbeitnehmer, 5.000 Gastarbeitnehmer (Gornig; Jeschek; Schulz; Stille 1999: 16).

Ausbildung (Studium, Praktika etc.). Die Kontingente werden allerdings häufig nicht ausgeschöpft (Werner, 1996).²

Die bisherigen Wanderungsströme sagen allerdings wenig über die Zukunft aus, da sie einer restriktiven und gesteuerten Zuwanderungspolitik unterliegen. Es stellt sich die Frage inwieweit sich durch die Osterweiterung der Europäischen Union und die mit ihr einhergehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit das Einwanderungspotential erhöht, und inwieweit sich die Struktur der Migration ändern könnte.

2.2 Potentialschätzungen der Ost-West Migration

Die vorliegenden Schätzungen zum Migrationspotential lassen sich in drei Gruppen fassen (Übersicht 2.1):

(1) Neuere Potentialschätzungen wurden 1997/98 vom DIW in Berlin und vom WIFO in Wien erstellt. Beide Schätzungen basieren auf der Annahme, daß Einkommensunterschiede Migrationsbewegungen auslösen. Das DIW erarbeitet derzeit ein neue Prognose der Ost-West Wanderung im Auftrag der Europäischen Kommission und entwickelt hierzu ein differenziertes Prognosemodell.³

(2) Anfang der 90er Jahre wurde von Layard u.a. eine grobe Potentialschätzung als Bestandsgröße vorgenommen.

(3) Es wurden zudem in den MOE-Ländern mehrere Umfragen zur Migrationsbereitschaft der Bevölkerung durchgeführt. Diese Umfragen führen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen - und sind nur sehr bedingt aussagekräftig.

Übersicht 2.1

Migrationspotential

¹Die temporären Migranten mit Aufenthaltsgenehmigungen bis zu zwei Jahren nach Österreich kamen hauptsächlich aus Tschechien und der Slowakei, gefolgt von Polen, Rumänen und Ungarn (SOPEMI 1998).

² Entsprechende Kontingente bestehen zwischen Deutschland und Polen, Tschechien, Ungarn und Estland. Finnland hat entsprechende Vereinbarungen mit den baltischen Staaten getroffen, Frankreich mit Polen und Schweden mit Estland und Polen.

³ Mit der Fertigstellung ist nach Aussage des DIW erst Ende 1999 zu rechnen.

Studie / Autor	Migrationspotential	Bemerkungen
Franzmeyer; Brücker, DIW 1997	Nettomigration in die EU: 340.000 - 680.000 Personen p.a.	Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei Nettomigrationsrate zwischen 0,08% und 0,165% pro 10% Einkommensdifferenz. Prognose des BIP pro Kopf Wachstums in MOE 5%, langfristig niedriger, in EU15 2%. Es wird nicht eigens nach Pendlern und Migranten unterschieden.
Walterskirchen; Dietz, WIFO 1998	220.000 Personen p.a.	Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien Migrationsrate von 0,05 pro 10% Einkommensdifferenz. Ohne Pendler!
Layard et al. 1992	133.000 p.a.	Migrationspotential von 3% der Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren umgerechnet auf Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei: rund 2 Mio. Personen, d.h. rund
Faßmann; Hintermann - Institut für Stadt und Regionalforschung 1997	(a) Allgemeines Potential: 9,5 Mio. (b) Wahrscheinliches Potential: 4 Mio. (c) Tatsächliches Potential: 720.000	Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei Umfrageergebnisse; Frage nach (a) prinzipielles Interesse, (b) Informationsbeschaffung, (c) konkrete Schritte unternommen

(1) DIW (1997), WIFO (1998)

Die Schätzungen des Migrationspotentials durch das DIW und das WIFO beruhen sich auf die Ergebnisse von internationalen Studien (insbesondere von Barro und Sala-i-Martin, 1991) nach denen ein Wohlstandsgefälle von 10% zwischen zwei Ländern oder Regionen zu einer jährlichen Abwanderung von 0,05% bis 0,15% der Bevölkerung führt. Dabei schwanken die Migrationskoeffizienten um einen Mittelwert von 0,08%. Das WIFO geht in seinen Berechnungen von einem Migrationskoeffizienten von 0,05% aus. Dieser geringere Wert ergibt sich, weil das WIFO explizit Pendlerbewegungen ausklammert, die es nach einer anderen Berechnungsmethode schätzt (vgl. Abschnitt 2.4.2). Das DIW geht im Gegensatz zu WIFO davon aus, daß die Migrationsrate bei vollständiger Freizügigkeit bei mindestens 0,08% pro 10% Einkommensdifferenz liegt bzw. eher höher sein dürfte, da Zugangsbeschränkungen wegfallen und damit die Migration innerhalb der EU einer Binnenmigration gleicht. Das DIW zieht daher internationale (hpts. amerikanische) Erfahrungen aus der Binnenmigration heran, und nimmt als obere Grenze eine Migrationsrate von 0,165% pro 10% Einkommensdifferenz an. Dies scheint zwar für die Betrachtung von

Grenzregionen und Pendlern gerechtfertigt, allerdings bestehen innerhalb der EU durchaus bedeutende kulturelle und sprachliche Migrationsbarrieren. Die Erfahrungen der Migration innerhalb der EU deuten eher darauf hin, daß die Menschen relativ immobil sind.¹

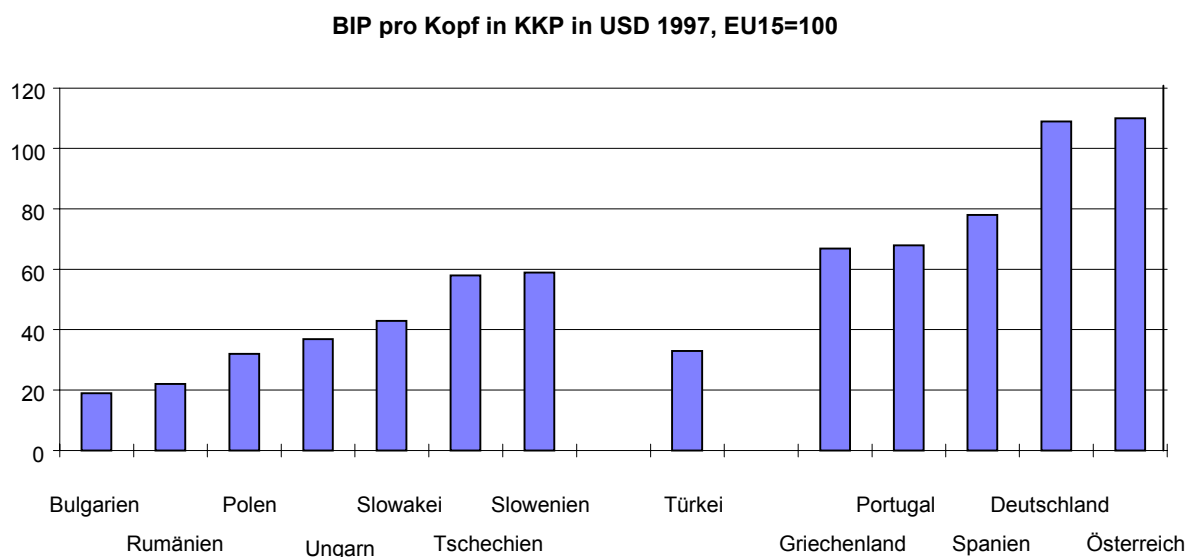
Aus der innereuropäischer Migrationserfahrung kann abgeleitet werden, daß ab einer bestimmten Größenordnung der Einkommensdifferenzen kaum noch Migration stattfindet. Dieser Einkommensunterschied liegt vermutlich bei mindestens 30% (Walterskirchen; Dietz 1998). So war beispielsweise der Wanderungssaldo zwischen Deutschland und Spanien in den 80er und 90er Jahren sogar durchwegs leicht negativ. Vor allem von 1982 bis 1985 wanderten mehr Spanier aus Deutschland aus als zugewandert waren (Statistisches Bundesamt, verschiedene Jahrgänge). Mittlerweile bewegt sich der Wanderungssaldo nahe Null. Dazu hat auch die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland beigetragen.

Bezogen auf die Einkommensunterschiede bietet sich auch ein Vergleich mit den türkischen Migrationsbewegungen an. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von Polen und Ungarn liegt in der Nähe des pro-Kopf Einkommens der Türkei (Abbildung 2.1). Die Migration aus der Türkei lag im Durchschnitt der letzten 40 Jahre bei rund 0,2% (d.h. 0,2% aller Türken wanderten jährlich aus). In Anlehnung an diese Erfahrung nehmen Walterskirchen und Dietz (1998) aufgrund des aufgestauten Migrationsdrucks eine Migrationsrate von 0,3% p.a. für die MOE-Länder an, und kommen so in einer überschlagsmäßigen Schätzung zu einem Potential von 200.000 Personen p.a. Allerdings ist dieser Vergleich mit Blick auf die künftige Freizügigkeit im Fall einer EU Osterweiterung nicht ganz zulässig, da die Bedeutung der politischen Migrationsbeschränkungen im Fall der Türkei nicht ausgeblendet werden kann. Auf der anderen Seite sind die

¹ Die zwei Studien zur Schätzung des Migrationspotentials vom DIW und vom WIFO beziehen sich auf Polen, Ungarn, die Tschechische und die slowakische Republik und im Fall vom WIFO auf Slowenien. Für die Übertragung der Ergebnisse auf die erste Beitrittsrunde sind somit die Ergebnisse für die Slowakei herauszurechnen. Die Migration aus der Slowakei ist insbesondere bedeutsam mit Blick auf Grenzarbeitnehmer aufgrund der geographischen Nähe zum Wirtschaftszentrum Wien. Slowenien besitzt ein relativ hohes Entwicklungsniveau. Teilergebnisse für Tschechien können somit (in vielleicht doch etwas geringerem Anteil) auf Slowenien übertragen werden. Slowenien ist ein sehr kleines Land. Damit sind Migrationsbewegungen (außer vielleicht für das österreichische Grenzland eher vernachlässigbar). Estland ist das Land mit dem größten Entwicklungsabstand zur EU, allerdings dürfte das Migrationspotential bei 1,4 Millionen Einwohnern nicht ins Gewicht fallen.

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Türkei nicht mit denen Polens oder Ungarns vergleichbar.

Abb. 2.1



Quelle: Rosati et al. 1998

Die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten der ersten Runde sind in sich äußerst heterogen. Das Niveau des Pro-Kopf-Einkommen unterscheidet sich zwischen den fünf MOE-Beitrittskandidaten erheblich. So ist der Abstand des BIP pro Kopf von Polen zum tschechischen Wert größer als der Einkommensabstand zwischen Tschechien und der iberischen Halbinsel.

Trotz großer Einkommens- und Lohnunterschiede zwischen den Beitrittskandidaten der ersten Runde der EU-Osterweiterung ist das Niveau der Migrationsbewegungen (sowie auch der Handelsaktivitäten) zwischen den Ländern niedrig (Garson; Redor; Lemaître 1997: 306)¹. Die Autoren sehen hier Analogien zur Entwicklung auf der iberischen Halbinsel: Trotz geographischer Nähe waren sowohl der Handel als auch die Wanderungsbewegungen zwischen Spanien und Portugal Jahrzehnte lang gering. Die großen Emigrationswellen, die bis in die 70er Jahre stattgefunden haben, hatten hauptsächlich Frankreich und andere Länder Westeuropas zum Ziel. Seit der Süderweiterung der Europäischen

¹ Nur die Migration von Polen und Tschechien ist hier nennenswert.

Union hat der Austausch an Waren und Arbeitskräften zwischen beiden Ländern zugenommen.

Daraus ergeben sich zwei Schlußfolgerungen: Erstens bieten nicht alle Beitrittskandidaten ein bedeutendes Migrationspotential. Zweitens muß in Zukunft auch eine verstärkte Wanderung zwischen den Beitrittskandidaten angenommen werden. Auch die OECD geht von einer Zunahme der Migration zwischen den MOE-Ländern aus (SOPEMI 1998).

(2) Layard et al. (1992)

Die Autoren schlugen vor, das Migrationspotential für die nächsten 15 Jahre (also ca. bis zum Jahr 2010) mit 3% der Bevölkerung (inkl. der Deutschstämmigen) zu veranschlagen. Die Autoren stützen sich dabei auf Erfahrungen aus der innereuropäischen Süd-Nord-Wanderung. Allerdings hinkt der Vergleich mit Erfahrungen aus Südeuropa in den 50er und 60er Jahren, da die Aussiedlerproblematik nicht gesondert betrachtet wird.

(3) Umfrageergebnisse

Die Studie von Faßmann und Hintermann stützt ihre Ergebnisse auf Befragungen in vier MOE-Staaten (Tschechien, Polen, Ungarn, Slowakei). Den Hochrechnungen zufolge haben 9,5 Millionen Menschen ein prinzipielles Interesse, ins Ausland zu gehen. Vier Millionen von ihnen haben zumindest schon Informationen gesammelt. 720.000 Personen haben bereits um Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung angesucht (Arbeiterkammer 1998).

1996 wurde von der Polnischen Soziologischen Gesellschaft eine Umfrage unter Abiturienten durchgeführt, mit dem Ergebnis, daß jeder Vierte gerne ins Ausland auswandern würde. Befragt wurde somit die am stärksten auswanderungswillige Bevölkerungsgruppe: jung mit hohem Bildungsniveau (Tkaczynski 1997). Diese Ergebnisse dürften kaum aussagekräftig sein. Die Ergebnisse anderer Umfragen in Polen legen nahe, daß die Zahl der polnischen Staatsbürger, die gerne auswandern würden, nicht größer als 2% bis 4% sein dürfte (Korcelli 1996). In den ungarischen Haushaltspanels 1993 und 1994 äußerten 7% der Befragten den Wunsch, im Ausland tätig zu sein (meistens nur kurzfristig) und nur 1,7% faßten Emigration ins Auge. Zudem zeigt der Haushalts-Survey, daß jene, die bereit sind auszuwandern, weder arbeitslos noch arm sind (Nesporova 1997).

Zusammenfassend gehen die vorliegenden Schätzungen von einer jährlichen Auswanderung von 130.000 bis 680.000 Personen zwischen den MOE-Ländern der ersten Runde (mit Slowakei und ohne Estland) aus. Nach den Berechnungen des DIW könnte sich das Migrationspotential um eine weitere Million jährlicher Zuwanderer erhöhen, wenn den übrigen fünf assoziierten MOE-Ländern (Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten) vollständige Freizügigkeit gewährt würde (Franzmeyer; Brücker, 1997). Ein baldiger Eintritt Bulgariens und Rumäniens in die EU ist allerdings nicht in Sicht. Auch die OECD betont, daß das Wanderungspotential aus den MOE-Staaten im Falle einer Osterweiterung nicht dramatisiert werden sollte. Die OECD geht bei ihrer Einschätzung allerdings von Übergangsregelungen bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus (SOPEMI 1998). Die große Spannweite der Potentialschätzung legt eine genauere Betrachtung wichtiger Migrationsdeterminanten nahe.

2.3 Makroökonomische Rahmenbedingungen und Wachstumspotentiale in den Beitrittsländern

Die vorliegenden Studien zur Potentialschätzung legen einen Schwerpunkt auf die Einkommensdifferenzen (bzw. Lohndifferenzen bei der Betrachtung von Grenzpendlern). Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Einkommensdifferenzen und die Arbeitslosigkeit zählen ebenfalls zu wichtigen Faktoren. Die Migrationsgeschichte zeigt jedoch, daß nicht unbedingt Einkommensdifferenzen die treibende Kraft für Migration sind. Tapinos verweist darauf, daß die transatlantischen Migrationsbewegungen im 19. Jahrhundert sowie die europäische Süd-Nord Wanderungen in den 50er und 60er Jahren weniger durch Einkommensdifferenzen ausgelöst wurden als durch eine Änderung in den Prozessen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entsendeländern. Die freigesetzten Arbeitskräfte wurden durch die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Aufnahmeländern angezogen (Tapinos 1997: 374).

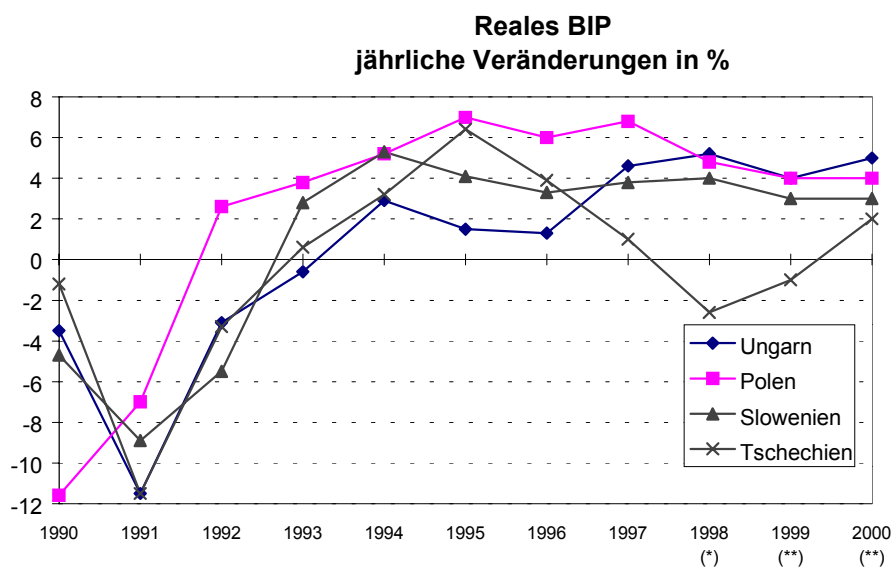
Eine Systematisierung der Argumente zur Abschätzung des Migrationspotentials erfordert daher eine Auswertung vorliegender Studien zum Wandel der makroökonomischen Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern (Wachstumspotentiale, Umstrukturierungsprozesse, Arbeitslosigkeit, usw.). Dabei sind auch

die Auswirkungen der EU-Integration selbst von zentraler Bedeutung. Schließlich sind für die Einschätzung des Migrationspotentials auch Bevölkerungsprognosen von Bedeutung.

2.3.1 Wachstumsaussichten

Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und auch der Slowakei hat ihren Tiefpunkt Anfang der 90er Jahre überschritten (Abbildung 2.2). Seit 1992/93 verzeichnen sie alle positive Wachstumsraten. Lediglich Tschechien hatte 1998 einen Rückgang seiner Wirtschaftsleistung hinzunehmen, wird sich aber nach den Voraussagen schon im Jahr 2000 erholen. Langfristig werden die Wachstumsaussichten für Tschechien durchaus positiv eingeschätzt. In Rumänien und Bulgarien hingegen gestaltet sich der Aufholprozeß im Vergleich zu den anderen fünf MOE-Ländern weit schwieriger (Abbildung 2.3).

Abb. 2.2

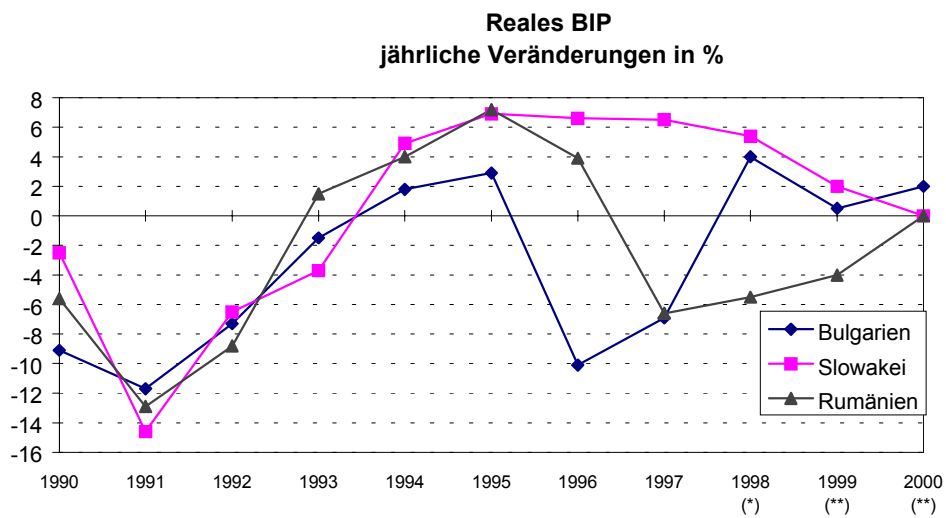


(*)geschätzt

(**)Prognose

Quelle: Pöschl 1999b.

Abb. 2.3



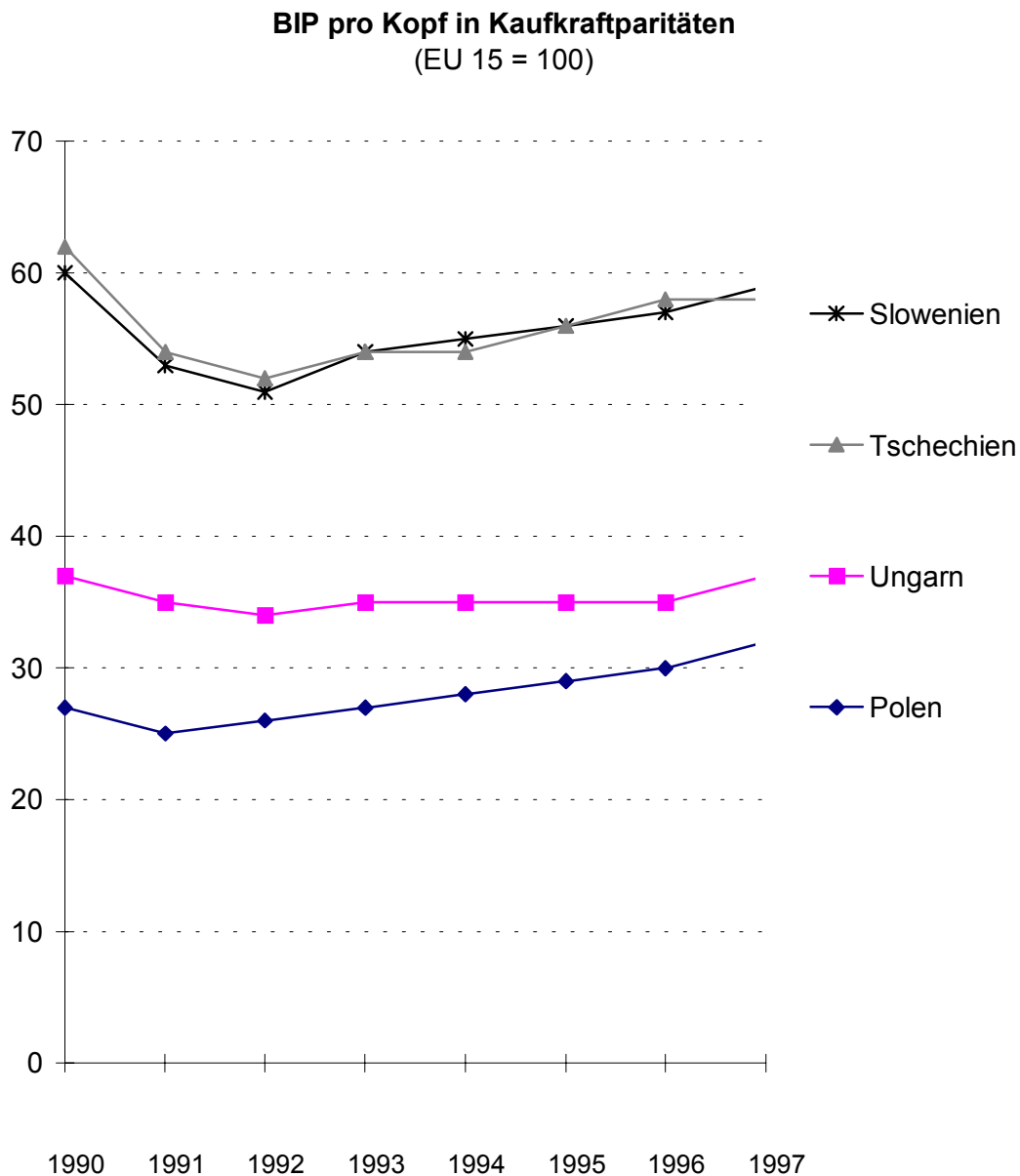
(*)geschätzt

(**)Prognose

Quelle: Pöschl 1999b.

Während sich der Wachstumsabstand der in Abbildung 2.2 betrachteten Länder der ersten Beitrittsrunde zur EU15 verkleinert, verstärken sich die Disparitäten zwischen Bulgarien und Rumänien einerseits und der EU15 andererseits - nach einer kurzen Phase der Erholung - weiterhin.

Abb. 2.4



Quelle: Rosati et al. 1998.

Tschechien und Ungarn haben das Niveau ihres BIP von 1989 noch nicht ganz wieder erreicht, das reale BIP der Slowakei und Sloweniens lagen geringfügig

darüber. Nur Polens BIP von 1998 lag real bereits um 16% über dem Wert von 1989. Das BIP von Rumänien und Bulgarien blieb hingegen noch weit hinter dem Ausgangswert zurück (1998 wurden 67% bzw. 78% des Vergleichswerts von 1989 erreicht). Das reale BIP der EU15 wuchs im gleichen Zeitraum um 19%, das von Deutschland um 25% (Pöschl et al. 1999: 19). Der unterschiedliche Aufholprozeß kommt auch in den Pro-Kopf-Zahlen zum Ausdruck, nach denen Polen bisher das einzige Land ist, in dem das reale BIP pro Kopf seit Anfang der 90er Jahre über den Vergleichswert 1990 gestiegen ist. In Slowenien und Tschechien ist seit 1991 ein stetiges Wachstum zu beobachten (Abbildung 2.4). Die Zahlen zeigen allerdings, daß der Abstand zum durchschnittlichen realen Pro-Kopf-Einkommen der EU15 nach wie vor beträchtlich ist.

Die Umstrukturierungsphase ist noch nicht in allen Ländern beendet. Tschechien steht vor dem Problem niedriger Arbeitsproduktivität, in Polen stehen noch sektorale Umstrukturierungsprozesse, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft sowie in altindustriellen Sektoren (Bergbau, Stahl) bevor. Insgesamt kommt das Osteuropa-Institut in München zu der Einschätzung, daß in vielen Ländern die transformationsgeprägte Wachstumsphase weitgehend abgeschlossen sei, und die traditionellen neoklassischen Determinanten des Wachstums, Arbeit und Kapital, eine stärkere Bedeutung gewinnen (Vincentz et al. 1998).

Nach Einschätzung der OECD hängen die langfristigen Wachstumsaussichten auch von dem Erfolg grundlegender Reformen ab, insbesondere

- Reform der sozialen Sicherungssysteme
- Modernisierung des Ausbildungs-/ Bildungssystems (v.a. Polen)
- Kapitalmarktreformen.

Die langfristigen Wachstumsraten in der Post-Übergangsphase werden darüber entscheiden, ob es zu Konvergenz oder Divergenz im Vergleich zur restlichen EU kommen wird (vgl. Abschnitt 2.2.2). Die vorliegenden langfristigen Prognosen für die Beitrittskandidaten der ersten Runde schließen allesamt eine längere Phase mit hohen Wachstumsraten (6% und darüber) aus. Die Wachstumsaussichten bewegen sich zwischen 3% und 5% p.a. Für Polen als größtes der hier betrachteten Länder variieren die Wachstumsraten je nach Studie und Zeitraum zwischen 3,5% und 5,5%. Bis zum Jahr 2010 liegen allerdings alle Schät-

zungen für dieses Land bei mindestens 4% (Übersicht 2.2). Im Vergleich zu den Wachstumsprognosen, die Anfang der 90er Jahre erstellt wurden, werden derzeit eher vorsichtige Schätzungen formuliert.

Sowohl das DIW als auch das WIFO gehen im Durchschnitt von langfristig abnehmenden Wachstumsraten aus. Sowohl das DIW als auch das WIFO haben bei ihrer langfristigen Wachstumsprognose positive Effekte aus dem EU-Beitritt berücksichtigt.

Auch andere Studien rechnen mit einem positiven Wachstumseffekt durch die EU-Integration in der Größenordnung von 0,5 bis 2 Prozentpunkten. Der positive Effekt eines EU-Beitritts könnte langfristig aber auch durchaus größer sein, da er stabile und transparente Rahmenbedingungen schafft. In stark verflochtenen Wirtschaftsräumen mit vergleichbaren institutionellen und makroökonomischen Rahmenbedingungen kann eine Tendenz zur Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen beobachtet werden. Nach einer auf diese Erfahrungen gestützten Modellrechnung des DIW können die (10) MOE-Beitrittskandidaten bei stabilen ordnungspolitischen und makroökonomischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten des BIP pro Kopf von jährlich 4 bis 8 % erreichen (Brücker 1997).

Übersicht 2.2

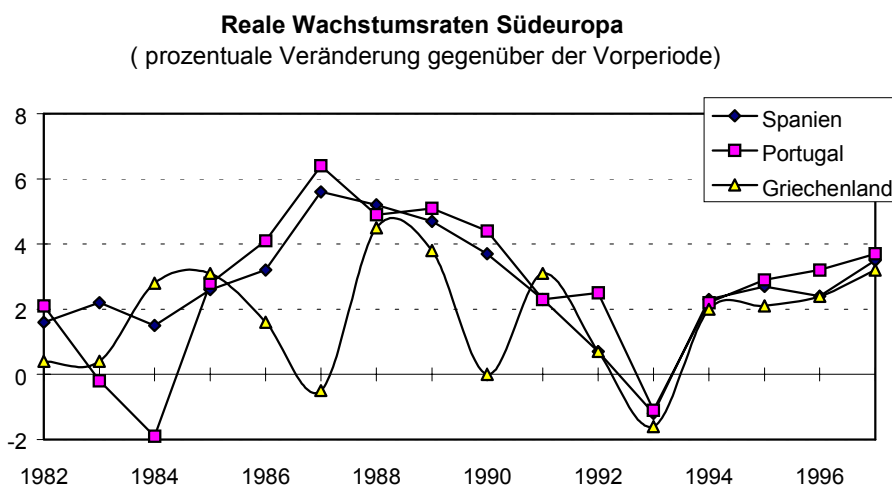
Langfristige Wachstumsaussichten für die MOE-Länder der ersten Beitrittsrunde

		Polen	Tschechien	Ungarn	Slowenien	Estland
Brücker (DIW) 1997	durchschnittliche Wachstumsrate des BIP pro Kopf p.a. über 20 Jahre in %	4,4	3,7	4,2	3,1	4,6
Walterskirchen; Dietz (WIFO) 1998	durchschnittliche Wachstumsraten des BIP pro Kopf in KKP p.a. gemessen in Wachstumsdifferenzialen zu Österreich. Szenario „schwaches Wachstum“ und „starkes Wachstum“. Annahme EU-Beitritt in 2005	Wachstumsdiff. zu A bis 2005: 2,5% - 3,5% 2006 -2010: 2% - 3% 2011-2015: 1,5% - 2,5%	Wachstumsdiff. Zu A bis 2005: 1,5% - 2,5% 2006-2010: 1% - 2% 2011-2015: 0,5% - 1,5%	Wachstumsdiff. zu A bis 2005: 2,5% - 3,5% 2006-2010: 2% - 3% 2011-2015: 1,5% - 2,5%	Wachstumsdiff. Zu A bis 2005: 1,5% - 2,5% 2006-2010: 1% - 2% 2011-2015: 0,5% - 1,5%	
	s.o. + Annahme: Österreichisches BIP pro Kopf Wachstum von 2% p.a.	bis 2005: 4,5% - 5,5% 2006-2010: 4% - 5% 2011-2015: 3,5% - 4,5%	bis 2005: 3,5% - 4,5% 2006-2010: 3% - 4% 2011-2015: 2,5% - 3,5%	bis 2005: 4,5% - 5,5% 2006-2010: 4% - 5% 2011-2015: 3,5% - 4,5%	bis 2005: 3,5% - 4,5% 2006-2010: 3% - 4% 2011-2015: 2,5% - 3,5%	
Barro 1991	Langfristiges Pro-Kopf-Wachstum p.a. in %	4,6 - 5,5	4,2 - 5,5	5,2	4,2 - 5,4	4 - 5,3
Vincentz et al. (Osteuropa-Institut München) 1998	v.a. in Tschechien muß Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert werden. In Polen Umstrukturierungsprozesse v.a. in Landwirtschaft, Bergbau u. Stahl		kurz- und mittelfristig niedrige Wachstumsraten Langfristig höhere Wachstumsraten (vgl. auch Pöschl 1999 und OECD)	hat die besten Wachstumsperspektiven		
Bárta; Url (WIFO) 1997	„catching-up“ und „poorer for ever“ Szenario. Hohe kurzfristige Wachstumsraten	langfristig eher „catching-up“	langfristig eher „catching-up“	langfristig eher „poorer-for-ever“	langfristig eher „catching-up“	

Quelle: Brücker 1997; Walterskirchen, Dietz 1998; Bárta 1997; Vincentz et al. 1998.

Der Vergleich mit der Süderweiterung der Europäischen Union, zeigt, daß die Integrationseffekte bedeutend sein können. Auf der iberischen Halbinsel konnten infolge der EU-Integration hohe Wachstumsraten realisiert werden. Im Fall Griechenlands sind die Wachstumsimpulse weniger eindeutig, die wirtschaftliche Entwicklung war bis 1994 starken Schwankungen unterworfen, erst danach stabilisierte sich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 2.5). So gelingt es Griechenland im Gegensatz zu Portugal erst seit kurzem, den Entwicklungsrückstand zur restlichen EU aufzuholen.

Abb. 2.5

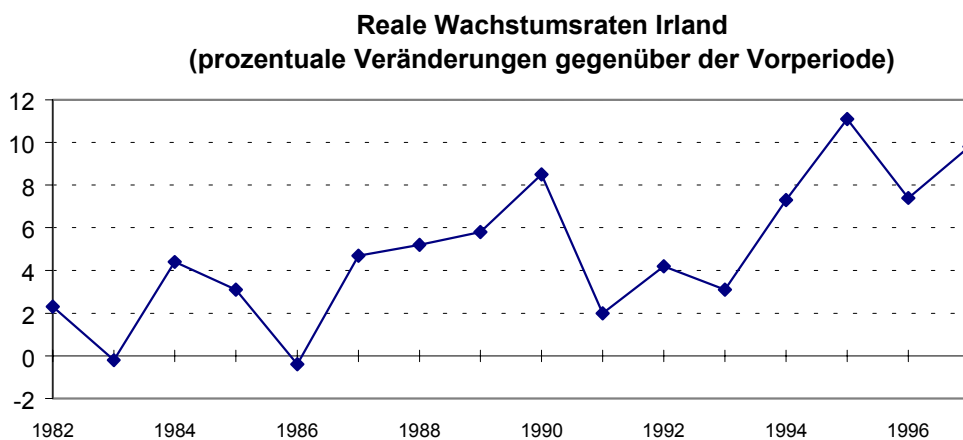


Quelle: OECD 1998c.

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Irland zeigt, daß die Realisierung sehr hoher Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum möglich ist (Abbildung 2.6).

Bárta und Url haben zwei Wachstumszenarien entwickelt (Bárta; Url 1997: 94 ff.). Das „poorer for ever“ Szenarium geht davon aus, daß die hohen Wachstumsraten von 4 bis 7% auf Dauer nicht haltbar sein werden. Sobald das Outputniveau von 1989 überstiegen ist, werden die Wachstumsraten auf zwei bis drei Prozent zurückgehen. Gründe hierfür könnten u.a. in makroökonomischen Ungleichgewichten liegen. Das „catching-up“ Szenario geht davon aus, daß es

Abb. 2.6



Quelle: OECD 1998c.

den Transformationsländern gelingt, ihre jetzigen Transformationsprobleme in den Griff zu bekommen und stabile makroökonomische und politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Unter diesen Bedingungen gibt es eine Chance, daß diese Länder mit einer Rate von mindestens 2% pro Jahr aufholen könnten (siehe auch Barro; Sala-i-Martin 1991). Die Wachstumsraten betragen in diesem Szenarium langfristig 3,3-5%. Nach Einschätzung der Autoren ergibt sich für die Wachstumsaussichten folgende Reihenfolge unter den Ländern: Slowenien, Tschechien, Polen, Ungarn und Slowakei. Die ersten drei Länder haben gewisse Chancen zu den "Aufholländern" zu zählen, die letzten zwei könnten eher dem „poorer-for-ever“ Szenario folgen. Andere Studien hingegen bescheinigen gerade Ungarn gute Wachstumsaussichten (z.B. Vincentz et al. 1998). Darin kommt die derzeitige große Unsicherheit bei der Beurteilung der langfristigen Wachstumsaussichten der Transformationsländer zum Ausdruck.

2.3.2 Konvergenz

Wenngleich die langfristigen Wachstumsaussichten für die MOE-Länder durchaus als positiv gewertet werden können, stellt sich die Frage ob das prognostizierte Wachstum hoch genug sein wird, um langfristig Einkommensunterschiede zur EU15 abzubauen. Diese Unterschiede bestimmen zu einem entscheidenden Teil Migrationsentscheidungen.

Aus der Erfahrung in hochintegrierten Wirtschaftsräumen liegt die Konvergenzrate der Einkommensdifferenz bei rund 2% p.a., d.h. der Abstand der Pro-Kopf-Einkommen halbiert sich nur alle 35 Jahre (Brücker 1997). Die verschiedenen Konvergenzscenarioen zeigen, daß langfristig hohe Wachstumsraten notwendig sind um den Abstand zur EU15 merklich zu verringern. Bei Wachstumsraten von 4 bis 5% könnte Polen bis zum Jahr 2015 in etwa die Hälfte des durchschnittlichen EU15 Pro-Kopf-Einkommens erzielen. Ungarn könnte dieses Niveau ein paar Jahre früher erreichen. Damit ergibt sich für diese Länder auch langfristig ein Migrationspotential in nennenswerten Umfang.

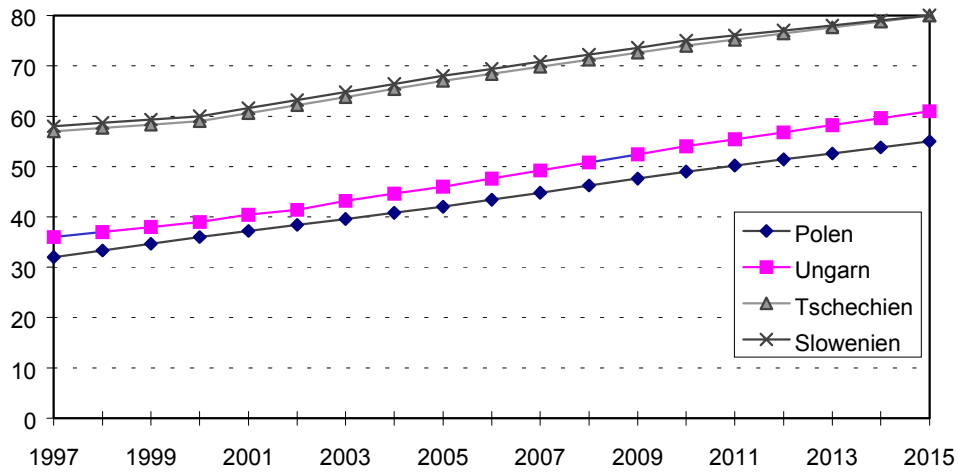
Tschechien und Slowenien haben gute Aussichten, ihren Abstand zur EU15 in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten so zu verringern, so daß hier das Migrationspotential deutlich zurückgehen bzw. auf Null schrumpfen könnte (Abbildung 2.7, Abbildung 2.8). Der Einkommensabstand von Polen und Ungarn wird allerdings auch 2015 noch beträchtlich sein. Gemäß der oberen Variante der WIFO Studie wird das BIP pro Kopf Polens bis dahin noch nicht einmal 60% des EU-Durchschnitts erreichen, Ungarns Position wird nur knapp darüber liegen. Allerdings sind langfristig auch höhere Wachstumsraten denkbar.

Vor allem die Entwicklung des intra-industriellen Handels kann als entscheidender Weg zur Konvergenz der peripheren Regionen gelten.¹ Ein Vergleich der Industriestruktur sowie der Handelsstruktur zeigt, daß die fortgeschritteneren MOE-Länder eine Zwischenposition zwischen Nordeuropa und Südeuropa besetzen (Landesmann 1997). Der Handel zwischen MOE-Ländern und der EU entwickelt sich im Vergleich zur Süderweiterung sehr dynamisch (Hardes; Stupp 1998). Die Ausfuhrüberschüsse der MOE-Länder bei Warengruppen mit hoher Arbeitsintensität haben zugenommen. Bis 1995 hat der Handel zwischen

¹ Die hier betrachteten MOE-Länder haben zwar eindeutig niedrigere Lohnstückkosten als westeuropäische Länder, mit anderen Billiglohnländern können sie allerdings kaum konkurrieren (Vintrová 1998: 299). Umso bedeutender ist die Orientierung hin zum intra-industriellem Handel mit entwickelten Regionen.

Abb. 2.7

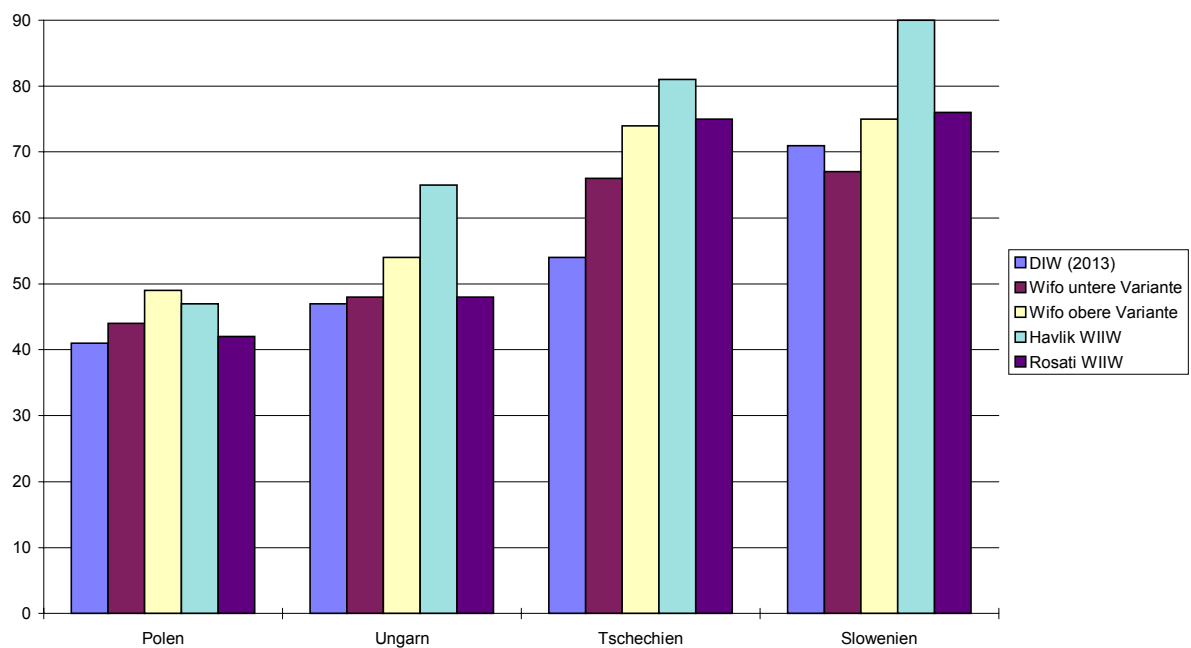
Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP in USD; EU15 = 100
Wifo Studie obere Variante



Quelle: Walterskirchen, Dietz 1998.

Abb. 2.8

Prognose / Szenarien für das BIP pro Kopf in KKP für das Jahr 2010, EU15 = 100



den 10 MOE-Beitrittskandidaten und der EU mit jährlichen Raten von 20 bis 35% deutlich zugenommen (Brücker 1997). Die Entwicklungen der Ausfuhrstrukturen der MOE-Länder (1989-1993) gleichen denen der südeuropäischen Länder (Landesmann 1997). Die Gütermarktliberalisierung führte zunächst zu Steigerungen der Ausfuhranteile arbeitsintensiver Produktgruppen und zu Verringerungen in eher rohstoff- und kapitalintensiven Fertigungen. Zudem waren Zunahmen der Exportanteile bei humankapitalintensiven Gütergruppen sowie bei Straßen- und Schienenfahrzeugen zu verzeichnen (Hardes; Stupp 1996). Insbesondere kann für Ungarn und Tschechien auch eine starke Zunahme des intra-industriellen Handels beobachtet werden. Länder wie Rumänien und Bulgarien hatten hingegen v.a. eine Ausweitung des inter-industriellen Handels zu verzeichnen (Landesmann 1997).

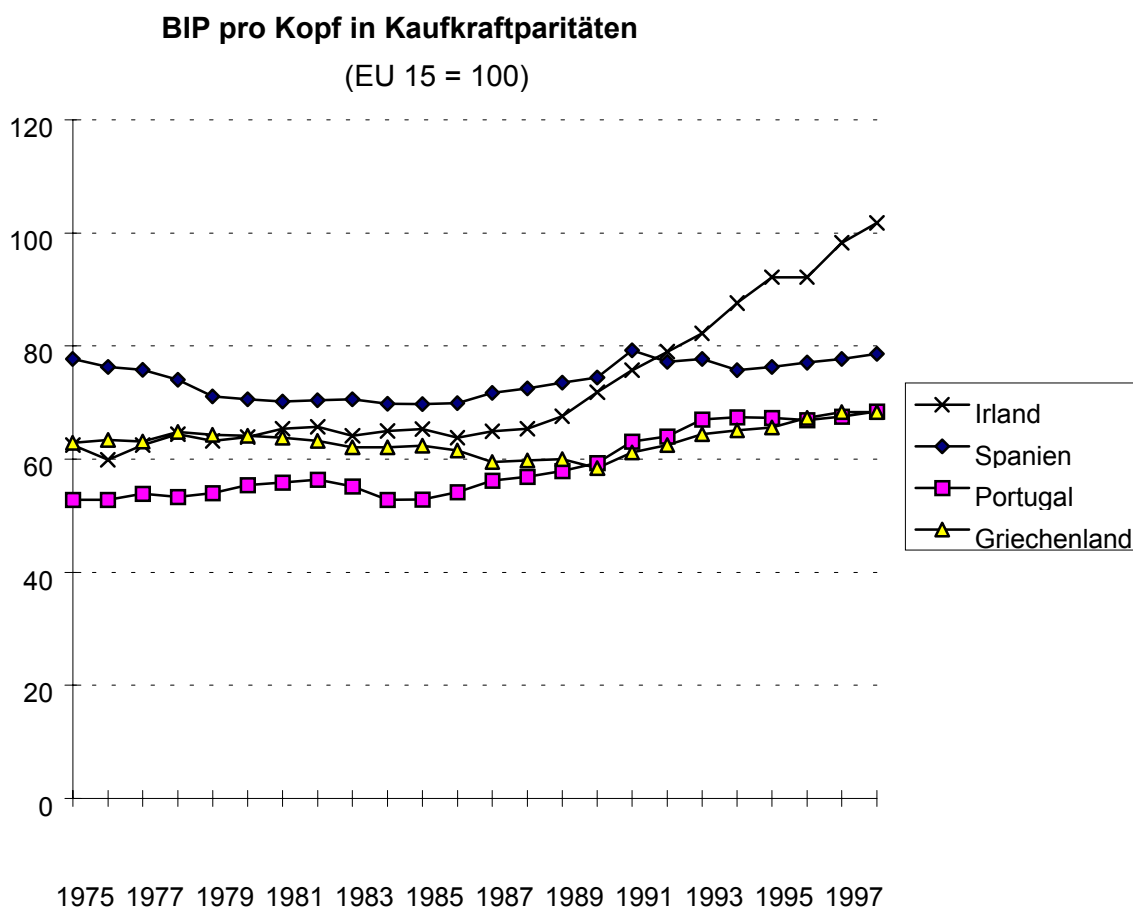
Das Beispiel der Süderweiterung zeigt allerdings auch, daß Konvergenz vorerst nicht zwingend ist. Während Spanien und Portugal ihren Entwicklungsrückstand innerhalb weniger Jahre nach dem EU-Beitritt zum guten Teil aufholen konnten, ist Griechenland zunächst in seiner Entwicklung zurückgefallen. In den 90er Jahren konnte allerdings auch Griechenland seinen Einkommensabstand zur EU15 verkleinern (Abbildung 2.9). Das Beispiel Irland zeigt, daß es durchaus möglich ist, binnen 10 oder 15 Jahren einen Entwicklungsabstand von rund 40% aufzuholen.

Allerdings wird der Vergleich mit der Süderweiterung (und auch mit Irland) dadurch eingeschränkt, daß das Einkommensniveau im Vergleich zur EU zum Zeitpunkt der Öffnung dieser Länder sowie zum Zeitpunkt des Beitritts deutlich über den Vergleichswerten mit Osteuropa lag (Abbildung 2.9 und Abbildung 2.4).

Trotz dieser Einschränkung kommen Hardes und Stupp zu dem Ergebnis, daß der Vergleich mit der Süderweiterung zulässig ist, und schließen daraus, daß Substitutionsvorgänge zwischen der Mobilität von Arbeitskräften einerseits und der Mobilität von Kapital und Gütern andererseits stattfindet. Auch Straubhaar; Wolter (1996) kommen zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Große Migrationsbewegungen von Arbeitskräften konnten demnach durch den liberalisierten Güterverkehr und durch Direktinvestitionen ersetzt bzw. verhindert werden. Mit Blick auf die EU-Osterweiterung schließen die Autoren weiter-

hin, daß die Freizügigkeit von Personen zwischen Peripherie und Zentrum erst später bei bzw. nach gelungenen Konvergenzprozessen der MOE-Länder über die beiden ersten Mechanismen realisiert werden sollten (schrittweise Integration). (Hardes; Stupp 1996: 381).

Abb. 2.9



Quelle: Europäische Kommission 1998.

Die EU-Integration bietet eine Chance für die realwirtschaftliche Konvergenz. Die übernationale Strukturpolitik der EU hat eine Take-off Funktion beim Aufbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Allerdings zeigt die Erfahrung mit der Süderweiterung, daß der Erfolg auch von der nationalen Wirtschaftspolitik abhängt.

2.3.3 Kapitalmobilität vs. Mobilität von Arbeit: die Bedeutung von Direktinvestitionen

Direktinvestitionen werden für die wirtschaftliche Entwicklung in den MOE-Ländern eine zunehmende Bedeutung einnehmen, wenngleich sie bislang noch nicht eindeutig zu den Wachstumsfaktoren zählten (Hunya 1997, Vincentz et al. 1998). Unter dem Blickwinkel der Migration ist hierbei nicht nur entscheidend, daß Kapitalimport und Know-How Transfer zu den künftigen Wachstumsfaktoren zählen werden, sondern daß Direktinvestitionen neue Beschäftigungsperspektiven in den MOE-Ländern schaffen.

Direktinvestitionen spielen v.a. in Ungarn eine große Rolle, in den anderen Ländern befinden sie sich noch auf einem niedrigen Niveau (Hunya 1997; Vincentz et al. 1998). Der Beschäftigungsumfang in ausländischen Unternehmen belief sich 1993/94 lediglich auf rund 6% der Beschäftigten in Tschechien und Polen aber 20% der Beschäftigten in Ungarn (Hunya 1997). Der Anteil der Direktinvestitionen am BIP betrug 1997 in Polen 2,2% und in Tschechien 2,4%; in Ungarn lag er mit 4,6% in etwa doppelt so hoch (EBRD 1998). In Ungarn arbeiteten 38% der Beschäftigten in Betrieben mit ausländischer Kapitalbeteiligung, 55% der Industrieproduktion wurde in diesen Betrieben erzeugt. Diese Anteile sind vergleichbar mit der Situation in Spanien oder Irland. Der Anteil der Industrieproduktion in Betrieben mit ausländischer Beteiligung betrug in Tschechien 23% und in Polen 19%. Westpolen und Westungarn haben außerhalb von Warschau und Budapest die meisten Direktinvestitionen angezogen. Dies führt zu einer geringeren Arbeitslosenrate in diesen Regionen im Vergleich zum jeweiligen Landesdurchschnitt sowie zu höheren Löhnen.

Ausländische Unternehmen zahlen zwischen 10 und 30% höhere Löhne als andere Unternehmen. Zudem sind, wie Daten aus Ungarn belegen, die Lohnunterschiede in ausländischen Unternehmen höher (Hunya 1997: 165). Dies findet seinen Niederschlag in der Lohnstruktur der einzelnen Länder (siehe Abschnitt 2.2.3). Hieraus kann ein größerer Migrationswunsch für Hochqualifizierte in den Ländern abgeleitet werden, in denen ausländische Direktinvestitionen auf einem niedrigen Niveau bleiben.

Ausländische Unternehmen beschäftigen überdurchschnittlich viele qualifizierte Arbeitskräfte, besonders im Bereich von Managementtätigkeiten. Sie rekrutie-

ren typischerweise jene jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die zugleich zu den potentiellen Migranten zählen. Zugleich erhöht die Präsenz internationaler Unternehmen den Migrationswunsch ihrer Mitarbeiter. Sie bilden ihre Arbeitskräfte aus, der Informationsfluß über Lebens- und Arbeitsverhältnisse im „reichen Westen“ ist in einem internationalen Arbeitsumfeld dichter. Insgesamt führen Direktinvestitionen allerdings dazu, daß Humankapital nicht oder weniger abwandert, bzw. hochqualifizierte Arbeitskräfte nach zeitlich begrenzten Auslandsaufenthalten wieder zurückkehren (Garson; Redor; Lemaître 1997; Nesporova 1997; Hunya 1997). Auf diese Weise entfalten Direktinvestitionen eine dämpfende Wirkung auf das Migrationsverhalten.

Der EU-Beitritt könnte durchaus eine bedeutende Wirkung auf das Investitionsverhalten ausländischer Unternehmen haben, da hierdurch stabile politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Erfahrungen aus der Süderweiterung der EU zeigen im Fall der iberischen Halbinsel, daß mit dem EU-Beitritt die Direktinvestitionen in den Beitrittsländern aufgrund des gestiegenen Vertrauens stark zugenommen haben (Hardes; Stupp 1996). Die Aussichten für eine starke Zunahme an Direktinvestitionen in den Beitrittskandidaten werden allerdings dadurch getrübt, als sie mittelfristig kaum eine Brückenkopffunktion nach Osteuropa wahrnehmen können, da die wirtschaftliche Lage und Perspektive ihrer östlichen Nachbarn gegenwärtig zu schlecht sind.

2.3.4 Strukturwandel und Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmärkte in den MOE-Ländern unterliegen einem tiefgreifenden Wandel. In bedeutendem Umfang findet eine Reallokation von Arbeit auf allen Ebenen statt: innerhalb von Betrieben, Branchen und vor allem zwischen einzelnen Wirtschaftsbranchen. Darüber hinaus treten neue Mechanismen der Lohnbildung in Kraft. Beschäftigungsdynamik, hohe Arbeitslosenquoten und steigende Lohn disparitäten sind Ausdruck hiervon.

Strukturwandel

In Tschechien und in Polen ist nach Einschätzung von Jackman und Pauna in den ersten fünf Jahren der Transformation in etwa die Hälfte der notwendigen intra-sektoralen Reallokation von Arbeit realisiert worden. Diese Dynamik läßt sich mit den griechischen und portugiesischen Arbeitsmärkten vor dem Hintergrund der Binnenmarktintegration vergleichen (Jackman; Pauna 1997: 374).

Neben dem Abbau von Arbeitsplätzen in Folge von Restrukturierungen wurden auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen. So wuchs die Gesamtbeschäftigung in Polen und in Tschechien zwischen 1993 und 1996 an, während sie in Ungarn bis 1995 weiter sank. In Polen und Ungarn stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie zwischen 1992 und 1997 um durchschnittlich 8 bis 10% pro Jahr. In Tschechien fiel die Steigerung der Arbeitsproduktivität nur halb so hoch aus (Vincentz et al. 1998: 28 ff.).

Durch den Beitritt zur EU werden verstärkt Anpassungsprozesse in der Wirtschaft der MOE-Länder notwendig (Burda 1998). Unvermeidlich scheint in Polen die Reallokation der Arbeitskräfte in den Wirtschaftssektoren und -zweigen, insbesondere ihre Umschichtung von der Landwirtschaft in die Dienstleistungen. Reallokation von Arbeit innerhalb einiger Wirtschaftszweige kann darüber hinaus nicht nur in Tschechien erwartet werden. Wird die Beschäftigungsstruktur der EU als Muster für Polen betrachtet, so wird deutlich, daß die größte Überbeschäftigung neben der Landwirtschaft auch in der Mineralöl-, Energie-, Textil- und Stahlindustrie auftritt (Wisniewski, 1997). Seit 1992 zählen in Polen und Tschechien neben Bergbau (und Energie) auch die Textil- und Lederindustrie zu den Verliererbranchen. In Ungarn ist neben dem Bergbau besonders die chemische Industrie betroffen. Zu den Gewinnerbranchen zählen in allen drei Ländern vor allem der Maschinenbau, in Polen und Ungarn zudem die Bereiche Holz und Druck. Auch in der Metallurgie und in der Nahrungsmittelindustrie konnten - v.a. in Polen - hohe Wachstumsraten erzielt werden (Vincentz et al. 1998: 77).

Der hohe Anteil der Beschäftigten in der polnischen Landwirtschaft ist zwischen 1989 und 1995 Jahre recht stabil geblieben und lag 1995 mit rund 26 % weit höher als in Tschechien (rund 6% in 1994) und Ungarn (knapp 7% in 1994) (Leiprecht, 1997: 26). Der Anteil des Agrarsektors am Bruttosozialprodukt in Polen lag hingegen bei nur 6% in 1994, vergleichbar mit der Situation in Un-

garn. In Tschechien lag der Anteil der Landwirtschaft am BSP sogar nur bei 3%. Die OECD geht davon aus, daß 10% der Beschäftigung in der Landwirtschaft versteckte Arbeitslosigkeit darstellt. Allerdings hatte die Transformation der polnischen Landwirtschaft unterschiedliche regionale Auswirkungen, da sich die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe insbesondere im Norden und Nordwesten des Landes befanden. Im landwirtschaftlichen Sektor ist ein überproportionaler Anteil an Älteren und an Frauen tätig. Die Problemgruppen des Arbeitsmarkts hatten bis jetzt wenig Anreize die Landwirtschaft zu verlassen (Leiprecht, 1997). Zudem deutet die kleinbäuerliche Struktur auf eine geringe Mobilitätsbereitschaft hin, da Eigentum eine entscheidende Mobilitätsbarriere darstellt. Um das EU-Beschäftigungsmuster zu erreichen, wären vom Beschäftigungsabbau 2,8 Millionen Menschen in der Landwirtschaft betroffen (Wisniewski, 1997). Wenngleich die meisten landwirtschaftlichen Betriebe unrentabel sind, ist die Bedeutung der Subsistenzwirtschaft hoch. Der Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft wird daher vermutlich nicht ganz so dramatische Ausmaße annehmen.

Im Gegensatz zu Polen werden in Tschechien kaum Änderungen auf dem Arbeitsmarkt in der Land- und Forstwirtschaft erwartet. Eher werden Strukturänderungen im Dienstleistungsbereich erwartet. Für den öffentlichen Dienst sowie für den Banken- und Versicherungsbereich wird mit einer Stabilisierung oder mit nur leichtem Rückgang der Beschäftigung gerechnet. Ein Rückgang der Beschäftigung wird im Bildungs- und Gesundheitswesen erwartet (Bundesarbeitsblatt 4/99). Insgesamt steht die tschechische Wirtschaft vor der Herausforderung die Arbeitsproduktivität erheblich zu erhöhen. Dies drückt sich bereits in steigenden Arbeitslosenquoten aus.

Es wird in der Literatur für die MOE-Länder zudem die Gefahr gesehen, daß eine zu schnelle Anpassung der Arbeitsmarktregulierung an das kontinentaleuropäische Modell negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den Transformationsländern haben dürfte (Burda 1999). Eine schrittweise Harmonisierung der Arbeitsmarktregulierung, könnte hingegen aufgrund besserer Arbeitsbedingungen den Wunsch zur Emigration reduzieren (SOPEMI 1998: 51).

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit und v.a. Perspektivlosigkeit auf dem heimischen Arbeitsmarkt erhöhen im allgemeinen den Migrationsdruck. Allerdings führt Arbeitslosigkeit für sich allein genommen noch nicht zu Wanderungsbewegungen. Die Persistenz hoher regionaler Differenzen in den Arbeitslosigkeitsraten in den MOE-Ländern sowie innerhalb der EU, deuten eher auf einen Mangel an Migrationsbereitschaft hin. In Kombination mit anderen Faktoren - z.B. Einkommensunterschiede - hingegen kann Arbeitslosigkeit Migrationsentscheidungen mit beeinflussen.

Auch in den MOE-Ländern wird bislang eine geringe regionale Mobilität festgestellt (Burda 1996). So ist der Arbeitsmarkt in Tschechien zwar gekennzeichnet von geringen regionalen Lohnunterschieden aber von großen regionalen Unterschieden in den Arbeitslosigkeitsquoten¹ (Ebernová, 1997). Der Wohnungsmarkt in den Städten wurde als bedeutende Mobilitätsbarriere identifiziert. Auch in Polen wird eine geringe Binnenmigration beobachtet. Dies führt auch hier zu großen Unterschieden in den regionalen Arbeitslosenquoten. Als bedeutende Mobilitätsbarriere wird auch hier der Wohnungsmarkt genannt (OECD 1998 Polen: 117).

Die offiziellen Arbeitslosenquoten in den sechs MOE-Ländern bewegen sich auf EU-Niveau. Die Arbeitslosigkeit in Polen ist nach einem Höhepunkt im Jahr 1994 stark zurückgegangen und lag 1997 ungefähr im EU-Durchschnitt. Allerdings dürfte die versteckte Unterbeschäftigung weit höher sein. Für Tschechien kann eine entgegengesetzte Entwicklung beobachtet werden, hier hat die Arbeitslosigkeit seit 1998 deutlich zugenommen. Zumindest kurzfristig muß weiterhin mit hohen Arbeitslosenquoten gerechnet werden (Tabelle 2.3).

¹ Der Dienstleistungssektor in Prag und touristische Zentren entwickeln sich äußerst dynamisch

Tab. 2.3

Arbeitslosenquoten in %

	1997	1998	1999 (geschätzt)	2000 (Prognose)
Polen	10,3	10,4	10	10
Tschechien	5,2	7,5	10	10
Ungarn	10,4	9,1	9	8
Slowenien	14,8	14,5	14	13
Estland(*)	2,2 - 8,6	-	-	-
Slowakei	12,5	15,6	16	16

(*) 1996; offizielle Angaben der Nationalen Arbeitsmarktbehörden, auf der Grundlage der Arbeitslosengeldempfänger: 2,2%. Haushaltsbefragungen ergaben einen Anteil der Arbeitslosen an der arbeitsfähigen Bevölkerung von 8,6%.

Quelle: Für Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Pöschl et al.1999 (Arbeitslosenquote nach ILO Definition), für Estland BMWi 1997

Wie für die EU-Arbeitsmärkte, so stellt die Langzeitarbeitslosigkeit in den MOE-Ländern ein gravierendes Problem dar. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen betrug 1995 44% in Ungarn, 42% in Polen und 27% in Tschechien (Garson; Redor; Lemaître 1997). In Ungarn nimmt das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit zu (OECD 1997c). Langzeitarbeitslosigkeit ist zwar auch in Polen ein bedeutendes Problem, allerdings kommt es auch häufig vor, daß eine Person immer wieder arbeitslos wird (OECD 1998a). Die Erfahrung aus den EU15 Ländern zeigt, daß Langzeitarbeitslose eher immobil sind. Vergleichbar zur Situation in der EU15 ist die Arbeitslosigkeit in den MOE-Länder geprägt durch einen hohen Anteil an Un- bzw. Niedrigqualifizierten oder Personen mit Qualifikationen, die typisch für die altindustriellen, niedergehenden Industriezweige sind (Biffi 1997b: 274). Die Erfahrung zeigt jedoch, daß in der Regel eher die qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräfte wandern.

Der Anteil der Jugendlichen an den Arbeitslosen lag in Tschechien mit 8% recht niedrig, in Ungarn betrug er jedoch 21%, und in Polen lag er mit 34% am höchsten (Garson; Redor; Lemaître 1997). Jeder vierte Jugendliche (zwischen 14 und 25 Jahren) in Polen war 1997 arbeitslos (OECD 1998a). Die Transformation hat dazu geführt, daß ältere Arbeitnehmer (55+) in Frührente entlassen wurden bzw. Erwerbsunfähigkeitsrenten erhielten, Jugendliche hingegen nur schwer Zutritt zu den Arbeitsmärkten finden. Die Jugendlichen stellen daher ein

großes Potential an Migranten dar. Allerdings müssen die Daten über die Jugendarbeitslosigkeit in Polen relativiert werden. Góra (1997) zu Folge liegt ein Grund für die offiziell ausgewiesene, hohe Jugendarbeitslosigkeit darin, daß Bildungsmaßnahmen, die durch das Arbeitsamt finanziert werden, an der Registrierung der Arbeitslosigkeit gebunden sind. Daher ist es für viele Schulabgänger attraktiv sich als arbeitslos registrieren zu lassen. In den Schulungsmaßnahmen werden häufig Defizite des Schulsystems behoben (z.B. Vermittlung von Computerkenntnissen, Sprachkenntnissen etc.). Die Mehrzahl der Jugendlichen, die sich arbeitslos melden, sind tatsächlich Schulabgänger. Bei der Interpretation der Arbeitslosigkeitsdaten sei zudem vor schnellen Rückschlüssen gewarnt, da der informelle Sektor in einigen Ländern eine erhebliche Rolle spielt.

Lohnstruktur

Seit dem Beginn der Transformation haben die Lohnunterschiede innerhalb der MOE-Länder zugenommen. Die stärkste Lohnspreizung besteht in Ungarn - hierin kommt auch der hohe Anteil an ausländischen Direktinvestitionen zum Ausdruck. In 1995 verdienten Personen mit Hochschulabschluß im Durchschnitt dreimal so viel wie Personen mit acht Jahren Schulbildung. Dieser Einkommensunterschied ist höher als in vielen OECD-Ländern und läßt sich mit der Situation in Portugal und Irland vergleichen (OECD 1997c: 83 f.). Die Einkommensunterschiede nach Bildungsniveau haben seitdem in Ungarn weiter zugenommen (OECD 1999). Auch in Tschechien kann beobachtet werden, daß Arbeitnehmer mit einem Hochschulabschluß oder ähnlicher Qualifikation in etwa das Zweieinhalbfache des Einkommens von Arbeitskräften mit Volksschulabschluß oder ähnlichem beziehen (OECD 1996).¹ Allerdings haben jene Hochqualifizierte in den MOE-Ländern, die vom öffentlichen Sektor abhängig sind, eine relativ schlechte Einkommensposition (Lubyova 1997). Wie bereits aufgezeigt, bestehen die besten Verdienstmöglichkeiten für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte in ausländischen Unternehmen. Die Lohnstruktur in Polen ist zwar im Vergleich zu Ungarn komprimierter aber zugleich disperser im Vergleich zu Tschechien oder den nördlichen europäischen Ländern und

¹ Allerdings liegen in Tschechien die internen Rates of Return des Humankapitals für Personen mit Universitätsabschluß niedriger als der OECD Durchschnitt, während Personen mit einem

Deutschland (OECD 1998a: 90). Nach unten ist die Lohnspreizung in Polen und anderen Ländern durch das System der Mindestlöhne gekappt.

Die folgende Tabelle zeigt das Verhältnis vom obersten Einkommensdezil (D9) zu einem mittleren Einkommensdezil (D5) und zum untersten Einkommensdezil (D1). Die Einkommensunterschiede sind insbesondere in Polen und Ungarn höher als in Deutschland. Das Verhältnis der Arbeitseinkommen der 10% Reichsten zu den 10% Ärmsten lag in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in Ungarn bei einem Wert von 4,2, in Polen bei 3,4 und in Tschechien bei 2,8. Die Unterschiede der Arbeitseinkommen in Tschechien haben ein ähnliches Ausmaß wie in Österreich und Deutschland (Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4

Streuung der Arbeitseinkommen in ausgewählten europäischen Ländern

	D9/D5	D5/D1	D9/D1
Ungarn (1997)	2,17	1,92	4,17
Portugal (1993)	2,47	1,64	5,05
Polen (1995)	1,97	1,72	3,39
Österreich (1994)	1,47	2,01	2,95
Tschechien (1996)	1,73	1,63	2,82
Deutschland (1993)	1,61	1,44	2,31
Schweden (1995)	1,59	1,39	2,21

Quelle: OECD 1998b: 84.

Unter dem Gesichtspunkt der Lohndifferenzierung dürfte der Anreiz, ins Ausland zu gehen, für hochqualifizierte Polen geringer sein als für Tschechen, und am geringsten wäre er unter den Ungarn. Insgesamt zeigt sich, daß die relative Einkommensposition von qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften in ihren Ursprungsländern - soweit sie nicht im öffentlichen Sektor arbeiten - gut ist; der Anreiz zu emigrieren dürfte hiervon insgesamt gedämpft werden.

2.3.5 Transfereinkommen und Soziale Sicherungssysteme

Abschluß der Sekundarstufe im Vergleich zum OECD Durchschnitt überproportional hohe interne Rates of Return erzielen.

Wie bei der Süderweiterung der Europäischen Union werden mit Blick auf die Osterweiterung zum Teil Befürchtungen laut, das hohe Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und anderen EU-Ländern könnte Immigranten anziehen. Es stellt sich somit zunächst die Frage welches Armutspotential in den MOE-Ländern besteht und welches Niveau die sozialen Leistungen in den MOE-Ländern besitzen.

Die Einkommensunterschiede haben im Zuge des Transformationsprozesses zugenommen (World Bank 1996). Allerdings sind die Einkommensdisparitäten bei den EU-Beitrittskandidaten weniger ausgeprägt als z.B. in Rußland. Die Einkommensungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizient, bewegte sich in den MOE-Ländern Mitte der 90er Jahre durchaus in westeuropäischen Größenordnungen. Zwischen 1987 und 1993 haben sich die Einkommensdisparitäten in Tschechien stärker erhöht als in Polen, Ungarn und Slowenien, am stärksten ausgeprägt war sie im Vergleich dieser vier Länder 1993 in Polen, am niedrigsten in Ungarn. Stark zugenommen hat der Gini-Koeffizient in Bulgarien. Armutsberechnungen auf der Datenbasis von 1993 haben ergeben, daß 6,7% der Haushalte in Tschechien über weniger als 50% des durchschnittlichen pro Kopf Einkommens verfügten, in Ungarn lag dieser Anteil bei 13,2 %, in der Slowakei bei 11,6% und in Polen bei 18,6% (Berechnungen von Tucek, siehe Sirovátka, 1998: 357).

Zu Beginn der Transformationsperiode bestanden die Reformen der sozialen Sicherungssysteme in Polen, Tschechien und Ungarn v.a. in einer Senkung der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme sowie in einer Reduzierung von familienbezogenen Unterstützungsleistungen (Sirovátka, 1998).

Von Armut betroffen sind häufig Rentner - sie zählen jedoch nicht zum Migrationspotential. Allerdings zählt die Finanzierung der Rentenversicherung und die Reform der Rentensysteme zu den drängsten Problemen in den meisten MOE-Ländern.¹

¹ Besonders belastend wirken derzeit die umfangreichen Frühverrentungsmaßnahmen während der Transformationsphase. Von der Finanzierungsseite her ergibt sich das Problem des großen informellen oder halb-informellen Sektors.

Die Daten für Tschechien zeigen, daß sich insbesondere die relative Einkommensposition von Familien mit Kindern verschlechtert hat (Sirovátka, 1998). Es ist fraglich, ob Unterstützungsleistungen für Familien in Deutschland Migrationsbewegungen auslösen würden. Auch in Deutschland ist Armut bei Familien mit Kindern überproportional verbreitet.

Von Armut betroffen sind häufig Arbeitslose. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wurde seit Beginn der 90er Jahre erschwert und die Anspruchsdauer verkürzt. Dies hat dazu geführt, daß der Anteil der Arbeitsuchenden in Polen, die Arbeitslosengeld beziehen, von fast 80% in 1991 auf 30% Ende 1997 gefallen ist. Das Niveau des Arbeitslosengelds entsprach 1997 in etwa 30% des durchschnittlichen Lohnniveaus, mit Abzügen für Anspruchsberechtigte, die weniger als 5 Jahre gearbeitet haben und Zuschläge für Personen, die über 20 Jahre gearbeitet haben. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes schwankt zwischen 6 und 18 Monaten in Abhängigkeit der regionalen Arbeitsmarktlage (OECD 1998: 94). Auch in Tschechien wurde die Anspruchsdauer und das Niveau des Arbeitslosengeldes im Laufe der 90er Jahre gesenkt. In 1995 betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld in Tschechien in etwa einem Viertel des Durchschnittslohns in der Industrie (OECD 1998). Nach dem Bezug von Arbeitslosengeld sind Arbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen. Die Sozialhilfe in Polen ist einkommensabhängig und beträgt maximal 28% des Durchschnittslohns (OECD 1998: 98). Werden andere soziale Transferzahlungen, wie Wohngeld und familienbezogene Transfers hinzugerechnet, so ergibt sich ein Transfereinkommensniveau von 30-36% des Durchschnittslohns. Dieses niedrige Niveau spricht, zumindest bei jüngeren Arbeitslosen, für einen zusätzlichen Migrationsanreiz. Abgeschwächt wird dieser Anreiz allerdings dadurch, daß mit Wanderung hohe Kosten verbunden sind.

Gegen eine starke anziehende Wirkung des Sozialhilfeniveaus in Deutschland und anderen EU-Länder sprechen die hohen Lebenshaltungskosten, speziell der Mieten, in Deutschland. Zudem ist nicht nur der Vergleich des absoluten Einkommensniveaus zwischen zwei Ländern für Migration entscheidend, sondern auch die relative Einkommensposition im jeweiligen Land (Stark 1991). Trotz Freizügigkeit innerhalb der EU kann nicht davon ausgegangen werden, daß das Niveau der Sozialhilfe in Deutschland nennenswerte Zuwanderungsbewegungen ausgelöst hat. So ist zwar der Anteil der Ausländer unter den So-

zialhilfebeziehern in Deutschland überproportional hoch, innerhalb der Gruppe der Ausländer sind EU-Bürger mit 10% der ausländischen Sozialhilfebezieher schwach vertreten. Die EU-Ausländer stellen in Deutschland ein Viertel aller Ausländer (Statistisches Bundesamt 1999: 97).

Die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung in der EU könnte langfristig den Emigrationswunsch aus den MOE-Ländern erhöhen. Während Mitte der 60er Jahre die Lebenserwartung in MOE-Ländern nur um ein bis zwei Jahre kürzer war als in industrialisierten und hochentwickelten marktwirtschaftlichen Ländern, vergrößerte sich der Abstand im Laufe der letzten drei Jahrzehnte erheblich. Insbesondere ist die Lebenserwartung bei 45 bis 60jährigen vergleichsweise niedrig (beispielsweise lag Mitte der 80er Jahre die Mortalitätsrate aufgrund von Herzversagen unter den 45 bis 55jährigen in Tschechien zweimal höher als in Österreich. World Bank 1996: 126 f.). Als Ursachen für die niedrige Lebenserwartung werden Umweltverschmutzung, ungesunde Ernährung und der starke Konsum an Alkohol genannt. In den 90er Jahren können in einigen Transformationsländern bereits eindeutige Verbesserungen festgestellt werden. Insbesondere sank die Säuglingssterblichkeit in den fortgeschrittensten Reformländern seit Beginn der Transformation. In Polen sank die Rate der Säuglingssterblichkeit zwischen 1989 und 1995 von 19,1 auf 13,4 pro 1000 Lebendgeborenen. Die Lebenserwartung der polnischen Männer stieg um ein Jahr, die der Frauen um ein halbes.

Die Gesundheitssysteme der hier betrachteten MOE-Länder stehen Mitten in grundlegenden Reformprozessen. Inwieweit es den Ländern gelingen wird die Effizienz ihrer Gesundheitswesen zu steigern, die Kosten zu reduzieren und die Qualität der Gesundheitsleistungen zu erhöhen, ist noch offen.

Der hohe Standard an Gesundheitsleistungen in den Zielländern der Migration dürfte für die Migrationsentscheidungen sekundär sein. Temporäre Migration im Zusammenhang mit bestehenden Krankheiten kann nicht ausgeschlossen werden. Bisherige Untersuchungen über polnische Migranten, die von den Vereinten Nationen durchgeführt werden, zeigen, daß die Migranten typischerweise gesund sind (Okólski 1998: 100). Die bedeutendsten Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die deutschen und österreichischen Gesundheitssysteme könnten in der Beanspruchung von Gesundheitsleistungen durch Grenzpendler, die eigentlich in ihrem Wohnortland versichert sind, aber dennoch An-

spruch auf medizinische Erstversorgung in Deutschland und Österreich hätten, liegen.

2.3.6 Demographische Faktoren

Die demographische Struktur in Mittel- und Osteuropa unterscheidet sich grundlegend von jener in der EU15. Mit der Ausnahme von Ungarn sanken die Geburtenraten in den MOE-Ländern erst bedeutend später als in den meisten EU-Ländern. In Polen ist die Geburtenrate zwischen 1980 und 1990 von 2,28 auf 2,04 und bis 1995 auf 1,61 Kinder pro Frauen im gebärfähigem Alter gesunken (Der Vergleichswert für Deutschland lag bei 1,31; Schaich 1998). Die Geburtenraten sind seit 1989 stark gefallen (Nesporova 1997).

Dies hat zur Folge, daß die Altersstruktur in den MOE-Ländern zunächst günstiger ist als in der EU. Mit einer zeitlichen Verzögerung wird allerdings auch in diesen Ländern ein gewaltiger demographischer Wandel stattfinden.

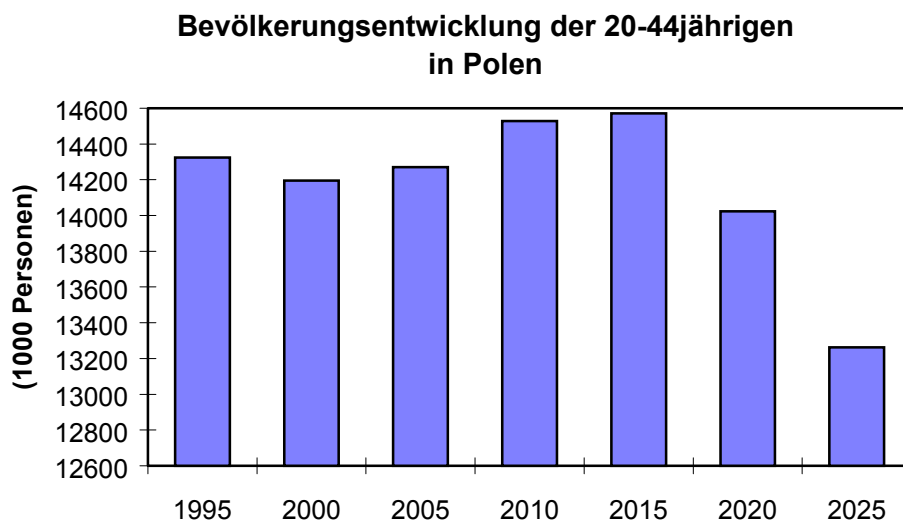
Mittelfristig wird vor allem mit einer Zunahme des Arbeitsangebots in Polen aufgrund demographischer Prozesse gerechnet (Wisniewski, 1997: 299 und Golinowska 1993). Dennoch wird sich ab der Jahrhundertwende der Anteil der 45 bis 59/64-jährigen dramatisch erhöhen (Golinowska 1993).

Gemäß der Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen ist Polen das einzige der hier betrachteten Länder, in dem die Altersgruppe der 20-44jährigen zwischen dem Jahr 2000 und 2015 noch ansteigen wird. In Tschechien und Ungarn hingegen nimmt diese Altersgruppe spätestens ab der Jahrtausendwende ab - in Ungarn ist dieser Rückgang zu Beginn des nächsten Jahrhunderts stärker ausgeprägt als in Tschechien. In allen drei Ländern nimmt die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 44 Jahren ab 2015 stark ab (Abbildung 2.10; Abbildung 2.12). Aufgrund dieser Altersstruktur ergibt sich besonders aus Polen ein verstärktes Migrationspotential im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende. In Estland und Slowenien nimmt der Umfang der Altersgruppe der 20-44jährigen zwar bereits schon früher in bedeutendem Umfang ab, das Migrationspotential dürfte sich dem Umfang nach nur geringfügig verringern.

Die Beitrittskandidaten sind häufig selber Einwanderungsländer (v.a. Polen, Tschechien und Ungarn). Nach Schätzungen der OECD sind Tschechien und Ungarn die MOE-Länder, in denen am meisten Ausländer leben und arbeiten. In Tschechien handelt es sich dabei hauptsächlich um Ukrainer, Slowaken, Polen und Vietnamesen. Die Ausländerstruktur in Ungarn setzt sich im wesentlichen aus Rumänen sowie aus Personen aus Ex-Jugoslawien und der früheren Sowjetunion zusammen. Tschechien verzeichnete im Laufe der 90er Jahre einen zunehmenden positiven Wanderungssaldo (SOPEMI 1998: 49 f.). Auch in Slowenien und in der Slowakei sind Wanderungsüberschüsse zu beobachten (Deutscher Bundestag 1998: 105). Zudem entsteht das Problem der Transmigration. Hiervon sind hauptsächlich Polen und Tschechien betroffen.

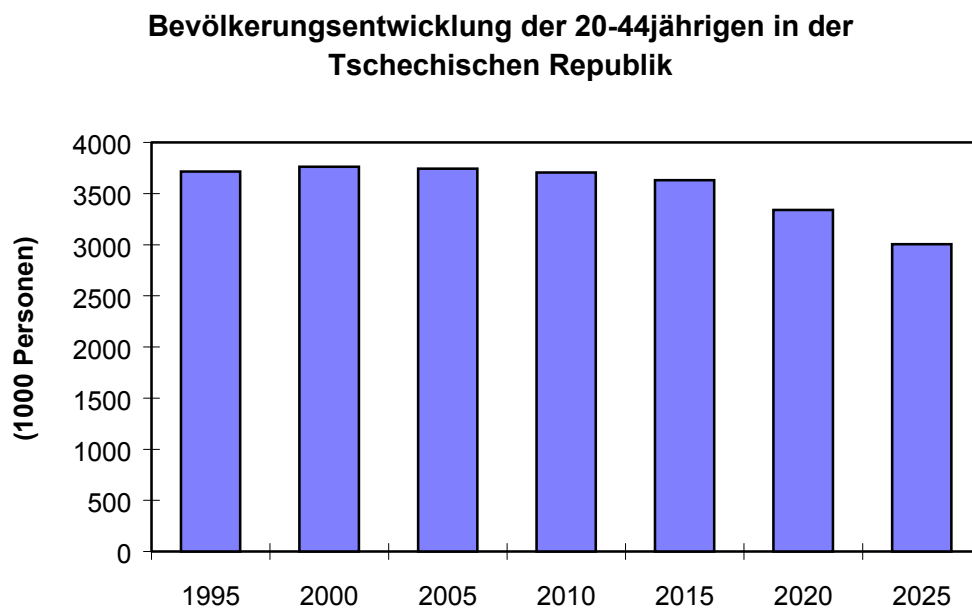
Die Einkommensunterschiede zwischen Polen bzw. Ungarn und ihren östlichen Nachbarn sind bedeutend und vor allem haben letztere auch schlechte Wachstumsaussichten. Bisher hat die illegale Immigration von Arbeitskräften eine große Rolle gespielt, zum Teil ist sie durch informelle Anwerbung erfolgt (Wallace et al. 1998). Das Niveau des BIP pro Kopf in der Ukraine - eines der bedeutendsten Ursprungsländer und zugleich eines der ärmsten Länder der Region - betrug 1997 im Verhältnis zu Polen 38%, im Verhältnis zu Ungarn 33% und im Verhältnis zu Tschechien sogar nur 21% (Rosati et al. 1998). Damit dürfte der Migrationsdruck nach Polen, Ungarn und Tschechien auch langfristig bestehen bleiben.

Abb. 2.10



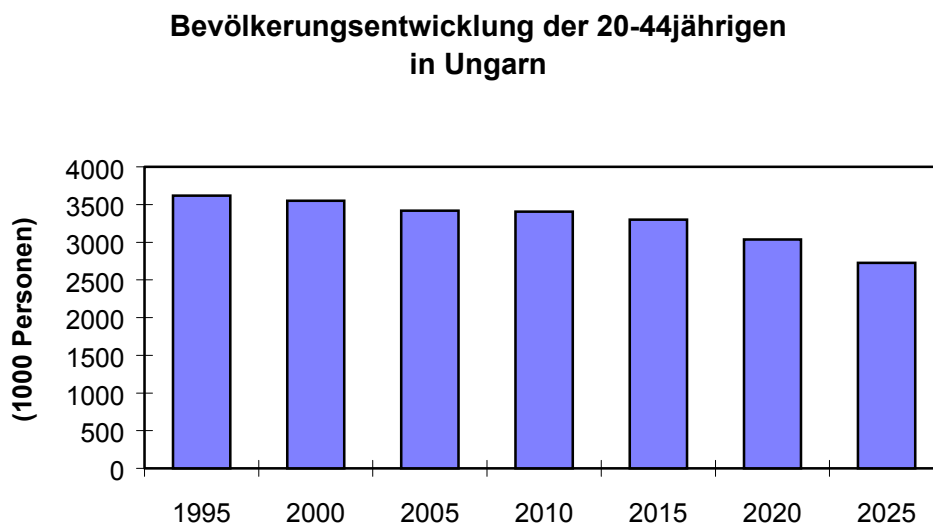
Quelle: United Nations, The Age and Sex Distribution of the World Populations - The 1996 Revision.

Abb. 2.11



Quelle: United Nations, The Age and Sex Distribution of the World Populations - The 1996 Revision.

Abb. 2.12



Quelle: United Nations, The Age and Sex Distribution of the World Populations - The 1996 Revision.

2.3.7 Sozio-kulturelle Faktoren

Sprachliche und kulturelle Unterschiede stellen in Europa eine bedeutende Migrationsbarriere dar. Die Migrationstradition eines Landes mag diese Barrieren zum Teil aufbrechen.

Die Migrationstradition der einzelnen Länder wird in der Literatur unterschiedlich eingeschätzt. Hunya verweist auf die größere Tradition der polnischen Emigration sowie der polnischen temporären Migration im Vergleich zu Tschechien und Ungarn. Im Gegensatz zu Tschechien, aber in weit geringerem Ausmaß als in Polen, kann auch Ungarn auf internationale Migrationserfahrungen zurückblicken (häufig auch in die USA). Der Haushaltssurvey von Ungarn zeigt, daß Einkommensunterschiede eher Migrationsdeterminanten für temporäre Migration sind, während für langfristige Auswanderungsüberlegungen eher der Bezug zu Freunden oder Verwandten eine größere Rolle spielt (Hunya 1997: 166). Zur künftigen Bedeutung von sozialen Netzen können noch kaum Aussagen getroffen werden, da diese erst noch aufgebaut werden müssen.

Neben Hinweisen auf die historischen Migrationserfahrungen der Polen und z.T. der Ungarn, wird in der Literatur die Heimatverbundenheit in den mittel- und osteuropäischen Staaten betont. So ist nach Einschätzung von Lubyova die Bereitschaft der Mittel- und Osteuropäer dauerhaft auszuwandern niedriger als unter Westeuropäern (Lubyova 1997: 297). Bedeutender mag der Anreiz für temporäre Migration (inkl. Pendler) sein.

Die grenzüberschreitende Migration fand in der kommunistischen Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau statt. Dies mag zwar einerseits einen Hinweis auf einen aufgestauten Migrationsdruck geben, andererseits ist dadurch die Emigrationstradition verblaßt. Die OECD beispielsweise stellt für Polen eine eher geringe Tradition der internationalen Migration fest (OECD 1998a: 117).

Sowohl die bisherige Ost-West Migration als auch die Migration innerhalb der EU in den letzten zwei Jahrzehnten zeigt, daß die Migrationsneigung mit dem Bildungsniveau positiv korreliert ist. Mit steigendem Bildungsniveau werden kulturelle und sprachliche Barrieren abgebaut. Das hohe und weiterhin steigende Bildungsniveau in den MOE-Ländern spricht daher für eine eher höhere Migrationsneigung.

2.4 Wachstums- und Beschäftigungspotentiale in den Zielländern

In der europäischen Nachkriegsgeschichte haben Pull-Faktoren für die Migration eine herausragende Rolle gespielt. Die Nettozuwanderung nach West- und Nordeuropa aus Südeuropa umfaßte zwischen 1950 und 1970 5 Millionen Personen bzw. 3% aller Südeuropäer (hauptsächlich Portugiesen, Spanier, Türken, Jugoslawen und Italiener) (Layard et al. 1992: 17). Die hohe Arbeitslosigkeit in der EU deutet derzeit auf eine geringe Aufnahmefähigkeit der EU-Arbeitsmärkte hin. Auch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für das Baugewerbe in Deutschland deutet auf das Bestreben hin, die heimischen Arbeitsmärkte vor Billiglohnkonkurrenz zu schützen. Insgesamt vermag die schwierige Arbeitsmarktlage den Migrationsdruck zu vermindern - zumindest soweit genügend Informationen in den Herkunftsländer über die Arbeitsmärkte in den Zielländern aufgenommen werden - oder zu Rückwanderungen zu führen. Vermut-

lich findet häufig erst temporäre Migration statt, um den Arbeitsmarkt zu testen, bevor langfristige Migrationsentscheidungen getroffen werden.

Wenngleich kurz- und mittelfristig nicht mit einer Entspannung auf den europäischen Arbeitsmärkten zu rechnen ist, deutet die langfristige demographische Entwicklung in der EU darauf hin, daß die Nachfrage - speziell nach jungen - Arbeitskräften sich erhöhen könnte. Auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme nach dem Umlageprinzip wird Zuwanderung langfristig als ein möglicher Lösungsweg diskutiert.

Nach der Basisvariante der Bevölkerungsprognose des statistischen Amtes der Europäischen Union wird Italien das erste Land sein, in dem die Bevölkerung zurückgeht (ab 2008). In Deutschland wird ab 2013 und in Spanien ab 2014 mit einem Bevölkerungsrückgang gerechnet.¹ Der Bevölkerungsrückgang in den anderen EU-Ländern wird erst erheblich später einsetzen. Zwischen 2025 und dem Jahr 2030 wird die Bevölkerungsabnahme in Finnland, Österreich, dem Vereinigten Königreich und Irland einsetzen, in den restlichen Ländern erst im Laufe des darauffolgenden Jahrzehnts. Für die EU15 insgesamt wird der Bevölkerungsrückgang nach diesen Berechnungen ab dem Jahr 2023 erwartet. Auch in der niedrigen und der hohen Variante der Prognose kommt es langfristig zu einem Bevölkerungsrückgang in der EU. Den drei Varianten liegt eine jährliche Nettomigration in die EU von jährlich 400.000 bis 800.000 Personen zu Grunde. Im Basisszenario wird davon ausgegangen, daß EU-weit der Nettowanderungssaldo von rund 760.000 in 1995 auf 600.000 bis zum Jahr 2050 zurückgeht. Für Deutschland werden die entsprechenden Salden mit 420.000 in 1995, 390.000 im Jahr 2000 und mit 200.000 ab dem Jahr 2020 angenommen.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter (20 bis 60 Jahre) wird in allen Varianten von Eurostat europaweit ab dem Jahr 2005 abnehmen. Auch bei steigender Geburtenhäufigkeit und hoher Nettomigration könnte sich der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials erst ab dem Jahr 2035 stabilisieren (Deutscher Bundestag 1998: 142). Das Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung in der

¹ Nach der mittleren Variante der 8. koordinierten Bevölkerungsprognose des statistischen Bundesamts tritt dieser Umschwung bereits im Jahr 2005 ein.

EU15 wird diesen Schätzungen zu Folge bis zum Jahr 2025 stark ansteigen. Auch die Zahl der Rentner wird sich erheblich erhöhen.

Nach den Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen (1996) wird der Altenquotient, gemessen als Verhältnis der 65jährigen und älteren zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) in den nächsten Jahrzehnten stark ansteigen. Im Vergleich zu EU-Ländern weisen die MOE-Länder eine günstigere Altersstruktur auf. Eine Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften zur Finanzierung der Rentenversicherung wäre so betrachtet in der Zukunft vorstellbar (Tabelle 2.5).

Tabelle 2.5

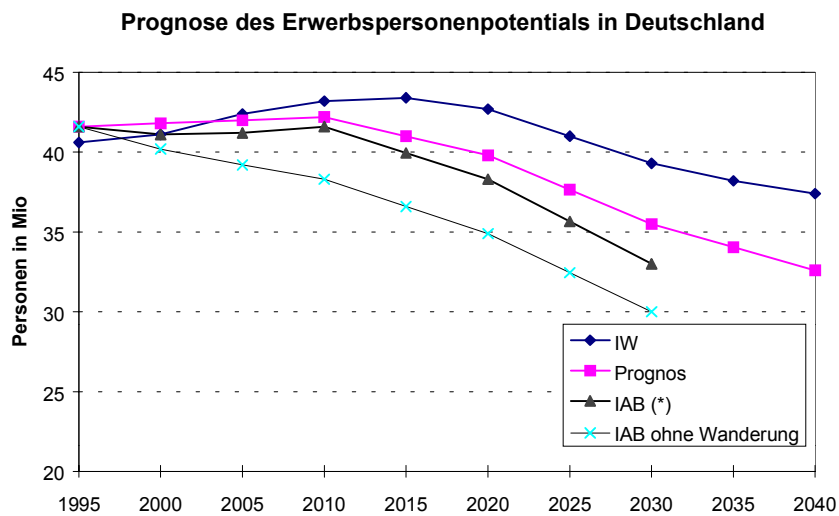
**Altenquote in ausgewählten europäischen Länder
(65-jährige / 15-64jährigen) in %**

	1995	2010	2020	2030
Deutschland	22,2	27,7	30,0	40,4
Österreich	21,8	22,9	27,8	32,4
Italien	23,3	30,4	36,4	47,9
Frankreich	23,2	25,6	33,0	40,3
Schweden	27	27,9	34,2	37,9
Polen	16,5	16,6	22,9	27,3
Tschechien	18,4	18,8	26,4	28,8
Ungarn	20,6	21,7	26,8	28,4

Quelle: SOPEMI 1998, United Nations 1996 (mittlere Prognosevariante)

Während sich die Anzahl der Rentner gut vorausschätzen läßt, variieren die Projektionen des Erwerbspersonenpotentials erheblich. Hierin kommen unterschiedliche Annahmen über das Erwerbsverhalten und vor allem über die künftige Nettowanderung zum Ausdruck. Langfristig wird der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in allen Projektionen erwartet (Abbildung 2.13).

Abb. 2.13



(*) mit Wanderungen und variablen Erwerbsquoten

Quelle: Deutscher Bundestag 1998.

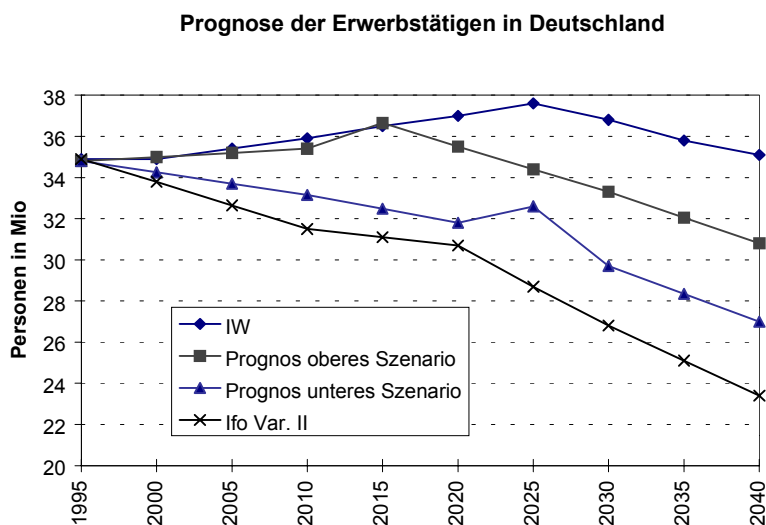
Anm.: Die Projektion von Prognos stammt von 1998, die des IW von 1997 geschätzt wurden die Erwerbspersonen, und die des IAB von 1995. Für Zwischenjahre wurden einzelne Werte extrapoliert.

Auch die Prognosen über die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes gehen in Deutschland weit auseinander (Abbildung 2.14). Sie hängen maßgeblich von den Wachstumsaussichten für Deutschland sowie von der angenommenen Entwicklung der Arbeitsproduktivität ab. Die Prognosen für das langfristige Wirtschaftswachstum schwanken zwischen Raten von rund 0,5% bis 1,7% p.a.

Die Schätzungen des Migrationspotentials vom DIW und vom WIFO gehen von 2% Wachstum für die Zielländer aus (WIFO). In diesem Fall ist hier eher die obere Prognosevariante maßgeblich.

Dem deutschen Arbeitsmarkt steht eine starke Alterung der Erwerbspersonen bevor. Es wird befürchtet, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine solche Entwicklung leiden könnte. Zugleich wird eine stärkere Nachfrage an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften erwartet. Eine steigende Nachfrage nach jungen Arbeitskräften mit einem hohen Qualifikationsniveau kann angenommen werden. Aufgrund dieses Pull-Faktors könnte es somit zu verstärkter Zuwanderung aus den MOE-Ländern kommen.

Abb. 2.14



Quelle: Deutscher Bundestag 1998 auf Grundlage von Studien von Prognos (1998); IW (1997); ifo (1997).

2.5 Struktur der Ost-West Migration

2.5.1 Qualifikationsstruktur

Neben dem Umfang künftiger Wanderungsströme ist deren Struktur im Hinblick auf die Qualifikation der Arbeitsmigranten ausschlaggebend für die Arbeitsmärkte der Zielländer. Im Gegensatz zu früheren Arbeitskräftewanderungen in die EG bzw. innerhalb der EG (z.B. Migration aus Süditalien in die europäischen Industriezentren) bieten die MOE-Länder ein bedeutendes Potential an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften. Zudem war die Wanderung von Arbeitskräften ohne Ausbildung in den Zeiten besonders groß, als speziell solche Arbeitskräfte in den großen Industriezentren angeworben wurden.

Daher können Ergebnisse der bisherigen Qualifikationsstruktur von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland mit einem vergleichsweise großen Anteil im unteren Qualifikationsbereich nur mit großen Einschränkungen auf Osteuropa übertragen werden. Als Anhaltspunkt über das Qualifizierungsprofil von Immigranten aus MOE-Ländern kann die Statistik über Spätaussiedler herangezogen werden. Danach waren von den Spätaussiedlern, die 1992-1997 eingereist sind und zuvor erwerbstätig waren, 7% in landwirtschaftlichen Berufen, 35% in industriellen und handwerklichen Berufen und 47% in Dienstleistungs-

berufen tätig. Den größten Anteil an den industriellen Berufen stellten die Schlosser und Mechaniker sowie die Hilfsarbeiter dar. Im Vergleich dazu waren 1966 90% der ausländischen Männer auf dem deutschen Arbeitsmarkt als Arbeiter beschäftigt und 72% als un- und angelernte Arbeiter (Gornig; Jeschek; Schulz; Stille 1999: 14). Die Ost-West Migration der 80er Jahre zeigte auch ohne Betrachtung der Aussiedler, daß insbesondere die gebildete Schicht auswanderte. Auch unter den temporären Migranten der 90er Jahre dürfte sich ein großer Anteil an qualifizierten Personen befinden, auch wenn sie häufig ihre Qualifikationen auf den EU-Arbeitsmärkten nicht einsetzen können.

Verschiedene Untersuchungen weisen darauf hin, daß das Qualifikationsniveau in MOE-Ländern in seiner Grundstruktur mit west- und nordeuropäischen Ländern vergleichbar ist (z.B. Biffi 1997b; OECD 1998a). Im Vergleich zu EU-Ländern war in den 80er Jahren der Anteil an Hochqualifizierten (Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker) an der Bevölkerung im Fall von Polen sogar höher als in Deutschland und vergleichbaren EU-Ländern (Graziani, 1994). Ein hoher Anteil an Hochqualifizierten, besonders auch an Ingenieuren war auch für die ärmeren Länder Bulgarien und Rumänien kennzeichnend.

So kann sich auch das formale Bildungsniveau in Polen, dem Land mit dem größten Migrationspotential, mit west- und nordeuropäischen Ländern messen lassen (vergleichbar in etwa mit Schweden und Österreich). Der Anteil der Jugendlichen, die den tertiären Bildungsweg (Universitäten, Fachhochschulen und ähnliches) beschreiten, hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt, 1996 betrug er fast 30%. Hingegen nimmt der Andrang auf Berufsschulen in Polen ab, das berufliche Bildungssystem steht in einer bedeutenden Reformphase. In Tschechien ist das Bildungsniveau etwas höher als in Polen, im internationalen Ranking der OECD liegt es kurz hinter Deutschland (OECD 1998a: 102 f.). In Polen und anderen Ländern ist ein Trend zur Höherqualifizierung feststellbar (OECD 1998a). In Tschechien und in Ungarn beginnen nur noch 1% respektive 2% der Jugendlichen nach Erreichen der Schulpflicht direkt einen Job (Nesporova 1997). Allerdings besteht eine der größten Herausforderungen für die MOE-Länder, und besonders für Polen, in der Reform ihres Bildungs- und Ausbildungssystem.

Innerhalb der EU sind die Mobilitätsbarrieren für die mittleren Qualifikationsschichten besonders hoch. Die Unterschiedlichkeit der Ausbildungssysteme

innerhalb der EU verringert die Transparenz und erschwert die Anerkennung erworbener Qualifikationen - trotz verstärkter Anstrengungen der EU in diese Richtung (Biffi 1997b). In Deutschland läßt sich eine Polarisierung von EU-Ausländern an den unteren und der oberen Qualifikationsstufen feststellen. Auch in Österreich läßt sich eine polarisierte Qualifikationsstruktur ausländischer Arbeitnehmer beobachten. Entsprechende Mobilitätsbarrieren wären auch im Fall der Ost-West Migration denkbar, da der Regulierungsgrad in den Aufnahmeländern besonders hoch ist. Derzeit läßt sich allerdings beobachten, daß Immigranten aus den MOE-Ländern bei entsprechend hohen Einkommensunterschieden auch bereit sind weit unter ihrem Qualifikationsniveau zu arbeiten (Nesporova 1997). Besonders bei kurzer Aufenthaltsdauer sind Migranten bereit, Tätigkeiten unterhalb ihres Qualifikationsniveaus anzunehmen.

Die Ost-West Migration wird in ihrer Struktur von der innereuropäischen Süd-Nord Wanderung abweichen. Sie könnte in ihrer Struktur eher den Migrationsbewegungen zwischen wirtschaftlich hochintegrierten Ländern gleichen, mit dem Unterschied, daß die mittleren Qualifikationsstufen stärker vertreten sein dürften.

2.5.2 Zeitstruktur

Für die folgende Betrachtung sind zwei Gesichtspunkte der zeitlichen Struktur der Migrationsbewegungen entscheidend: die Dauer der Aufenthalte und die Bedeutung der Migrationspolitik

Migrationspolitik

Aus internationalen Erfahrungen leitet sich die Erkenntnis ab, daß bei schockartigem Auftreten wanderungslösender Faktoren, wie z.B. Aufhebung von Zuwanderungssperren, der Wanderungsdruck bedeutend größer ist als im Falle allmählicher Entwicklungen (siehe z.B. Franzmeyer; Brücker 1997 und Walterskirchen; Dietz 1998).

Das Migrationspotential nimmt mit zunehmender Konvergenz zwischen den MOE-Ländern und der EU15 ab. Das WIFO hat daher untersucht, wie sich un-

terschiedliche Zeitpunkte für die Gewährung der vollständigen Freizügigkeit auf das Migrationspotential auswirkt. Unter der Annahme der sofortigen (also vor dem EU-Beitritt) vollständigen Freizügigkeit liegen die jährlichen Migrationsströme aus den fünf MOE-Staaten bei 220.000 (ohne Pendler!). Werden die Arbeitsmärkte erst 2015 liberalisiert werden, bewegen sich die Migrationsströme mit 129.000 Personen auf einem wesentlich niedrigerem Niveau.

Die Freizügigkeit kann die Flexibilität der Migration erhöhen und die Verweildauer senken. Eine Rückwanderung wird eher ins Auge gefaßt, wenn damit keine Zukunftsoptionen vergeben werden und eine erneute Migration jederzeit möglich ist (Gornig; Jeschek; Schulz; Stille 1999: 11).

Verweildauer

Für die Einschätzung der Auswirkungen der Migration sowohl auf die Zielländer als auch auf die Herkunftsländer ist entscheidend, ob die Migranten dauerhaft ihren Wohnort ins Ausland verlagern, ob sie nach mehreren Monaten oder einigen wenigen Jahren wieder in ihre Ursprungsländer zurückkehren (temporäre Migranten) oder ob sie nur ihren Arbeitsort, nicht aber ihren Wohnort bzw. Lebensmittelpunkt verlagern (Tages- und Wochenpendler). Prognosen der temporären Migration und ihre Abgrenzung zur dauerhaften Migration gestalten sich als äußerst schwierig.

Internationale historische Erfahrung liefern Beispiele für Rückwanderungsbewegungen. So führte die zweite Auswanderungswelle in die USA („new immigration“), die Ende des 19. Jahrhunderts begann, zu bedeutenden Rückwanderungsbewegungen. 30 bis 40% der Portugiesen, Kroaten, Serben, Ungarn und Polen und 50% der Italiener, die in den 20er Jahren in die USA auswanderten, kehrten nach wenigen Jahren wieder in ihre Ursprungsländer zurück. Als Grund wird hier v.a. die verbesserte wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern genannt, in ein paar Jahren konnte oft genug verdient und gespart werden um sich in den Herkunftsländern eine neue Existenz aufzubauen (Eichengreen 1994 f.: 13).

Für temporäre Migration spielen Erwartungen eine große Rolle. Zudem findet Rückwanderung statt, wenn keine dauerhaften Beschäftigungsverhältnisse gefunden werden (Faßmeyer; Brücker 1997). Räumliche Nähe und damit der

permanente Kontakt zum Herkunftsland erhöhen ebenfalls die Wahrscheinlichkeit zur Rückwanderung. Temporäre Migration ist auch im Zusammenhang mit Direktinvestitionen wahrscheinlich. Im allgemeinen wird mit einem relativen Bedeutungsgewinn der temporären Migration im Zusammenhang mit der Ost-West Migration gerechnet (z.B. Korcelli 1996). Auch Umfragen in Ungarn zeigen, daß Wissenschaftler, die ins Ausland gehen, durchaus anstreben, wieder nach Ungarn zurückzukehren (de Tinguy; de Wenden 1993: 35).

Einfacher erscheint dagegen die Schätzung von Pendlern. Entsprechende Schätzungen, mit unterschiedlichen Schätzansätzen wurden für Österreich erstellt. Sie sollen hier exemplarisch erläutert werden. Pendlerbewegungen werden - im Gegensatz zur Einwanderung - in starkem Ausmaß vom Lohngefälle zweier Regionen geprägt. In einer Studie des WIFO wird angenommen, daß ein Einkommensunterschied von 10% zu einem zusätzlichen Auspendeln von 0,05% der Grenzbevölkerung führt (Walterskirchen; Dietz 1998). Ostmitteleuropäische Pendler verdienen in Österreich das sieben bis zehnfache von dem was sie in ihren Herkunftsländern an Lohn erhalten. Rund 8% der Bevölkerung aus den fünf MOE-Staaten kommen als potentielle Einpendler in Betracht (ohne Wochenpendler aus Polen). Bei sofortiger Freigabe des Arbeitsmarkts (inkl. offener Grenzen zur Slowakei) würden jährlich zusätzlich 25.700 Menschen nach Österreich einpendeln. Bei vollständiger Freizügigkeit ab 2005 gäbe es zusätzlich 23.800 Pendler im ersten Jahr. Bei einer Arbeitsmarktliberalisierung in 2015 wären es 19.600 zusätzliche Pendler jährlich. Demnach werden mehr Einpendler als Einwanderer aus Slowenien, Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen nach Österreich erwartet.

Nach weiteren Berechnungen des WIFO, das sich dabei auf Erfahrungen der grenzüberschreitenden österreichischen Pendler beruft, könnte das langfristige Pendlerpotential bei einem Zeithorizont von 10 Jahren 150.000 Personen umfassen, davon ein Drittel aus dem Raum Bratislava. Für die Slowakei wurde ein Pendlerpotential von 5% der Bevölkerung angenommen, für die grenznahe Bevölkerung in Tschechien, Ungarn und Slowenien wurde aufgrund der Entfernung des Ballungszentrums Wien ein Pendlerpotential von 2,5% angenommen.

Eine Studie des Instituts für Höhere Studien in Wien kommt auf der Basis des „Gravity-Modells“ auf ein Pendlerpotential von 15.800 Personen für die öster-

reichischen Grenzregionen (ohne Wien), davon etwa die Hälfte aus dem Raum Bratislava (Walterskirchen; Dietz 1998: 65).

Übersicht 2.3

Schätzung des Potentials an Grenzpendlern nach Österreich

<i>Prognose Grenzpendler</i>	<i>Annahmen</i>
15.280 zusätzliche jährliche Einpendler (+ 8.500 aus der Slowakei)	Vollständige Freizügigkeit ab 2005 Lohnunterschied von 10% führt zu Migrationsrate von 0,05% in Grenzregionen von Tschechien, Ungarn und Slowenien (und 0,1% im Raum Bratislava)
12.270 zusätzliche jährliche Einpendler (+ 7.300 aus der Slowakei)	Vollständige Freizügigkeit ab 2015 s.o.
Langfristiges Pendlerpotential von über 100.000 Personen aus Tschechien, Ungarn und Slowenien und zusätzlichen 50.000 aus der Slowakei	Auf Grundlage der Erfahrungen der österreichischer Grenzregionen: 2,5% der Grenzbevölkerung (und 5% aus dem Raum Bratislava)

Quelle: Walterskirchen; Dietz 1998

Das Pendlerpotential steht in Deutschland im Vergleich zu Österreich bislang weniger im Mittelpunkt der Betrachtung. In Deutschland gab es 1996 1.500 polnische und 4.000 tschechische Grenzpendler (Hönekopp 1997a). In diesen Zahlen kommt die weitaus geringere Aufnahmefähigkeit des nahen ostdeutschen Grenzraums (also ohne Berlin) im Vergleich zu Bayern zum Ausdruck. Insgesamt lag die Zahl der Grenzpendler nach Deutschland mit 12.400 täglichen Einpendlern im Jahr 1992 am höchsten. Mit der vollständigen Freizügigkeit wird sich auch in den deutschen Grenzregionen die Zahl der Grenzpendler erhöhen, allerdings dürfte für Deutschland auch in Zukunft die temporäre und dauerhafte Migration weit entscheidender sein als das Einpendeln über die Ostgrenzen.

3 Auswirkungen auf die Zielländer

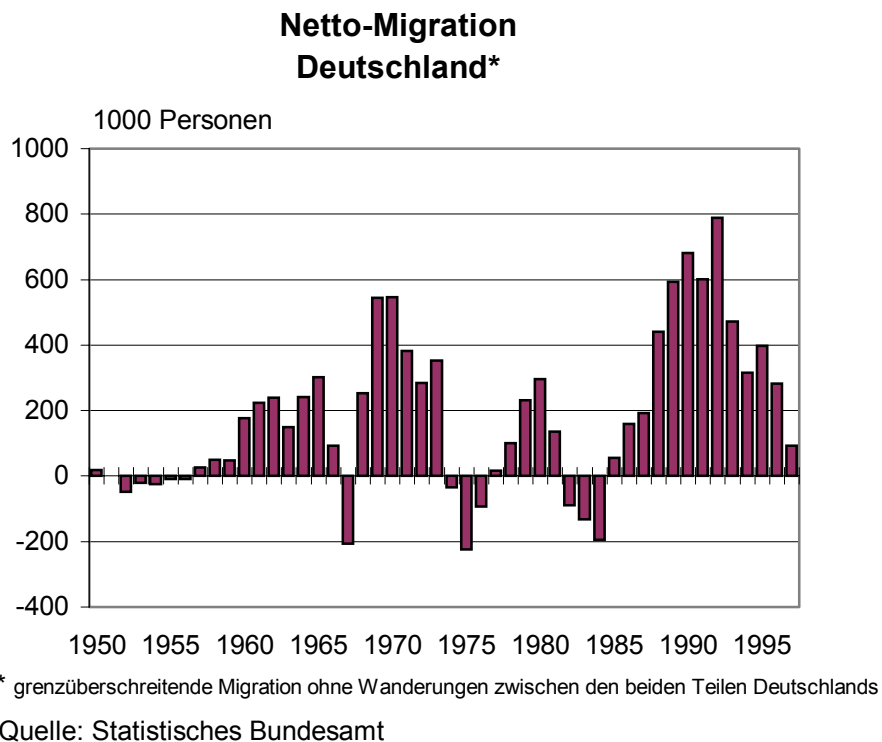
Deutschland ist in den achtziger Jahren ein Hauptzielland der Migration in Europa geworden. Dies gilt vor allem für die Zuwanderung aus den MOE-Ländern. Studien, die diese Wanderungsströme zum Untersuchungsgegenstand ma-

chen, sind daher vor allem in Deutschland und Österreich entstanden. Auf sie konzentriert sich die folgende Darstellung.

Zwischen 1985 und 1997 sind per Saldo 5,8 Mio. Personen nach Deutschland zugewandert. Darunter waren 2,4 Mio. Aussiedler aus den früheren sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas. Darüber hinaus kamen seit 1990 fast zwei Millionen Asylbewerber und Flüchtlinge. Auch wenn Einwanderung für die Bundesrepublik nach den großen Einwanderungswellen der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Zuwanderung von Gastarbeitern in den sechziger und siebziger Jahren keine neue Erfahrung war, überstieg das Ausmaß und die Struktur der Zuwanderung doch den bisherigen Erfahrungsrahmen (Abbildung 3.1). Dies um so mehr als in dieser Zeit überwiegend Personen aus fremden Gesellschafts- und Kulturbereichen zuwanderten.

Dieses Phänomen hat in den neunziger Jahren eine Flut von Veröffentlichungen hervorgebracht, die sich mit den Auswirkungen der Migration auf die Zielländer beschäftigen. Im folgenden wird daraus eine beschränkte Auswahl dargestellt, die sich in erster Linie auf die Einwanderungswelle der neunziger Jahre bezieht. Diese unterscheidet sich durch den hohen Anteil an Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie von Asylbewerbern und Flüchtlingen in ihren Charakteristika von den früheren Wellen, kommt aber auch aus diesem Grunde der Struktur der zu erwartenden Einwanderung aus den EU-Beitrittsländern nahe. Die referierten Studien beziehen sich zum größten Teil auf Deutschland, aber es werden auch Ergebnisse der internationalen Forschung, insbesondere aus den USA, einbezogen.

Abb. 3.1



Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit den Erklärungsfaktoren der Einwanderung nach Deutschland und schließt damit direkt an die theoretische Erörterung in Kapitel 1 an. Es wird dann die Frage zu beantworten versucht, in welchem Ausmaß die Integration der Zuwanderer, insbesondere der Aussiedler, in den neunziger Jahren gelungen ist oder ob es zu einer Segmentierung des Arbeitsmarktes gekommen ist. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit den Wirkungen der Einwanderung auf Lohnsätze und Einkommen der heimischen Bevölkerung. Diese Frage hat in der ökonomischen Literatur eine sehr hohe Aufmerksamkeit erhalten, und es liegen daher eine Vielzahl von deutschen und internationalen Untersuchungen vor. Partialbetrachtungen der Arbeitsmärkte, wie sie in den Lohnuntersuchungen vorherrschen, können aber nur beschränkte Aussagen über die Wirkung der Einwanderung geben. Der vierte Abschnitt stellt daher zwei für Deutschland wichtige gesamtwirtschaftliche Simulationen vor. Schließlich werden im fünften Abschnitt die fiskalischen Wirkungen der Einwanderung, insbesondere die Wirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme dargestellt.

3.1 Erklärungsfaktoren für die Einwanderung nach Deutschland

Zur empirischen Erklärung von Migrationsströmen herrschen in der jüngeren Literatur zwei Ansätze vor: Der Gravitationsansatz und das Zufallnutzenmodell (Delbrück; Raffelhüschen 1993)¹. Der Gravitationsansatz erklärt die Migrationsströme durch Push- und Pull-Faktoren sowie durch effektive Distanzfaktoren. Push-Faktoren (φ_i) charakterisieren alle Wanderungsanstöße, Pull-Faktoren (ψ_i) die Wanderungsanreize und die Distanzfaktoren (ω_i) jene Einflüsse, die durch die räumliche, sprachliche, kulturelle Distanz usw. auf die Migration wirken. In allgemeiner Form wird der Zusammenhang durch eine logarithmisch-lineare Cobb-Douglas-Funktion dargestellt:

$$\ln M = \ln k + \alpha \ln \varphi + \beta \ln \psi + \gamma \ln \omega \quad (5)$$

Dabei ist M der Migrationsstrom, k der Skalierungsfaktor und α , β und γ sind die Reaktionsparameter, die den Einfluß der Push-, Pull- und Distanzfaktoren messen.

Eine neue Untersuchung der qualifikationsspezifischen Determinanten der Migration nach Deutschland auf der Grundlage des Gravitationsansatzes wurde von Wolter 1997 vorgelegt. Diese Arbeit untersucht die Migration höher qualifizierter und niedrig qualifizierter Beschäftigter getrennt, da für die beiden Gruppen von unterschiedlichen Wanderungsmotiven ausgegangen wird. Dazu verwendet sie für beide Gruppen die gleichen Erklärungsvariablen, um die Zuwanderung nach Deutschland pro Kopf der Bevölkerung aus insgesamt 17 Ländern² zu erklären. Die Schätzung benutzte den logarithmischen Ansatz nach Gleichung (5) und erfolgte unter Anwendung der Kleinst-Quadrat-Methode. Die erklärenden Variablen und die für sie errechneten Koeffizienten sind in Tabelle 3.1 dargestellt.

¹ Im folgenden wird nur das Gravitationsmodell näher behandelt, da empirische Schätzungen auf Basis des Zufallnutzenkonzepts für Deutschland nicht vorliegen. Das Zufallnutzenkonzept versucht, der Heterogenität individueller Nutzenfunktionen explizit Rechnung zu tragen, indem es den individuellen Nutzen aus der Wanderung in eine repräsentative Komponente und eine individuelle Zufallsabweichung zerlegt. Damit können unterschiedliche Verteilungen von Wanderungsdeterminanten explizit gemacht werden, während der Gravitationsansatz meist von Durchschnittswerten ausgeht. Eine Darstellung des Zufallnutzenkonzepts findet sich bei Galor 1992 und bei Delbrück; Raffelhüschen 1993.

² Neben den 15 EU-Ländern waren die USA und Japan einbezogen.

Tab. 3.1

Einwanderung nach Westdeutschland

Regressionsparameter

Schätzzeitraum: 1975-90

	Höher qualifizierte Arbeitnehmer	Niedrig qualifizierte Arbeitnehmer
Konstante	+0,06	+0,07
BIP pro Kopf, Herkunftsland	-3,63 ^{***}	-6,78 ^{***}
BIP pro Kopf, Westdeutschland	+3,56 ^{***}	+6,66 ^{***}
Arbeitslosenquote, Herkunftsland	+0,31	-2,01 ^{**}
Arbeitslosenquote, Westdeutschland	-2,29 ^{***}	-4,21 ^{***}
geographische Distanz	-1,76 [*]	-0,09
sozio-kulturelle Distanz	-2,94 ^{***}	-10,21 ^{***}
Zugehörigkeit zur EU	-2,27 ^{**}	+4,12 ^{***}
Direktinvestitionsbestand pro Kopf	+3,37 ^{***}	-0,40
R ²	0,34	0,66
F-Wert	17,34	63,65

Quelle: Wolter 1997: 660.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Migration von niedrig qualifizierten ausländischen Arbeitnehmern nach Deutschland von den klassischen Push- und Pull-Faktoren, nämlich den Pro-Kopf-Einkommen im Ziel- und Herkunftsland sowie von den Arbeitslosenquoten bestimmt wird. Allerdings übt die Arbeitslosenquote des Herkunftslandes einen weniger gesicherten negativen Einfluß aus und wird daher vom Autor als irrelevant gewertet. Die geographische Distanz spielt für gering Qualifizierte keine Rolle, die sozio-kulturelle Distanz, die durch Sprache und Religion operationalisiert wurde, ist hingegen von großer Bedeutung. Der Ansatz enthält darüber hinaus eine Variable für die Zugehörigkeit des Herkunftslandes zur EU. Ihr Parameter ist signifikant, was bedeutet, daß die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU im Beobachtungszeitraum 1975 bis 1990 die Wanderungen der gering qualifizierten Arbeitnehmer signifikant erhöht hat.

Für die höher qualifizierten ausländischen Arbeitnehmer spielen die Pro-Kopf-Einkommen und die Arbeitslosigkeit eine geringere bzw. keine Rolle. Dies kann damit zusammenhängen, daß die Entlohnung und die Job-Sicherheit höher Qualifizierter mit der allgemeinen Einkommenshöhe und der Arbeitsmarktlage weniger übereinstimmt als dies bei niedrig Qualifizierten der Fall ist. Vor allem aber steht die Wanderung der höher Qualifizierten mit den Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland in Zusammenhang. Mit der Globalisierung der Unternehmen entstehen offenbar grenzüberschreitende internati-

onale Arbeitsmärkte, über die sich ein immer größerer Anteil der weltweiten Wanderung höher qualifizierter Arbeitnehmer abspielt, die aber gleichzeitig durch Änderungen des makroökonomischen Umfelds nur noch indirekt beeinflusst werden (Wolter 1997: 661).

3.2 Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt

Die Frage nach der Integration von Einwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt ist mit der dauerhaften Zuwanderung vieler Gastarbeiter der sechziger und siebziger Jahre zum viel beachteten Untersuchungsgegenstand geworden. Die daraus gewonnen Erkenntnisse erscheinen aber nur zum Teil auf die Fragestellung dieser Studie übertragbar. Besonderes Augenmerk ist vielmehr auf die Einwanderungswelle seit 1988 zu richten, da sie in starkem Maße von Zuwanderung aus den osteuropäischen Staaten geprägt ist. Dabei handelt es sich überwiegend um Aussiedler deutscher Nationalität, die aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine vergleichsweise große kulturelle und soziale Distanz zu den Lebensverhältnissen in Deutschland aufweisen (Münz; Seifert; Ulrich 1997: 130). Dies macht sie zu einer - aus dem Blickwinkel dieser Studie - interessanten Einwanderergruppe, da sie den Charakteristika der potentiellen Einwanderer aus den EU-Beitrittsländern nahe kommen.

Nach Angaben des RWI (Loeffelholz; Köpp 1998: 78) sind zwischen 1988 und 1991 3,5 Mio. Personen in die alten Bundesländer eingewandert, darunter 900.000 Übersiedler, 1,2 Mio. Aussiedler und 1,5 Mio. Ausländer. Im Zeitraum 1992 bis 1995 betrug der Wanderungsüberschuß 2,1 Mio. Personen. Die größte Gruppe waren Asylbewerber und Flüchtlinge (1 Mio.). Außerdem sind 890.000 Aussiedler und 160.000 Ausländer eingewandert.¹ Im Zeitraum 1988 bis 1991 waren unter den Immigranten 1,7 Mio. Erwerbspersonen, von denen 1,3 Mio. eine Beschäftigung aufgenommen haben. Dies entspricht einer Erwerbsbeteiligung von 48%, ein Wert der mit Daten des sozioökonomischen Panels gut übereinstimmt. Seiffert (1996a: 195) ermittelt für die Jahre 1989 bis 1990, daß 51% der Eingewanderten ein Jahr nach der Zuwanderung eine Beschäftigung gefunden haben. Unter den Aussiedlern wird die Erwerbsbeteiligung auf etwa zwei Drittel geschätzt. Damit ist die Integration der Zuwanderer

¹ Die Unterteilung in diese beiden Zeiträume ist aufgrund der unterschiedlichen Konjunkturlage sinnvoll.

in den Arbeitsmarkt in dieser Phase gut gelungen. Darauf weist auch der gleichzeitige Rückgang der Arbeitslosigkeit um 540.000 Personen hin. Die RWI-Autoren kommen daher zu dem Schluß, daß vor dem Hintergrund der günstigen wirtschaftlichen Lage „... die strukturellen und nachfrageseitigen Effekte auf dem Arbeitsmarkt gegenüber etwaigen Verdrängungseffekten überwogen haben.“ (Loeffelholz; Köpp 1998: 79).

Die Situation zwischen 1992 und 1995 stellt sich weniger günstig dar. Von den 2,1 Mio. Eingewanderten haben insgesamt 640.000 Personen eine Beschäftigung in den alten Bundesländern gefunden (37%). Dies war zum Teil Konsequenz des hohen Asylbewerberanteils. Aber auch die Erwerbsquote der Aussiedler ist von zwei Dritteln auf 53% abgesunken. Die Zahl der arbeitslosen Aussiedler ist zwischen September 1992 und September 1995 um 3% gesunken, während sie für Deutsche um 40% und für Ausländer um 60% gestiegen ist. Die Autoren der RWI-Studie kommen aufgrund dieser Beobachtung zu der Bewertung, daß die Arbeitslosigkeit von Aussiedlern trotz schlechter Arbeitsmarktlage, Verkürzung der Sprachkursdauer und einschneidender Zugangsbeschränkungen zu Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen weniger gestiegen wäre als bei Einheimischen. Insgesamt könne also festgestellt werden, daß zwischen 1992 und 1995 eine größtenteils positive Eingliederung der Zuwanderungen in den Arbeitsprozeß stattgefunden habe (Loeffelholz; Köpp 1998: 82).

Diese Einschätzung ist allerdings nicht unbestritten. Münz; Seifert; Ulrich (1997) stellen auf der Grundlage der Zuwanderungsstichprobe des sozioökonomischen Panels fest, daß die Arbeitslosenquote von Aussiedlern im Jahr 1995 mit 26% weit überdurchschnittlich war und als Indiz dafür gewertet werden kann, daß Aussiedler beträchtliche Probleme bei der beruflichen Integration haben. Bei Frauen unter den Aussiedlern betrug die Arbeitslosenquote 1995 sogar 38%. Entscheidend für die Eingliederungschance ist nach dieser Untersuchung der Zeitpunkt der Zuwanderung und damit die auf dem Arbeitsmarkt vorherrschende Situation. Für die Zeit vor der deutschen Vereinigung kann eine relativ positive Bilanz gezogen werden, die auch durch die günstige Alters-, Berufs- und Qualifikationsstruktur der Aussiedler bedingt ist. Seit 1990/91 treten die Probleme von Aussiedlern hingegen deutlicher zutage. Ein Jahr nach Absolvierung des Deutschkurses lag die Arbeitslosenquote von Aussiedlern bei rund 30% (Koller 1993). Auch die Bundesanstalt für Arbeit stellt fest, daß die im Jahr 1997 eingereisten Spätaussiedler nur geringe Deutschkenntnisse mitbrachten und über eine Berufsbildung bzw. über berufliche Erfahrungen verfügten, die

stark von den Gegebenheiten der Bundesrepublik abwichen. Für viele wäre daher eine ausbildungsadäquate berufliche Eingliederung in Deutschland kaum möglich (Bundesanstalt für Arbeit 1998: 121).

Der Vergleich der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen zwischen Aussiedlern und heimischer westdeutscher Bevölkerung zeigt, daß der Integrationserfolg auch mit der Bereitschaft der Aussiedler zusammenhängt, eine weniger qualifizierte Beschäftigung anzunehmen. Um überhaupt Arbeit zu finden, weichen Aussiedler mit höherer Qualifikation oftmals auf Tätigkeiten mit geringeren Qualifikationsanforderungen aus (Münz; Seifert; Ulrich 1997: 123). Dies war auch das Ergebnis einer früheren Untersuchung des DIW (Schulz; Seiring 1994, vgl. Tabelle 3.2). Der hohe Anteil von un- und angelernten Arbeitern bei Aussiedlern ist danach die Folge einer beruflichen Dequalifizierung. Selbständige Erwerbstätigkeit bleiben die Ausnahme. Die Untersuchung von Koller (1997) über die Integration von Spätaussiedlern zeigt, daß nur 4% der Befragten nach einem Zeitraum von drei Jahren nach dem Ende des Deutschkurses als Selbständige tätig waren, obwohl 15% direkt im Anschluß an den Deutschkurs eine selbständige Tätigkeit geplant hatten. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das sozioökonomische Panel, nach dem von den 1997 erwerbstätigen Zuwanderern aus den Jahren 1990 bis 1992, weniger als 5% einer selbständigen Tätigkeit nachgingen. Meist wurde diese Selbständigkeit im Dienstleistungsbe-
reich ausgeübt (Gornig et al. 1999). Der Anteil der Selbständigen unter den Aussiedlern lag damit deutlich unter dem Anteil für Ausländer (9,4% im Jahr 1997).

Tab. 3.2

Erwerbstätige Aussiedler
(Anteile in %)

Berufliche Stellung der Erwerbstätigen	Westdeutsche Bevölkerung	Aussiedler
Un-/angelernte Arbeiter	13	44
Facharbeiter, Meister	15	28
Einfache und qualifizierte Angestellte	34	20
Hochqualifizierte Angestellte	12	4
Sonstige	26	4
Insgesamt	100	100

Quelle: Schulz; Seiring 1994: 611

Damit deuten sich aber auch die wesentlichen Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt an, die bei hoher Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind. Aussiedler konkurrieren vor allem mit weniger qualifizierten Arbeitnehmern, insbesondere ausländischen Arbeitsmigranten und deren Kindern, während sie selbst Wettbewerbsnachteile gegenüber Ostdeutschen haben, die nach Westdeutschland übersiedelt sind. Bei ungünstiger Arbeitsmarktlage ist die Konkurrenz durch Bewerber, die über entsprechende Zertifikate verfügen, wesentlich größer. Dies erschwert den Arbeitsmarktzugang für Personen ohne inländischen Bildungsabschluß zusätzlich (Münz; Seifert; Ulrich 1997: 124). Über vielfache Wechselwirkungen, d.h. nicht notwendigerweise durch direkte Verdrängung, führt die Zuwanderung - unter den gegebenen wirtschaftlichen und institutionellen Bedingungen - zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit weniger qualifizierter Arbeitskräfte (Velling 1995a). Zuwanderer werden daher in der Literatur häufig als Substitute zu einheimischen Arbeitskräften mit geringen Qualifikationen angesehen, während sie zu Arbeitskräften mit höherer Qualifikation eher als Komplemente fungieren (Loeffelholz; Köpp 1998: 77).

Die Beschäftigung in Arbeitsmarktsegmenten für geringe Qualifikationen zieht eine höhere Instabilität der Beschäftigung nach sich, die auch zu höheren Arbeitslosenraten führt. Nach der Untersuchung von Gornig et al. (1999: 38ff) waren aufgrund dieser Tatsache nur 48% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa im Jahr 1994 ganzjährig beschäftigt, während es unter allen ausländischen Arbeitnehmern 31% und unter deutschen Arbeitnehmern 15% waren.

Die Schätzung von Einkommensfunktionen für Aus- und Übersiedler von Bauer, Zimmermann (1997) weisen nach, daß diese höhere Instabilität nicht notwendigerweise in einem langfristigen Einkommensnachteil resultiert. Im Gegenteil: Während bei Einwanderung noch keine signifikanten Einkommensunterschiede zwischen Aus- und Übersiedlern bestanden, wachsen die Einkommen der Aussiedler in der Folgezeit schneller als die Einkommen der Übersiedler. Die Autoren führen dies auf stärkere Ausbildungsanstrengungen der Aussiedler zurück. Außerdem zeigen die Schätzungen, daß Frauen unter den Aussiedlern einen signifikanten Einkommensnachteil gegenüber Männern haben. Für den Einkommensanstieg erscheint die Unterstützung durch ethnische Netzwerke von ausschlaggebender Bedeutung. Immigranten, die auf die Hilfe solcher Netzwerke zurückgreifen, verzeichneten einen signifikant höheren Einkommensanstieg (Bauer; Zimmermann 1997a: 374).

In Untersuchungen mit Daten des sozioökonomischen Panels der Jahre 1984 bis 1989 zeigte sich, daß die berufliche Mobilität der ausländischen Arbeitnehmer im wesentlichen auf die Arbeiterberufe begrenzt bleibt (Seifert 1994: 24). Während bei deutschen Beschäftigten Mobilität vor allem weg von den Arbeiterberufen hin zu den Angestelltenpositionen verläuft und von diesem Bereich nur wenige zurück in Arbeiterberufe kommen, findet Mobilität bei ausländischen Beschäftigten vor allem innerhalb der Arbeiterberufe statt, und ein beträchtlicher Teil der Angestellten wechselt in Arbeiterberufe, überwiegend als angelernte Arbeiter. Eine höhere Mobilität, wenn auch auf Arbeiterberufe beschränkt, ist bei der zweiten Generation der ausländischen Arbeitnehmer festzustellen. Soweit ausländische Arbeitnehmer höhere Positionen einnehmen, erweisen sie sich als weniger stabil als dies bei deutschen Arbeitnehmern zu beobachten ist. Zwar sind im deutschen Arbeitsmarkt keine ethnischen Diskriminierungslinien nachzuweisen, aber die hohe Fluktuation qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer zeigt, daß ausländische Beschäftigung als konjunktureller Puffer im Arbeitsmarkt dient. Stabile Beschäftigungsverhältnisse finden Ausländer nur in niedrig qualifizierten Arbeitsmarktsegmenten, wo die Konkurrenz durch deutsche Arbeitnehmer gering ist.

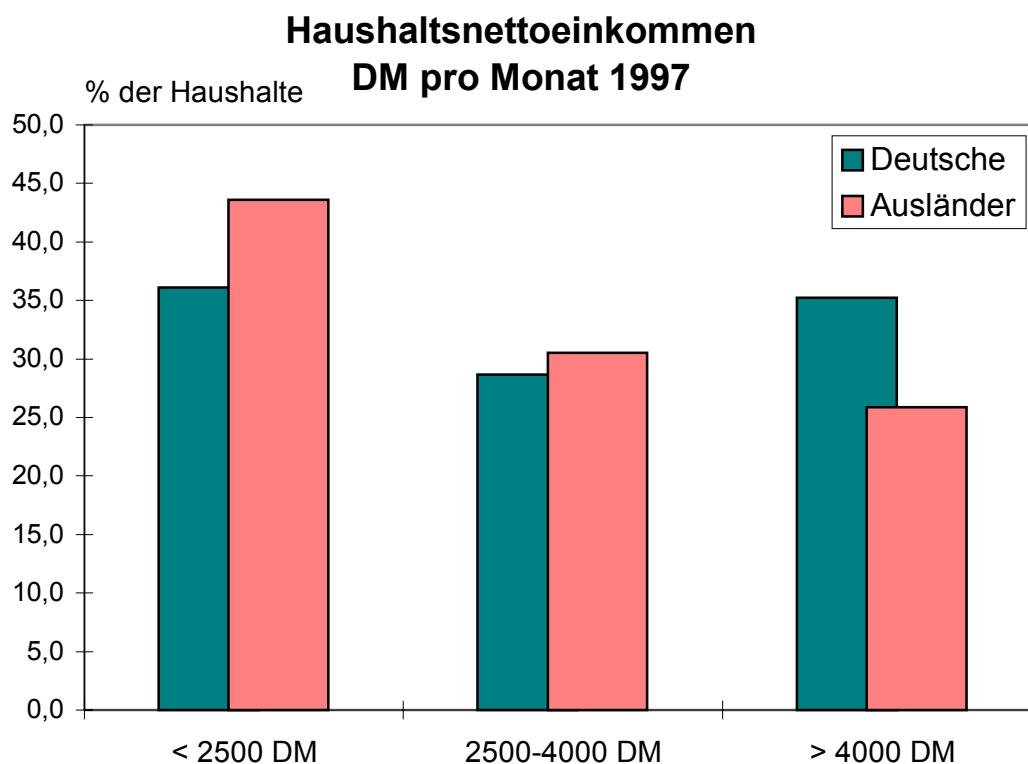
3.3 Auswirkungen der Zuwanderung auf Entlohnung und Einkommen

Die Haushaltsnettoeinkommen von Ausländern in Deutschland sind im Durchschnitt niedriger als die der deutschen Bevölkerung. Nach Angaben des Mikrozensus von 1997 lag der Anteil der ausländischen Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu DM 2500 bei 44% und damit um 8 Prozentpunkte höher als unter deutschen Haushalten. Dem entsprechend lag der Anteil der ausländischen Haushalte mit mehr als DM 4000 pro Monat deutlich niedriger (Abbildung 3.2).¹ Dabei ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße bei Ausländern größer ist als bei Deutschen. Berechnet man unter Berücksichtigung von Bedarfsgewichten die Äquivalenzeinkommen der Haushalte, lag die relative Einkommensposition von Ausländern in Westdeutschland im Jahr 1995 bei 85% des Durchschnitts der Wohnbevölkerung in Deutschland, während die Einkommensposition der Westdeutschen 110% betrug. Die ostdeutsche Bevölkerung erzielte ein Einkommensniveau von 80%. Spätaussiedler erhielten 65% und Asylbewerber und Flüchtlinge 45% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens (Frick; Wagner 1996: 20).

Die relative Einkommensposition der ausländischen Haushalte bzw. Erwerbstätigen kann durch viele Faktoren, wie Beschäftigungsdauer, Qualifikation, berufliche Stellung usw. erklärt werden. Sie kann auch Folge gesellschaftlicher Diskriminierung sein. Sie ist letztlich das Ergebnis einer mehr oder weniger gelungenen Integration von Einwanderern in den Arbeitsmarkt. Die Analysen der beruflichen Mobilität – und damit indirekt auch der Einkommensmobilität – zeigen, daß für Westdeutschland nicht generell von strikt abgeschotteten Arbeitsmarktsegmenten ausgegangen werden kann. Die Segmentationslinien sind auch für Ausländer durchlässig, allerdings in weit geringerem Ausmaß als für Deutsche (Seifert 1994: 78). Untersuchungen der Einwanderungswelle in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ergaben, daß die links-schiefe Verteilung der Haushaltseinkommen von Ausländern bereits 1984 bestand und bis 1989 nochmals deutlich akzentuiert wurde (Seifert 1994: 42). Vor allem zeigte sich aber, daß die Einkommensmobilität der am wenigsten verdienenden Haushalte bei Ausländern deutlich geringer war als bei Deutschen. Während unter Deutschen 51% der Haushalte in der Zeit zwischen 1984 und 1989 vom untersten Quintil

der Haushaltsäquivalenzeinkommen in ein höheres aufrücken konnten, waren es unter Ausländern nur 31%. Umgekehrt waren nur 37% der ausländischen Haushalte, die sich 1984 im höchsten Quintil befanden, auch 1989 noch in dieser Gruppe. Unter deutschen Haushalten waren es hingegen 59% (Seifert 1994: 44).

Abb. 3.2



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus)

Die entscheidende Frage ist aber nicht, zu welchen Einkommensdifferenzen die Einwanderung letztlich führt, sondern wie sie auf die Lohnentwicklung insgesamt, insbesondere der heimischen Bevölkerung, wirkt. Dazu gibt es eine umfangreiche internationale und deutsche Literatur. Das Standardmodell der neoklassischen Theorie, wie es in Kapitel 1 dargestellt wurde, prognostiziert, daß zwar die Gesamtwohlfahrt des Ziellandes (und der Zwei-Länder-Welt) durch lohninduzierte Wanderungen steigt, aber der Marktlohn im Zielland durch die

¹ In der deutschen Statistik werden nur Daten für die ausländische Bevölkerung ausgewiesen. Angaben über im Ausland geborene Personen und über deren Einwanderungsdatum sind nur aus Erhebungen, wie dem sozioökonomischen Panel erhältlich.

Einwanderung absinkt. Es gibt also einen Wachstumseffekt, der durch die bessere Allokation von Arbeit entsteht, und einen Verteilungseffekt, den die Veränderung der Faktorpreise bewirkt. Dies gilt allerdings nur, wenn es nicht gleichzeitig zu Anpassungen der Kapitalströme, des Güteraustauschs oder des Arbeitsangebots kommt. Unter empirischen Bedingungen ist aber genau dies der Fall.

Besondere Aufmerksamkeit wurde in der Literatur der Frage gewidmet, ob es zu Verteilungseffekten zwischen einzelnen Gruppen von Erwerbstätigen kommt. Chiswick (1982) hat als erster ein Produktionsmodell konstruiert, bei dem die Effekte der Einwanderung auf qualifizierte und gering qualifizierte Arbeit untersucht werden. Damit kann der Frage nachgegangen werden, ob Zuwanderer als Substitute oder als Komplemente zu heimischer Arbeit fungieren.

Unter Verwendung von Mikrodaten des sozioökonomischen Panels haben DeNew und Zimmermann (1994) die Frage überprüft, welchen Einfluß der Ausländeranteil in der Beschäftigung auf die Entwicklung der Löhne deutscher (männlicher) Arbeiter und Angestellter hatte. Ein höherer Anteil sollte die Löhne positiv beeinflussen, wenn Ausländer Komplemente zur Arbeit der inländischen Erwerbstätigen sind und einen negativen Einfluß ausüben, wenn Substitutionsbeziehungen vorliegen. Die ökonometrischen Ergebnisse implizieren, daß ein Anstieg des ausländischen Beschäftigungsanteils um einen Prozentpunkt zu einer Reduktion des durchschnittlichen Stundenlohns aller Arbeitnehmer um 4,1% führte. Dabei gingen die Löhne der Arbeiter um 5,9% zurück, wohingegen die Löhne der Angestellten um 3,5% anstiegen. Da die meisten Zuwanderer nach Deutschland in die Kategorie der Arbeiter fallen, kann daraus der Schluß gezogen werden, daß sie Komplemente zu Angestellten und Substitute zu Arbeitern darstellen. Nach Einschätzung der Autoren markieren diese Ergebnisse die stärksten Reaktionen, die international gemessen wurden (Zimmermann 1998: 11)¹. In anderen Berechnungen ergeben sich der Richtung nach ähnliche, aber in ihrer Intensität schwächere Effekte. So kommt eine Simulationsstudie von Haisken-DeNew und Zimmermann (1995) zu dem Ergebnis, daß der Zustrom geringer qualifizierter Arbeit von 1% der Arbeitnehmer zu einer Reduktion der Einkommen geringer qualifizierter, inländischer Arbeitnehmer um 3,1% führt

¹ Bauer kommt in einer Untersuchung der Substitutions- und Komplementaritätsbeziehungen auf Basis eines Querschnitts aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zu „vernachlässigbar kleinen“ Lohneffekten. Allerdings weist der Autor selbst auf die Restriktionen des Schätzansatzes und der Daten hin (Bauer 1997a: 655).

und zu einer Zunahme der Einkommen qualifizierter Arbeitnehmer um 0,5%. Wandert qualifizierte Arbeit ein, sinken die Einkommen der qualifizierten Arbeitnehmer um 0,6% und die Einkommen der geringer qualifizierten Arbeitnehmer steigen um 0,8%.

Auch in der internationalen, insbesondere der US-amerikanischen Literatur wird nur von geringen Lohneffekten der Zuwanderung berichtet. Grundlage dieser Studien sind meist Querschnittsdaten aus Volkszählungen und anderen Bevölkerungsbefragungen, die häufig die regionale Konzentration der Einwanderung als Untersuchungsgegenstand nutzen.¹ In einem historischen Rückblick untersuchte Goldin (1994) die Einwanderung in die USA zwischen 1890 und 1923 und kam zu dem Ergebnis, daß der Anstieg des Anteils im Ausland geborener Personen an der Bevölkerung um einen Prozentpunkt zu einem Rückgang des durchschnittlichen Lohnes aller Arbeitnehmer um 1,0 bis 1,6 Prozent führte. In einer Studie mit aktuellerem Datenmaterial betrachteten LaLonde und Topel (1991) die Zusammenhänge zwischen der unterschiedlichen Einwanderungsdichte und den Löhnen in amerikanischen Großstädten. Sie analysierten die Effekte der Einwanderung auf unterschiedliche Einwanderungskohorten und fanden heraus, daß die größte Wirkung auf die letzte Einwanderungskohorte ausging. Ein Anstieg der Zahl männlicher Einwanderer um 10% führte zu einem Rückgang der Löhne von Männern, die in letzten fünf Jahren in die USA eingewandert waren um 0,3%. Nach diesem Befund bleiben die Auswirkungen der Einwanderung auf die Entlohnung vernachlässigbar klein. In ähnlicher Weise fassen auch Butcher und Card (1991: 292) ihre Untersuchungen von 24 Großstädten in den USA zusammen: „Our empirical analysis reveals large differences across cities in the relative growth of wages for low- and high-paid workers. Nevertheless, these differences bear little or no relations to the size of immigrant inflows. Our results therefore confirm the findings of earlier studies, based on 1970 and 1980 census data, that suggest that the labor market consequences of higher immigration are relatively small.”

Es gibt außerdem Untersuchungen von zwei Einwanderungsschocks, die so etwas wie natürliche Experimente darstellen: Die Einwanderung von Kubanern nach Miami im Mai 1980 (der sog. Mariel Boatlift), der die Bevölkerung Miamis in kurzer Zeit um 7% steigerte, und die Rückkehr von Franzosen im Laufe des Algerien-Krieges 1962, mit der die Zahl der Erwerbspersonen in Frankreich um

¹ Einen Überblick zur neueren amerikanischen Literatur geben Friedberg; Hunt (1995).

1,6% stieg und die sich stark auf den Süden Frankreichs konzentrierte. Jeder dieser Einwanderungsschocks hätte nach den theoretischen Prognosen zu erheblichen Lohneffekten führen müssen. Die empirischen Untersuchungen zeigen hingegen andere Resultate. Der Mariel Boatlift blieb fast ohne Wirkung auf Lohnhöhe, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, sowohl von Weißen als auch Schwarzen und Andersfarbigen (Card 1990). Die einzige betroffene Gruppe waren die Kubaner. Allerdings erscheint der Lohnrückgang dieser Gruppe als Struktureffekt, denn die neuen Zuwanderer wurden geringer entlohnt und waren stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die bereits ansässigen Kubaner. Die Einwanderung von französischen Rückkehrern aus Algerien wurde von Hunt (1992) untersucht. In einer differenzierten Querschnittsanalyse für die Jahre 1962 und 1968 kommt sie zu dem Ergebnis, daß der Anstieg des Anteils von Algerien-Rückkehrern an den Erwerbspersonen um einen Prozentpunkt zu einem Absinken der durchschnittlichen Entlohnung in der betrachteten Region um 0,8% führte, und die Arbeitslosigkeit um 0,2% anstieg.

3.4 Makroökonomische Simulationen

Diese Ergebnisse zu den Lohneffekten im vorangehenden Abschnitt legen den Schluß nahe, daß die Anpassungsreaktionen von Arbeits- und Gütermärkten stark genug sind, um selbst schockartige Einwanderungswellen abzufedern. Es werden zwar leichte negative Wirkungen auf Löhne und Arbeitslosigkeit festgestellt, aber sie verändern das ursprüngliche Gleichgewicht nur wenig. Dieses Resultat kann mit drei Argumentationslinien begründet werden.

- Das erste Argument zielt auf den Allokationseffekt: Die Einwanderung führt zu einer verbesserten Allokation der Ressourcen, denn Einwanderer füllen Arbeitsplätze, die bisher nicht oder nicht ausreichend besetzt werden konnten. Sie akzeptieren geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Damit eröffnen sich bisher ungenutzte Produktionschancen, die negative Effekte auf Löhne und Arbeitslosigkeit abmildern.
- Das zweite Argument betont den Wachstumseffekt: Die Einwanderer stellen potentielle Nachfrager dar, die – soweit sie über Kaufkraft verfügen – zur Markterweiterung beitragen. Eigenes Vermögen, staatliche Unterstützung und positive Nachfrageerwartungen der Unternehmen führen dazu, daß diese Nachfragepotentiale auch tatsächlich ausgeschöpft werden können. Dies

gelingt um so eher, je stärker die Kapitalbildung auf die Veränderung der Wanderungen reagiert und je stärker der allokativer Effekt wirkt.

- Das dritte Argument schließlich zielt auf die Anpassung der Wanderungsströme und des Arbeitsangebots: Die starke Zuwanderung in eine Region kann bisherige Wanderungsströme ablenken oder zur Abwanderung von heimischen Arbeitskräften führen. Diese Anpassungen wirken kompensierend auf das Arbeitsangebot und vermindern daher den Druck auf Löhne und Arbeitslosigkeit.

Der Zusammenhang zwischen Migration und wirtschaftlichem Wachstum wurde von Barro und Sala-i-Martin (1991) für amerikanische und japanische Regionen untersucht. Regressionsschätzungen für die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen ergaben signifikant positive Einflüsse der Zuwanderung in eine Region. Für die Vereinigten Staaten wurde geschätzt, daß ein zusätzlicher Prozentpunkt bei der Nettoeinwanderungsquote mit einem um 0,1% höheren Wirtschaftswachstum verbunden war. Demgegenüber stellten aber Blanchard und Katz (1992) fest, daß umgekehrt die Wanderungen der wichtigste Anpassungsfaktor an Veränderungen des Beschäftigungsniveaus waren. Mit der Schätzung eines Gleichungssystems für Beschäftigung, Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit stellten sie fest, daß Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit nach einem Beschäftigungsschock wieder auf ihren Stand vor dem Schock zurückkehren, und die Beschäftigung sich vom abgesunkenen Niveau aus wieder auf ihrem bisherigen Wachstumspfad entwickelt. Dies kann nur durch Abwanderung von Arbeitskräften aus der Region erklärt werden. Der Widerspruch zwischen beiden Untersuchungen ist nach Aussage von Friedberg und Hunt (1995) nicht geklärt.

Für Deutschland liegen makroökonomische Simulationen vor, die modellgestützte Aussagen zu den Wachstums- und Beschäftigungseffekten von Wanderungen erlauben. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat die kurz- und mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungswirkungen untersucht (Barabas et al. 1992). Das Ifo Institut für Wirtschaftsforschung hat die langfristigen Wirkungen auf Deutschland und Bayern berechnet (Koll et al. 1993).

Auf Basis seines Konjunkturmodells berechnete das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung deutliche positive Effekte der Zuwanderung

(Tabelle 3.3): Die Zuwanderung von 1,5 Mio. Erwerbspersonen im Zeitraum 1988 bis 1991 führte im gleichen Zeitraum zu einem Beschäftigungsanstieg von +1,2 Mio. und zu einem Zuwachs des BSP von 4,9%. Der positive Beschäftigungseffekt hat nicht nur die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert, sondern zusätzlich 85.000 heimische Arbeitskräfte in Arbeit gebracht. Die Arbeitslosenquote wäre ohne Zuwanderung um 0,2 Prozentpunkte höher gelegen. Der positive Wachstums- und Beschäftigungseffekt entsteht im ersten Impuls durch 17,1 Mrd. DM staatlicher Transfers an die eingewanderte Bevölkerung, aber auch durch einen (unterstellten) 10%igen Lohnabschlag und eine Konsumquote von 100% bei Zuwanderern. Es wurde angenommen, daß die Zuwanderung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produktion von der Kostenseite her tendenziell gesteigert hat, was in einem geringeren Anstieg der Lohnstückkosten zum Ausdruck kommt. Im Ergebnis führt dies dazu, daß mit dem zusätzlichen Arbeitsangebot in der konjunkturell angespannten Phase von 1988 bis 1991 Exportchancen genutzt und Importe substituiert werden konnten.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das ifo Institut für Wirtschaftsforschung mit einer Modellsimulation für Westdeutschland für den Zeitraum von 1990 bis 2010 (Koll et al. 1993: 158 ff.). Das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum, das in drei unterschiedlichen Wanderungsszenarien zwischen 11 und 19% für den gesamten Zeitraum liegt, führt zu folgenden Wirkungen:

- Das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts liegt um 1,0 bis 1,3 Prozentpunkte höher, als im Szenario ohne Wanderungen.
- Die Erwerbstätigkeit nimmt um 13 bis 22% zu, während sie ohne Zuwanderung um 6% sinken würde.
- Die Arbeitslosenquote bleibt im Vergleich zur Basissimulation ohne Wanderungen unverändert.

Tab. 3.3

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Zuwanderung
1988 bis 1991

	1988	1989	1990	1991
		Annahmen		
Erwerbspersonenpotential der Zuwanderer, in 1.000	129	528	1.078	1.547
Erwerbstätige Zuwanderer, in 1 000	21	183	618	1.138
Transfereinkommen an Zuwanderer, in Mrd. DM	3	9,7	14,9	17,1
Studenproduktivität ¹⁾	0,1	0,3	0,4	0,5
		Wirkungen ²⁾		
Entstehung	22	186	645	1.218
Erwerbstätige, in 1.000				
Arbeitslosenquote in vH-Punkten	0,1	0,3	0,3	-0,2
Verwendung, real				
Privater Verbrauch	0,4	1,6	3,6	5,6
Staatsverbrauch	0	0,1	0,7	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	1,1	2,6	4,3
Ausrüstungen	0,5	1,9	4,4	6,6
Bauten	0,1	0,4	1,0	2,0
Lagerveränderungen, in Mrd. DM	0,8	3,6	8,4	10,6
Außenbeitrag, in Mrd. DM	-1,7	-4,5	-3,2	-1,8
Exporte	0	0,1	0,6	0,9
Importe	0,3	0,8	1,1	1,1
Bruttosozialprodukt	0,2	1,1	2,9	4,9
Preise, 1985=100				
Privater Verbrauch	0	-0,1	-0,2	-0,4
Bruttosozialprodukt	0	-0,1	-0,3	-0,4
Verteilung				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,1	0,8	2,4	4,2
Unternehmertätigkeit/Vermögen	0,6	2,3	5,1	8,4
Volkseinkommen	0,3	1,2	3,2	5,4
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,1	0,6	1,9	3,3
Unternehmertätigkeit/Vermögen	0,7	2,7	5,7	9,3
Staat, in Mrd. DM				
Einnahmen	1,4	8,8	26,1	50,8
Ausgaben	3,2	11,4	22,1	37,4
Finanzierungssaldo	-1,8	-2,6	4,0	13,4
Eigene Berechnungen, - ¹⁾ Abweichung von der beobachteten Entwicklung. - ²⁾ Abweichungen von der Lösung „keine Zuwanderung“ in vH.				

Quelle: Barabas et al. 1991.

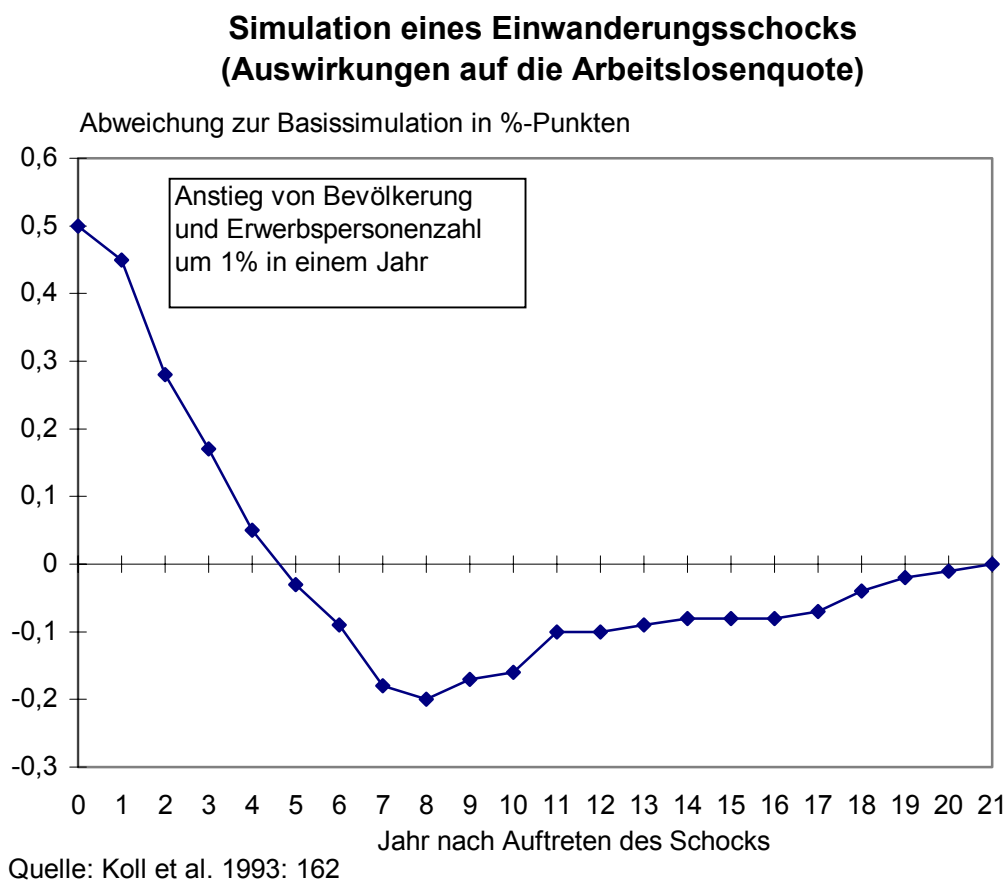
- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen nimmt real sowohl mit als auch ohne Zuwanderung jeweils um etwa ein Drittel zu.

- Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung liegt um 2 bis 3 Prozentpunkte niedriger.

Nach Aussage der Autoren wirft der zuwanderungsbedingte Anstieg der Bevölkerungszahl die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht, sondern führt sie im Zuge von Nachfrage- und Angebotsausweitung auf einen höheren Wachstumspfad, der auch die Beschäftigung der eingewanderten Bevölkerung sichert. Die Einwanderung gefährdet die Wohlfahrtsperspektive der inländischen Bevölkerung nicht, da die Pro-Kopf-Einkommen mit und ohne Wanderungen gleichermaßen steigen. Auch die Löhne werden nicht nachhaltig tangiert. Zwar wären ohne Zuwanderung – aufgrund der zunächst auftretenden Arbeitskräfteknappheit – höhere Lohnsteigerungen möglich. Dieser Vorteil geht den Arbeitnehmern aber im Zuge der Wachstumsabschwächung wieder verloren und kehrt sich langfristig sogar in einen schwächeren Lohnzuwachs um.

Auf die kürzere Frist ergeben sich hingegen Belastungen, die sich insbesondere in einer spürbaren Zunahme der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg des Staatsdefizits zeigen. Diese Belastungen treten in der Phase starker Zuwanderung auf. Die Simulation eines einmaligen Einwanderungsschocks (Zunahme der Bevölkerung und der Erwerbspersonen um einen Prozentpunkt) ergibt, daß die Arbeitslosigkeit in den ersten fünf Jahren nach dem Schock über dem Vergleichswert einer Simulation ohne Einwanderung liegt (Abbildung 3.3). Der zuwanderungsbedingte Anstieg um 0,5 Prozentpunkte im ersten Jahr verringert sich allerdings kontinuierlich und unterschreitet langfristig die Werte der Basis-simulation um bis zu 0,2 Prozentpunkte. Dies stimmt – wenn auch nicht in der gleichen Fristigkeit - mit den Berechnung des RWI überein.

Abb. 3.3



3.5 Fiskalische Wirkungen

Einwanderung wurde vielfach als Allheilmittel gegen den drohenden Beitragssatzanstieg in der Sozialversicherung diskutiert (Schmid; Chruszcz 1994). Der Geburtenrückgang und die Zunahme der Zahl älterer Menschen im Verhältnis zur ökonomisch aktiven Bevölkerung hat bewußt gemacht, welche gravierenden Konsequenzen der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Altersstruktur für das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik hat. In unterschiedlichen Modellrechnungen wurde übereinstimmend festgestellt, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung auf über 30% ansteigen müßte, wenn das Leistungsrecht aufrechterhalten bleiben soll (Grohmann 1984; Barth, Hain 1991; Langmantel, Vogler-Ludwig i.V.). Ein derartiger Anstieg der Belastungsquote für die Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung dürfte politisch hingegen kaum realisierbar sein. Die relative Verjüngung der Bevölkerung durch Zuwanderung kann phasenweise zu einer Entlastung

der Sozialabgabensätze führen. Nach Berechnungen von Koll et al. (1993) können dies zwischen 2 und 3 Prozentpunkten der Rentenversicherungsbeiträge sein. Zu ähnlichen Effekten kommen auch Loeffelholz, Köpp (1998). Allerdings ist das übereinstimmende Ergebnis einer Vielzahl von Modellrechnungen, daß Nettozuwanderung den Alterungsprozeß der Bevölkerung in Deutschland zwar mildern, aber bei weitem nicht aufhalten kann (Schmähl 1995: 6). Außerdem erwerben die Zuwanderer mit den Sozialversicherungsbeiträgen Anwartschaften an die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die erst zu späteren Zeitpunkten eingelöst werden. Zuwanderung erhöht damit die implizite Staatsschuld der Sozialversicherung und führt daher zu einer zeitlichen Verschiebung der Lasten, soweit die Zuwanderer die Leistungen der Sozialversicherung in gleicher Weise in Anspruch nehmen, wie die Inländer.

Die Wirkungen der Einwanderung auf die Altersstruktur sind nach Straubhaar (1997: 60) als gering einzuschätzen. Zwar erhöht die Einwanderung die Bevölkerungszahl, aber die Altersstruktur wird nur dann verjüngt, wenn die einwandernde Bevölkerung jung ist und am Beginn der Fertilitätsphase steht. Bei höherer Fertilität im Vergleich zu heimischen Bevölkerung werden die positiven Effekte verstärkt. Allerdings ist in der Regel damit zu rechnen, daß sich das Fertilitätsverhalten an die Verhältnisse im Zielland anpaßt. Damit bleiben die positiven Effekte nicht erhalten.

Schmähl (1995) hat in einem Diskussionspapier die Wirkungen der Zuwanderung auf das Sozialversicherungssystem, insbesondere die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung systematisiert. Auf der Einnahmenseite sind beide Zweige von der Erwerbsbeteiligung der Zuwanderer und ihrer Entlohnung abhängig. Entscheidend ist also die Integration in den Arbeitsmarkt und die Einkommensposition, die Zuwanderer im Zeitverlauf erreichen. Damit ist einerseits die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Effekten der Zuwanderung und ihren Wirkungen auf Lohnhöhe und -struktur gestellt. Andererseits wird die Entlohnung in starkem Maße durch die Qualifikation der Zuwanderer bestimmt, so daß auch Elemente des Arbeitsangebots in die Betrachtung einbezogen werden müssen.

Auf der Ausgabenseite treten unterschiedliche Faktoren für die GKV und GRV in den Vordergrund. Für die GKV ist von folgenden Abhängigkeiten auszugehen:

- Im Gesundheitswesen sind die Pro-Kopf-Ausgaben in starkem Maße altersabhängig. Unter der (begründeten) Annahme, daß die Zuwandernden im Durchschnitt jünger sind als die heimische Bevölkerung, ergeben sich für die Zuwandernden unterdurchschnittliche Gesundheitsausgaben. Die Leistungen der Krankenversicherung werden in der Regel nicht exportiert, so daß die Abwanderung älterer Arbeitnehmer eine Entlastung für die Krankenversicherung darstellen kann. Allerdings bleiben Rentner weiter versichert und erhalten Leistungen nach dem Leistungskatalog des Aufenthaltslandes (Schmähl 1995: 11).
- Da Familienmitglieder in der GKV beitragsfrei mitversichert sind, spielt die Familiengröße eine wichtige Rolle. Diese wiederum steht in Zusammenhang mit dem Alter der Migranten und ihrer Fertilität. Die sinkende Erwerbsbeteiligung der Ausländer und vor allem der jüngeren Einwanderungskohorten (Velling 1994), und die höhere Zahl beitragsfrei mitversicherter Kinder dürfte die Belastung für die GKV eher erhöhen.

Es fehlen allerdings statistische Angaben über die kohortenspezifische Veränderung der Ausgaben für Gesundheitsleistungen bei Zuwanderern. Außerdem wären zur Berechnung der zuwanderungsbedingten Gesundheitsausgaben Informationen über die Aufenthaltsdauer und den Altersabschnitt, in dem Zuwanderer sich in Deutschland aufhalten, erforderlich. Da die Wirkungsmechanismen teilweise entgegengesetzt sind, lassen sich die Effekte der Zuwanderung auf die GKV nur mit großen Unsicherheiten abschätzen. Dies gilt vor allem, wenn nicht nur zeitpunktbezogen gerechnet wird, sondern zeitraumbezogene Daten für die künftige Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben erstellt werden sollen.

In der GRV ist vor allem zu berücksichtigen, daß die im Durchschnitt niedrigeren Entgelte von Ausländern bzw. Immigranten im Vergleich zu Deutschen die Rentenansprüche beeinflussen:

- Das Durchschnittsentgelt als Basis der Rentenberechnung und ihrer Fortschreibung sinkt ab als Folge eines steigenden Anteils von Zuwanderern an den Versicherten. Damit wirkt sich dieser Effekt negativ auf die Durchschnittsrenten aus. Die Relation zwischen Renten und Durchschnittsentgelt wird allenfalls vorübergehend reduziert.
- Soweit die individuellen Entgelte der Versicherten von der Einwanderung nicht negativ berührt werden, steigt - ceteris paribus - der zukünftige indivi-

duelle Rentenanspruch, der von der Relation zwischen individuellem und durchschnittlichem Bruttoarbeitsentgelt abhängt.

- Darüber hinaus ist die Zuwanderungsperiode für die Rentenansprüche bedeutsam. Unverfallbare Rentenansprüche entstehen nach fünf Versicherungsjahren. Der individuelle Einkommensverlauf während des Aufenthalts in Deutschland bestimmt die Rentenansprüche.
- Die Leistungen sind exportierbar. Allerdings machen nur vergleichsweise wenige Rückkehrer in die Heimatländer Rentenansprüche geltend (vgl. unten).

Auch für die Abschätzung der Auswirkungen von Einwanderung auf die GRV wären Gesamtbioographien von „Wanderarbeitnehmern“ erforderlich, aus denen sich Versicherungszeiten und Einkommen ablesen lassen.

Schmähl (1995: 26) zieht aus seiner Analyse das Fazit, daß verstärkte Zuwanderung den Beitragsbedarf mindern kann. Dies hänge allerdings entscheidend von der Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes ab.

Eine umfassende Bilanz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben im Zuge der Einwanderung von 1988 bis 1995 liefern Loeffelholz; Köpp (1998: 83 ff.). Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind in Tabelle 3.4 wiedergegeben. Diese Zuwanderungswelle brachte 5,4 Mio. Menschen in die Bundesrepublik, von denen etwa die Hälfte (2,7 Mio.) als Erwerbspersonen zu zählen waren. Rund zwei Drittel der Erwerbspersonen fanden in diesem Zeitraum eine Beschäftigung (1,9 Mio.). Für diese Personen leistete der Staat insgesamt 20 Mrd. DM an Transferleistungen (Eingliederungshilfen, Arbeitslosenunterstützung, Renten, Kinder- und Wohngeld sowie anteiligen Staatsverbrauch). Aus der Erwerbstätigkeit bezog er gleichzeitig 35 Mrd. DM an Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen. Dies ergibt einen „Überschuß“ der Einnahmen über

Tab. 3.4

**Einnahmen und Ausgaben des Staates durch deutsche und
ausländische Zuwanderung**
1995; in Mrd. DM

Mehreinnahmen	Deutsche	Ausländer	Mehrausgaben	Deutsche	Ausländer
Steuern	10	5	Transfers	10,5	6,5
direkte Steuern	5	2,5	Eingliederungs- hilfen für Auslän- der	1	-
indirekte Steuern	5	2,5	Arbeitslosigkeit von Aussiedlern	2	-
Sozialbeiträge	15	5	Leistungen an Aussiedler (ohne Asylbewerber)	-	1
Rentenversiche- rung	7	3	... an Asylbewer- ber	-	5,5
Krankenversiche- rung (einschl. Pflegeversiche- rung)	5	1,5	Renten an Aus- siedler	7	-
Arbeitslosenversi- cherung	3	0,5	Kinder- und Wohngeld	0,5	0,1
			Staatsverbrauch	2	1
Insgesamt	25	10	Insgesamt	12,5	7,5

Quelle: Loeffelholz; Köpp 1998: 93.

die Ausgaben von 15 Mrd. DM.. Allerdings bleibt festzuhalten, daß die ausländischen Arbeitnehmer zwar entsprechend ihrem Arbeitnehmeranteil in die Rentenversicherung einbezahlen, aber bisher deutlich weniger aus der Rentenkasse beziehen.¹ Die ausländische Bevölkerung nimmt per Saldo staatliche Leistungen eher weniger in Anspruch als die deutsche (Loeffelholz; Köpp 1998: 100). Entsprechende Erfahrungen liegen auch aus den USA, Kanada, Großbritannien, Israel und Australien vor (Simon 1989). Geringere Leistungen werden insbesondere vom Bildungssystem bezogen. Die entsprechenden „Einsparungen“ belaufen sich auf 2,5 Mrd. DM pro Jahr (Rheinisch Westfälische Institut für

¹ Berechnungen für 1989 zeigen, daß die Ausländer in diesem Jahr 12,8 Mrd. DM an Beiträgen in die Rentenversicherung einbezahlt haben, aber nur 3,7 Mrd. an Rentenleistungen erhielten. Auf Grund der früheren, kurzen Versicherungszeiten fallen die Rentenleistungen sehr gering aus. Außerdem erhielten 1991 nach Angaben des VDR nur 6% der Emigranten aus Deutschland Rentenleistungen in ihren Heimatländern (Rehfeld 1991).

Wirtschaftsforschung, Institut für Politikwissenschaften an der Universität Münster 1996). Außerdem bringt die Zuwanderung ausgebildete Arbeitskräfte ins Land, für die keine oder nur noch geringe Ausbildungskosten mehr anfallen.

4 Auswirkungen der Emigration auf die Herkunftsländer

Nachdem die Auswirkungen der Migration auf die Zielländer skizziert wurden, stehen bei den folgenden Überlegungen die Herkunftsländer im Mittelpunkt der Betrachtung. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine Emigration in nennenswerter Größenordnung

- Wachstumschancen für die Herkunftsländer eröffnet, die kurzfristig auf einer Entlastung ihrer Arbeitsmärkte und einem positiven Einkommenstransfer und langfristig auf einem Import von Humankapital im Falle von Rückwanderungen beruhen, eröffnet oder inwieweit
- die Abwanderung jüngerer, flexibler und gut ausgebildeter Arbeitskräfte eine Entwicklungsbarriere darstellt.

In der Literatur sind nur wenig Hinweise auf die Rückwirkungen der Ost-West Migration auf die Herkunftsländer zu finden. Es müssen daher im folgenden Rückschlüsse aus theoretischen Ansätzen und Erfahrungen anderer Länder herangezogen werden.

4.1 Allgemeine Überlegungen

Im ersten Kapitel wurde ein Abriß der Migrationstheorie präsentiert. Das dort diskutierte theoretische Gerüst liefert Anhaltspunkte für die Analyse der Auswirkungen der Emigration auf die MOE-Länder. Dem Ansatz von Layard et al. folgend gewinnt der Westen von der Ost-West Migration, während der Osten Wohlfahrtsverluste hinnehmen muß (Layard et al. 1992: 35).¹ Insgesamt ist der Wohlfahrtsverlust des Ostens niedriger als der Wohlfahrtsgewinn des Westens - die „Welt“ profitiert von der Mobilität der Arbeitskräfte (vgl. Kap. 1).

Die Emigration führt zu steigenden Löhnen im Ursprungsland, da sich der Faktor Arbeit relativ verknappt. Im Zielland hingegen verursacht die Migration einen

¹ Die Löhne im Osten steigen annahmegemäß infolge des niedrigeren Arbeitsangebots - dadurch gewinnen die Lohneinkommensbezieher und verlieren die Kapitaleinkommensbezieher - im Saldo gibt es einen Wohlfahrtsverlust.

Druck auf die Löhne. Der Lohnabstand verringert sich somit der Tendenz nach. Damit nimmt der Migrationswunsch in der Herkunftsregion ab.

Ein neues Gleichgewicht mit einem höheren Output für die Weltökonomie muß sich allerdings nicht einstellen. Steigen die Löhne im Osten, verbessert sich zwar momentan die Position der Lohninkommensbezieher, im Gegenzug verschlechtert sich aber die Position der Kapitaleinkommensbezieher im Osten. Eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens besteht darin, daß aufgrund der sinkenden Kapitalrendite im Osten, weniger Kapitalströme in den Osten fließen (Layard et al. 1992). Wenn allerdings durch die Auswanderung wirtschaftliches Wachstum weiter gebremst wird, so steigen die Löhne nicht, im Gegenteil sie fallen.

Die Emigration kann regionale Ungleichgewichte innerhalb des Herkunftslandes verstärken. Durch die Abwanderung können regionale Agglomerationsvorteile wie die Bildung von regionalen Arbeitsmärkten für spezialisierte Arbeitskräfte und die lokale Nachfrage verringert werden (Weise et al. 1997). Ähnliche Argumente über negative Externalitäten der Emigration lassen sich auch bei anderen Autoren finden. Economies of Scale können in Abhängigkeit der Größe der Gesamtwirtschaft wirksam werden (Simon 1989; Layard et al. 1992). Solche Effekte bestehen z.B. darin, daß bei der Bedienung größerer Produktmärkte effizientere Technologien eingesetzt werden können. Zudem kann bei einem größeren Bevölkerungsvolumen Infrastruktur effizienter genutzt werden (z.B. das Bildungssystem).¹ Die Abwanderung aus den MOE-Ländern dürfte nicht ein derartig großes Volumen erreichen, daß Skaleneffekte für die Gesamtwirtschaft verloren gehen. Eine Verstärkung der Abwanderungstendenzen aus strukturschwachen Räumen und die Ausdünnung mancher Regionen an Humanressourcen und anderen Produktionsfaktoren, ist durch eine vollkommene Grenzöffnung durchaus wahrscheinlich.

Die Erfahrungen der europäischen Integration zeigen, daß es langfristig sowohl zu Konvergenztendenzen zwischen den Ursprungsregionen und den Zielregionen der Migration (siehe z.B. Portugal - Rest der EU, Irland - Rest der EU) als

¹ Es gibt nicht nur eine umfangreiche betriebs- und volkswirtschaftliche Literatur zu Economies of Scale-Effekten sondern auch die Regionalökonomie widmet sich diesem Thema zu. Siehe z.B. Theorie zur optimalen Ballungsgröße von Agglomerationsräumen.

auch zu einer Verstärkung der Entwicklungsunterschiede (z.B. Mezzogiorno - Rest der EU) kommen kann.

Die Effekte der Emigration sind bei weitem vielschichtiger als in obigen vereinfachten modellhaften Überlegungen zum Ausdruck kommt. Die ökonomische Theorie hat sich seit den 60er Jahren verstärkt mit den Auswirkungen der Abwanderung von Humankapital beschäftigt. Die Humankapitalflucht hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Emigrationsländer, sondern auch fiskalische Folgen. Der Abwanderung von Arbeitskräften und Humankapital steht jedoch der Rückfluß von Ersparnissen in die Herkunftsländer gegenüber. Der Saldo aus positiven und negativen Externalitäten der Wanderung ist a priori nicht eindeutig.

4.2 Finanztransfers

Die Emigranten exportieren ihre Arbeitskraft und v.a. ihr Humankapital, zugleich transferieren sie Teile ihres im Ausland verdienten Einkommens in ihre Ursprungsländer. Häufig mag die Aussicht auf Rücküberweisungen die Emigration ausgelöst haben.

In der Literatur werden insbesondere folgende Motive für Rücküberweisungen in die Heimatländer genannt. In einem Familienmodell investiert die Familie in die Ausbildung eines Mitglieds und übernimmt die Kosten, die mit der Auswanderung dieses Mitglieds anfallen, erwartet aber im Gegenzug, daß das auswandernde Familienmitglied ein Teil seines Einkommens der Familie überweist (Stark 1991; Docquier; Rapoport 1998). Zudem können auch ohne entsprechende Investitionen der Familie für die Emigranten Anreize bestehen, einen Teil des Einkommens zu sparen und in ihre Heimatländer zu überweisen. Kulturelle und religiöse Faktoren können eine altruistische Verhaltensweise erklären.

Ein zusätzlicher Anreiz besteht im unterschiedlichen Niveau der Lebenshaltungskosten zwischen dem Herkunfts- und dem Zielland. So besitzt bei den gegenwärtig herrschenden Wechselkursen ein Euro eine weit größere Kaufkraft in Polen als in Deutschland, der Anreiz, die in Deutschland oder Österreich verdienten Euros in Polen statt in Deutschland oder Österreich auszugeben,

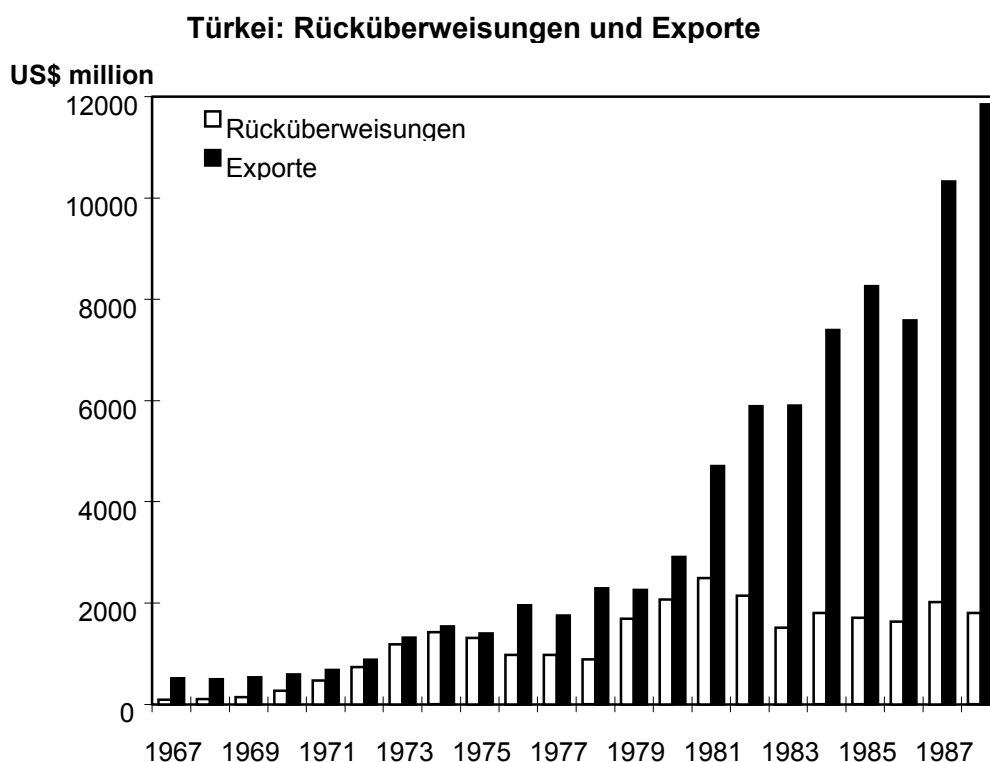
dürfte also hoch sein. Am höchsten ist der Einkommenstransfer bei Grenzpendlern. Diese belassen bewußt ihren Wohnort im Herkunftsland und optimieren ihren Nutzen aus dem in Deutschland und Österreich erzielten Einkommen. Der Anreiz, einen Teil des Einkommens zu sparen mit dem Ziel, es zu einem späteren Zeitpunkt in den Herkunftsländern auszugeben oder zu investieren, besteht auch bei anderen Migrantengruppen. Galor und Stark zeigen, daß jene Migranten am meisten sparen, die damit rechnen, in ihre Ursprungsländer zurückzuwandern (Galor; Stark, 1990). Der Lebenszyklus-Hypothese folgend können sie so ihren Konsum optimieren, solange das Preisniveau in den Herkunftsländern niedriger ist. Somit kann davon ausgegangen werden, daß der Umfang der Rücküberweisungen mit der Länge der geplanten und der tatsächlichen Aufenthaltsdauer sinkt. Zudem beeinflußt die Familienstruktur der Migranten die Höhe der Rücküberweisungen.

Empirische Untersuchungen über den Umfang von Rücküberweisungen stehen vor dem Problem, daß nicht alle Transfers in der Zahlungsbilanz festgehalten werden. Auf der Grundlage von Daten des IMF zeigt sich, daß Ende der 80er Jahre weltweit das größte Volumen an Finanztransfers von Migranten innerhalb von Westeuropa floß. Anfang der 90er Jahre zählten Deutschland, die Schweiz und Frankreich, gefolgt von den USA zu den wichtigsten Ländern, aus denen Rücküberweisungen getätigt wurden. In Europa sind darüberhinaus noch Schweden, die Niederlande und Norwegen zu nennen. Unter den 25 wichtigsten Empfängerländer befanden sich Jugoslawien (weltweit an erster Stelle), Portugal, Türkei, Italien, Spanien und Griechenland (Lucas 1994: 211).

Die Auswirkungen der Rücküberweisungen für die Herkunftsländer sind zum Teil beachtlich. Sie stellen eine wichtige Deviseneinnahmequelle und einen Kapitalimport dar. Die Bedeutung von Finanztransfers von Emigranten wird im Fall des früheren Jugoslawien besonders sichtbar - dort stellten sie Ende der 80er Jahre vom Volumen her fast die Hälfte der Exporterlöse dar (Lucas 1994: 210). Einen ähnlichen Effekt hatten Rücküberweisungen in die Türkei. Dort spielten die Rücküberweisungen von Gastarbeitern v.a. in den 70er Jahren eine große Rolle für die türkische Leistungsbilanz. Ihr Umfang entsprach 50 bis 90% des Volumens der Exporterlöse (Abbildung 4.1). Erst in den 80er Jahren entwickelten sich die Exporte sehr dynamisch, so daß die relative Bedeutung der Rück-

überweisung im Vergleich zu den Exporten in den 80er Jahren erheblich gesunken ist.

Abb. 4.1



Quelle: Martin 1991.

Ein Vergleich mit dem Handelsbilanzdefizit der Türkei zeigt allerdings, daß die Rücküberweisungen trotz gestiegenen Handelsvolumens von Bedeutung geblieben sind. Ihr Volumen schwankte in den 80er Jahren zwischen 50 und 100%. So konnte 1988 das Handelsbilanzdefizit durch die Rücküberweisungen gedeckt werden.

Die Rücküberweisungen von griechischen und portugiesischen Migranten aus Deutschland in die Herkunftsländer betrug 1996 im Durchschnitt DM 2.300 pro in Deutschland lebenden Griechen oder Portugiesen. Die Spanier überwiesen über DM 3.000 (Deutsche Bundesbank 1998; SOPEMI 1998). Es wird also pro Jahr in etwa ein Monatslohn überwiesen. Bei der Interpretation dieser Zahl muß allerdings berücksichtigt werden, daß nicht alle in Deutschland lebenden Griechen, Spanier und Portugiesen erwerbstätig sind. Der Familiennachzug oder die

Familiengründung senkt den Umfang der Rücküberweisungen pro Kopf. Einige der Südeuropäer leben schon sehr lange in Deutschland - häufig handelt es sich bei den ausländischen Erwerbstätigen bereits um die zweite Generation. Der Anreiz, einen Teil des Einkommens in die Ursprungsländer (der Eltern) zu überweisen, dürfte für die zweite Ausländergeneration bereits erheblich niedriger sein als für die erste Generation. Anfang der 70er Jahre lag der Anteil des jährlich in die Heimatländer transferierten Einkommens schätzungsweise noch bei 30 bis 45% (Dustmann 1991: 2).

Das IAB hat den Umfang der Rücküberweisungen von mittel- und osteuropäischen Werkvertragsarbeitnehmern geschätzt. Die Rücküberweisungen mittel- und osteuropäischer Werkvertragsarbeitnehmer, die definitionsgemäß nur für eine befristete Dauer in Deutschland tätig sind, sind folglich weit höher als die der südeuropäischen Bevölkerung (Tabelle 4.1). Nach Berechnungen des IAB betragen die Einkommenstransfers von Werkvertragsarbeitnehmern aus Polen 1996 rund DM 750 Mio., aus Tschechien DM 118 Mio., aus Ungarn DM 113 Mio. 1996 waren im Jahresdurchschnitt 24.400 polnische, 9.000 ungarische und 2.000 tschechische Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland beschäftigt (Lederer 1997: 253). Im Monat lag somit der Einkommenstransfer eines polnischen Werkvertragsarbeitnehmers in sein Herkunftsland bei rund DM 2.500. Auf ein Jahr hochgerechnet würden die Überweisungen theoretisch über DM 30.000 betragen.

Tab. 4.1

**Geschätzter Einkommenstransfer von Werkvertragsarbeitnehmern
in ihre Herkunftsländer in DM 1.000**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Polen	503.583	880.457	585702	504957	690.884	748.665
Tschechien			208.289	122.639	134.173	117.595
Ungarn	124.330	172.552	173.770	115.140	116.262	112.583

(*) Bestand im Jahresdurchschnitt

Quelle: Hönekopp 1997a: 20.

Zwischen 1991-1996 flossen allein durch Transfers der Werkvertragsarbeitnehmer fast DM 4 Mrd. nach Polen zurück. Nach Ungarn waren es zwischen 1991 und 1996 DM 800 Mio und nach Tschechien (1993-1996) ca. DM 600 Mio. Während 1996 der Rückfluß durch polnische Werksauftragnehmer DM 750 Mio. betrug, lag der Exportumfang in Polen in diesem Jahr bei 24,4 Milliarden USD bzw. DM 36,6 Mrd. (EBRD 1998). Das Volumen des Einkommenstransfers entsprach damit in etwa 2% der Exporte, 6% des Handelsbilanzdefizits und 63% des Leistungsbilanzdefizits. Der Nettofluß an ausländischen Direktinvestitionen nach Polen betrug 1996 2,8 Mrd. USD (EBRD 1998). Das Volumen der Rücküberweisung der Werkvertragsarbeitnehmer betrug in diesem Jahr in etwa 18% der ausländischen Direktinvestitionen nach Polen. Noch anschaulicher wird die relative Bedeutung dieser Einkommenstransfers im Vergleich mit deutschen Direktinvestitionen in Polen. Im Jahr 1995 flossen in etwa DM 800 Mio. an deutschen Direktinvestitionen nach Polen, der geschätzte Umfang an Einkommenstransfers von Werkarbeitnehmern betrug DM 700 Mio. in diesem Jahr (Hönekopp 1997a).

Die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer bewegte sich bisher auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Umfang der Rücküberweisungen wird sich im Falle der vollständigen Freizügigkeit stark erhöhen. Insbesondere Pendler und temporäre Migranten werden große Teile ihres in Deutschland oder Österreichs verdienten Einkommens in ihre Herkunftsländer transferieren. Da zumindest die erste Phase der wirtschaftlichen Integration in den MOE-Ländern durch Importlastigkeit gekennzeichnet ist, könnten die privaten Finanztransfers durchaus zur Stabilisierung der Leistungsbilanz erheblich beitragen. Die relative Bedeutung von privaten Einkommenstransfers dürfte allerdings mit fortschreitender wirtschaftli-

cher Integration der MOE-Länder abnehmen, da mit einer bedeutenden Zunahme des Handelsvolumens zu rechnen ist.

Inwieweit Einkommenstransfers einen dauerhaften Kapitalimport für die Herkunftsländer darstellen, hängt von der Verwendung der Mittel ab. Die jüngeren Rückkehrer bauen sich häufig mit ihren Ersparnissen eine neue Existenz auf. Gemäß Schätzungen über die Verwendung des in Deutschland verdienten Einkommens durch Werkvertragsarbeitnehmer wird ein Drittel für Konsumgüter ausgegeben, ein nächstes Drittel fließt in den Erwerb von Grund, Eigenheime, Wohnungen und in Renovierungsarbeiten und in etwa 20% wird als Investition für Existenzgründungen vorgesehen. Sowohl Investitionen, als auch konsumptive Ausgaben werden zum Teil durch Importgüter gedeckt.

4.3 Humankapital

Es läßt sich weltweit beobachten, daß die Neigung auszuwandern mit dem Bildungsniveau steigt. Dies führt zu einer Abwanderung von Humankapital. Damit wird die wirtschaftliche Entwicklung behindert, die betroffenen Länder verarmen. Die internationale Migrationstheorie hat daher - insbesondere in den 60er und 70er Jahren - auf die Gefahr des Brain-Drains aufmerksam gemacht. Dies hat Bhagwati dazu geführt eine Brain-Drain-Tax zu fordern, die die Zielländer der Migration an die Ursprungsländer zu zahlen hätten.

Die Abwanderung von Humankapital ist mit einer Reihe von negativen Externalitäten verbunden. So kann die Qualität bestimmter Dienstleistungen z.B. im medizinischem Bereich oder Bildungssektor unter der Humankapitalflucht leiden (Lucas 1994). Ein weiterer Effekt hängt mit den Externalitäten qualifizierter Tätigkeiten bzw. qualifizierter Arbeitskräfte für die Produktivität der weniger qualifizierten Arbeitskräfte zusammen. Geht man von Komplementarität zwischen qualifizierten und nicht-qualifizierten Arbeitskräften aus, so sinkt die Produktivität der nicht-qualifizierten Arbeitskräfte, wenn die qualifizierten Arbeitskräfte auswandern. In der Folge sinken die Löhne für die weniger qualifizierten verbleibenden Arbeitskräfte. Dieser Effekt käme allerdings dann nicht zum Tragen, wenn die Produktionsweisen auf arbeitsintensivere Produktion umgestellt würden bzw. wenn von vornherein substitutive Beziehungen zwischen qualifi-

zierten und weniger qualifizierten Tätigkeiten bestehen. Zudem ist zu vermuten, daß unter den Hochqualifizierten zunächst die „Besten“ auswandern und auch unter diesem Gesichtspunkt die Abwanderung mit negativen Externalitäten verbunden ist.

Die empirischen Untersuchungen zur Humankapitalflucht beziehen sich in der Regel auf Entwicklungsländer (siehe z.B. Appleyard 1989; Körner 1999). Der Anreiz für Hochqualifizierte, aus Entwicklungsländern auszuwandern mag allerdings größer sein als im Fall der MOE-Länder der ersten Beitrittsrunde. Pull-Faktoren spielen zwar auch in den von uns betrachteten Ländergruppen eine große Rolle, die spezifischen Push-Faktoren, die in der Literatur genannt werden (geringe Berufschancen im Entsendeland, schlechte Wirtschaftslage, politische Instabilität und Repressionen), dürften im Vergleich zur Situation in Entwicklungsländern weniger stark sein.

Hinweise auf die Gefahr eines Brain-Drains aus MOE-Ländern finden sich in der Literatur, außer für Rußland, hauptsächlich für Rumänien und Bulgarien. Eine massive Auswanderung von Wissenschaftlern hat in Bulgarien stattgefunden. So hat sich zu Beginn der Transformation die Zahl der Wissenschaftler in Bulgarien innerhalb von drei Jahren - hauptsächlich aufgrund von Emigration - halbiert (de Tinguy; de Wenden 1993).

Es wird in der Literatur z.T. darauf aufmerksam gemacht, daß eine Abwanderung von Humankapital keinen Nachteil für die wirtschaftliche Entwicklung darstellen muß. Dies ist der Fall, wenn ein Überangebot an hochqualifizierten Arbeitskräften besteht, die Volkswirtschaft also mehr Humankapital bildet als sie absorbieren kann. Im Falle der MOE-Staaten wird diese These z.B. von de Tinguy und de Wenden (1993) und von Lucas (1994) in die Diskussion eingebracht. Es ist allerdings fraglich, ob es im Zuge der Emigration nur zum Abbau des Überangebots kommt. Ein solcher Angebotsüberhang wird für Länder wie Rumänien, Bulgarien oder Rußland vermutet, und gerade aus diesen Ländern scheint sich ein Teufelskreis aus Abwanderung von Humankapital und schwacher wirtschaftlicher Entwicklung zu formieren. Zusammen mit der geringen wirtschaftlichen Dynamik gerade im High-Tech-Bereich und dem niedrigen Lebensstandard sind diese Länder wenig attraktiv - weder für Direktinvestitionen noch für hochqualifizierte Beschäftigte (Garson; Redor; Lemaître 1997: 309).

Ein Überangebot an Hochqualifizierten in den MOE-Ländern, die für die erste Runde der EU-Osterweiterung in Betracht kommen, kann a priori nicht festgestellt werden. So ist beispielsweise die Arbeitslosenquote unter den Hochqualifizierten in Polen niedrig. Im Zuge weiterer Umstrukturierungsprozesse mag sich noch ein Angebotsüberhang bei einzelnen Qualifikationsgruppen offenbaren, insgesamt wird jedoch gerade der hohe Humankapitalstock in der Regel als eine hervorragende Voraussetzung für das wirtschaftliche „Catching-up“ der MOE-Beitrittskandidaten angesehen.

So wird die Ausstattung der MOE-Beitrittskandidaten mit Humankapital allgemein als bedeutender langfristiger Wachstumsfaktor angesehen (siehe z.B. Vincentz et al.; Pöschl 1999a). Es stellt sich folglich die Frage, inwieweit die Abwanderung von qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften doch die wirtschaftliche Entwicklung bremsen könnte.

Grundlegend neue Ansätze in der Migrationstheorie wurden Anfang der 90er Jahre entwickelt. Sie zeigen im wesentlichen auf, daß unter bestimmten Voraussetzungen eine Abwanderung von Humankapital langfristig den Auswanderungsländern ökonomische Vorteile bringen kann.

Stark, Helmenstein und Prskawetz erklären modellhaft, wie die Erwartung über eine höhere Rendite von Humankapitalinvestitionen durch eine mögliche Immigration dazu führen, daß die Individuen mehr in Humankapital investieren. So führt bereits allein die Option zur Immigration zu einer höheren Humankapitalbildung. Da ein erheblicher Teil der Personen, die in Humankapital investiert haben, nicht auswandern werden, profitiert das Herkunftsland indirekt von offenen Grenzen (Stark; Helmenstein; Prskawetz 1998). Die theoretischen Berechnungen führen zu dem Ergebnis, daß der Anteil jener, die im Herkunftsland in Humankapital investieren, in einem Modell mit offenen Grenzen höher ist als in einem Modell, in dem Migration nicht zugelassen wird (Stark; Helmenstein; Prskawetz 1998 und Stark; Chau 1998).

Diese Überlegungen lassen sich durchaus auf Osteuropa übertragen. Ein Trend zur Höherqualifizierung läßt sich seit der Transformation beobachten. Vor allem aber mag die mögliche Aussicht zu emigrieren dazu führen, daß gerade jene Qualifikationen zusätzlich erworben werden, die auf den Arbeitsmärk-

ten der Zielländer vorausgesetzt bzw. nachgefragt werden. Dementsprechend löst die Perspektive zur Emigration verstärkte Anstrengungen aus, in die Aneignung entsprechender Kenntnissen zu investieren. Die Anpassung der Qualifikationen an den Erfordernissen moderner und technologisch hochentwickelter Marktwirtschaften durch das verstärkte Bemühen von Individuen mag gerade vor den Problemen des Ausbildungssystems in vielen Reformländern (veralterte Lerninhalte, geringe Praxiserfahrung etc.) für die betroffenen Ursprungsländer wertvoll sein.

Vidal (1998) untersucht unter der Annahme, daß Emigration zu verstärkter Humankapitalbildung im Herkunftsland führt, ob es langfristig zu Konvergenz zwischen dem Ursprungsland und dem Zielland der Migration kommt. Er zieht dabei die moderne Wachstumstheorie heran und kommt zu dem Ergebnis, daß sich theoretisch langfristig Konvergenz einstellt.

Dustmann (1991) zeigt in einem theoretischen Modell auf, daß Aufenthaltsdauer und Humankapitalbildung miteinander korreliert sind. Je länger die beabsichtigte Verweildauer im Zielland der Migration ist, desto mehr Humankapitalinvestitionen werden getätigt, da so das Lebenseinkommen optimiert werden kann. Die Absicht, in das Herkunftsland noch während der Erwerbsphase zurückzukehren, mag jedoch ebenfalls einen Anreiz darstellen, während des Aufenthalts in Humankapital zu investieren.

Die Rückwanderung bzw. die temporäre Migration von Hochqualifizierten stellt für die Herkunftsländer einen Gewinn dar. Remigranten haben in der Regel durch ihren Auslandsaufenthalt ihr Humankapital weiter aufgestockt. Es kann beobachtet werden, daß Wissenschaftler, die die Absicht haben, zurückzuwandern, Netzwerke aufbauen (de Tinguy; de Wenden 1993). Diese Art der Mobilität erhöht die Dynamik in der wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunftsländer. Befristete Aufenthalte von Wissenschaftlern aus MOE-Ländern in west- und nordeuropäischen Ländern werden häufig über Forschungsstipendien und entsprechende Partnerschaftsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Forschungsinstituten ermöglicht.

Aufbauend auf einem Modell mit asymmetrischen Informationen (siehe Kap. 1.3) untersuchen Stark und Chau u.a. die Wahrscheinlichkeit der Rückwanderung

von Arbeitskräften in Abhängigkeit ihrer Qualifikationsstruktur. Die Überlegungen beruhen auf der Annahme, daß die Arbeitgeber im Zielland nur über unvollkommene Informationen einer Migrantengruppe verfügen. Dies drückt sich in geringen Lohndifferenzen zwischen den Migranten - trotz Unterschiede in der Humankapitalausstattung - aus. Folglich werden niedrigqualifizierte Arbeitskräfte relativ hoch entlohnt, während der Lohn für qualifizierte Arbeitskräfte relativ niedrig ist. Im Laufe der Zeit und mit wachsendem Bestand an einer Immigrantengruppe (z.B. Polen) gewinnen die Arbeitgeber mehr Informationen. Sie erkennen, daß bestimmte Immigranten weit qualifizierter und produktiver sind als in ihren Löhnen zum Ausdruck kommt und die Nachfrage nach ihnen steigt, während die Nachfrage an weniger qualifizierten Arbeitskräften dieser Migrantengruppe sinkt. Damit ist in der Folgezeit der Anreiz für höher qualifizierte Arbeitskräfte in dieses Zielland (z.B. Deutschland) auszuwandern höher als für wenig qualifizierte. Zugleich vermindert sich der Anreiz der Arbeitskräfte mit einem sehr hohen Qualifikationsniveau auszuwandern, da ihre relative Einkommensposition im Zielland aufgrund der geringeren Lohnspreizung nicht so gut ist wie für andere Qualifikationsgruppen. Stark und Chau schließen daraus, daß auch der Anreiz zu Rückwanderung für Arbeitskräfte sowohl an der untersten Stufe als auch an der obersten Stufe der Qualifikationsleiter am größten sein dürfte.

Die Rückwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ist umso wahrscheinlicher, je mehr international operierende Unternehmen mit vergleichsweise guten Gehältern und Karriereperspektiven Standorte in den MOE-Ländern aufbauen (Garson; Redor; Lemaître 1997: 320). Eine empirische Untersuchung über die Entsendung von Fach- und Führungskräften im Rahmen von ausländischen Direktinvestitionen nach Polen (Hillmann; Rudolph 1996: 19) zeigt, daß ein Drittel von ihnen polnischen Ursprungs sind. Es handelt sich hierbei um polnische Auswanderer der 70er und 80er Jahre bzw. um deren Kinder.

Mit steigendem Integrationsgrad der nationalen Wirtschaften in der europäischen Union reduziert sich zwar das Migrationsvolumen, die Migration von Hochqualifizierten erhöht sich jedoch (siehe z.B. Marsden 1994 und Wolter; Straubhaar 1997). Mit steigenden Direktinvestitionen nimmt auch der Anteil von ausländischen Hochqualifizierten zu. Zudem können einzelne Städte - wie das Beispiel Prag zeigt - zu international begehrten Wirtschafts- und Kulturzentren mutieren.

4.4 Fiskalische Aspekte

Negative Externalitäten, die durch die Emigration für das Herkunftsland entstehen, liegen in einem Verlust an Steuern und Sozialversicherungsabgaben. Entsprechende Entlastungen auf der Ausgabenseite sind nur in einem geringen Umfang zu erwarten, da zunächst gesunde, junge Personen auswandern. Eine kurzfristige Entlastung der öffentlichen Kassen ist allerdings dann möglich, wenn die Emigration dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit im Herkunftsland zu senken. Mittel- und langfristig kann auch der Familiennachzug zu einer gewissen Entlastung der öffentlichen Kassen beitragen (Schulbildung). Die Emigranten zählen allerdings selten zu den Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt. Der Verlust an Steuer- und Sozialversicherungsabgaben steigt mit dem Anteil an qualifizierten Arbeitskräften unter den Migranten, da ihr Lohn in den Herkunftsländern überdurchschnittlich hoch wäre und sie somit überdurchschnittlich zu den öffentlichen Finanzen beitragen würden. Ein zusätzlicher Verlust für die Herkunftsländer im Falle der Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte besteht in dem investierten Humankapital (Bildungs- und Ausbildungsausgaben).

Den negativen externen Effekten, die durch die Emigration verursacht werden, müssen die Gewinne aus Finanztransfer und Humankapitalreimport gegenübergestellt werden. Entsprechende Berechnungen lassen sich in der internationalen Migrationsliteratur finden. Goldfarb und andere wägen unterschiedliche Effekte der Auswanderung philippinischer Physiker nach Amerika gegeneinander ab (Simon 1989: 272). Ausgangspunkt ihrer Überlegung ist der Unterschied im Lebenseinkommen von Physikern auf den Philippinen und in den Vereinigten Staaten. Es werden Annahmen über den Anteil des Einkommens, den die philippinischen Physiker in den USA verdienen, über den Einkommensanteil, den diese Philippinen in ihre Heimatländer senden sowie über die marginale Konsumneigung getroffen. Im Ergebnis zeigt sich, daß die Philippinen im Saldo von der Emigration profitieren.

Langfristig sind auch positive fiskalische Aspekte denkbar, falls es zu Remigration kommt und unter der Annahme, daß die Migration zu einer Höherqualifizierung der verbleibenden Bevölkerung führt. Allerdings ist für das Herkunftsland

die Investition in Humankapital mit relativ hohen Kosten verbunden, da ja ein Teil des Humankapitals exportiert wird.

4.5 Schlußfolgerungen

Die Rückwirkungen auf die Herkunftsländer hängen entscheidend ab von:

- dem Volumen der Migration
- der Dauer der Migration
- und somit implizit vom Entwicklungsniveau und den Entwicklungsaussichten der Herkunftsländer.

Inwieweit die Rückwirkungen der Emigration auf die Herkunftsländer positiv oder negativ sind, hängt von der Konstellation der verschiedenen Faktoren in den einzelnen Ländern ab. Nach einer ersten Grobeinschätzung könnte die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Tschechien und Ungarn eher gewinnbringend sein, für Länder wie Rumänien und Bulgarien würde der Verlust an Humankapital und negative fiskalische Folgen im Vordergrund stehen. Für Polen ist es besonders schwierig erste Einschätzungen zu liefern, allerdings spricht die weitere Intensivierung des Handels und die wachsende wirtschaftliche Integration mit der restlichen EU dafür, daß negative Auswirkungen nicht allzu gewichtig sein dürften oder sich gar leichte positive Auswirkungen der Freizügigkeit einstellen könnten.

Dem Verlust an Humankapitalinvestitionen und an jungen mobilen Arbeitskräften im Fall der Freizügigkeit muß der Finanztransfer und der Import an zusätzlichem Humankapital im Fall von Rückwanderungen gegengerechnet werden. Aus der Sicht von Richter spricht daher einiges für einen graduellen Übergang zur Freizügigkeit (Richter 1998: 11). Auch nach Einschätzungen von Lucas (1994) spricht einiges dafür, daß die negativen Effekte der Emigration nicht zwingend überwiegen.

Die Erfahrungen anderer europäischer Länder zeigen, daß Emigration langfristig nicht die wirtschaftliche Entwicklung behindern muß. So hat beispielsweise Irland in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten realisieren können, obwohl es immer noch ein Nettoauswanderungsland ist.

5 Schlußfolgerungen und Konzeption der Hauptstudie

Die Migrationstheorie hat die Einkommensdifferenziale sowie die Unterschiede in der Arbeitsmarktlage zwischen Ziel- und Herkunftsländern als wichtigste Wanderungsdeterminanten identifiziert. Ökonometrische Schätzungen bestätigen den Einfluß dieser Variablen auf die Wanderungen nach Deutschland. Allerdings werden bedeutende Einflußgrößen auf die Wanderungsentscheidungen, wie individuelle Präferenzen, soziale und kulturelle Beziehungen oder politische Einflüsse auf das Wanderungsgeschehen in der ökonomischen Migrationstheorie nur sehr global behandelt. Da aber gerade diese Faktoren das Gewicht der objektiv meßbaren Variablen, Einkommen und Arbeitslosigkeit, für die Wanderungsentscheidungen festlegen, kommt ihnen in der Schätzung künftiger Wanderungspotentiale ausschlaggebende Bedeutung zu. Dies um so mehr, als die individuellen, sozialen und kulturellen Faktoren in starkem Maße national geprägt sind und damit die Übertragbarkeit von Untersuchungsergebnissen aus Wanderungsbewegungen in anderen Teilen der Welt beeinträchtigen. Es bleibt daher eine offene Frage, wie hoch die Einkommens- und Arbeitslosigkeitsdifferenziale zwischen den MOE-Staaten und den heutigen EU-Ländern sein können, ohne daß die Wanderungsströme ein allgemein akzeptiertes Niveau übersteigen.

Die vorliegenden Schätzungen der künftigen Wanderungsströme aus den EU-Beitrittsländern weisen auch aus diesem Grund eine große Spannbreite zwischen 130.000 und 620.000 Auswanderern pro Jahr auf. Folgt man den Abschätzungen der regionalen Verteilung der Zuwanderung in die EU15, entfällt etwa die Hälfte auf Deutschland. Damit würde sich die in den letzten Jahren stetig sinkende Nettozuwanderung nach Deutschland (+94.000 im Jahr 1997) in jedem Fall wieder stark erhöhen. Allerdings würde sie das in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erreichte Niveau nicht überschreiten. Für die MOE-Länder würden die geschätzten Auswanderungszahlen eine Emigrationsquote von 0,2 bis 1,0% pro Jahr bedeuten, was im höheren Fall ein durchaus beachtlicher Exodus wäre.

Die Unsicherheiten bei der Abschätzung der künftigen Migrationspotentiale erfordern eine detaillierte Betrachtung der Wanderungsursachen, nicht nur um die Schätzdifferenzen enger einzugrenzen, sondern vor allem den wahrschein-

lichen zeitlichen Verlauf der Wanderungsströme näher zu bestimmen. Erst wenn dieses Zeitprofil der Wanderungen aus den MOE-Staaten unter der Hypothese vollständiger Arbeitnehmerfreizügigkeit vorliegt, kann eine Aussage über die angemessene Dauer einer Übergangsregelung getroffen werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung führt gegenwärtig eine Studie im Auftrag der EU-Kommission durch, die eine Abschätzung der Wanderungspotentiale aus den EU-Beitrittsländern zum Inhalt hat. Sie wird Ende 1999 vorliegen. Gegenwärtig kann nicht beurteilt werden, inwieweit diese Studie den hier formulierten Anforderungen folgt.

Die Migrationstheorie weist darauf hin, daß Migrationsentscheidungen zeitraumbezogen sind, und daher die Erwartungen in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Herkunfts- als auch im Zielland der Migration von großer Bedeutung sind. Positive Erwartungen über die Konvergenz der Wirtschaftsräume erzeugen einen positiven Optionswert für die Nicht-Wandernden, der die Migrationsbewegungen dämpft. Damit erhalten aus der Perspektive dieser Analyse die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in den EU-Beitrittsländern eine entscheidende Bedeutung für das Ausmaß der Wanderungen, wenn man die Aussichten für die EU insgesamt als weitgehend unabhängig von der Höhe der Wanderungen unterstellt. Dies weist darauf hin, daß administrative Regelungen die Kontrolle über die Wanderungsströme nur in beschränktem Umfang herstellen können. Vielmehr stellen wirksame wirtschaftliche Reformen und damit die Sicherung einer hinreichenden Kapitalrendite in den Beitrittsländern die notwendige Bedingung für gleichgewichtige Wanderungsströme dar.

Die verfügbaren Prognosen für die EU-Beitrittsländer zeichnen ein heterogenes Bild: Während für Tschechien und Slowenien bis zum Jahr 2010 ein Einkommensniveau von über 70% des EU15-Durchschnitts erwartet wird, bleiben Polen und Ungarn trotz positiven Wachstums auf längere Frist unter diesem Niveau und erreichen bis 2010 lediglich 50 bis 55%. Dies dürfte zu wenig sein, um die Migration in die Hochlohnländer des Westens einzudämmen, auch wenn man davon ausgeht, daß die Konvergenz für sich genommen dämpfend wirkt. Eine erfolgreiche Restrukturierung und Integration dieser beiden großen Länder bleibt daher Voraussetzung für die Einschränkung der Migrationsströme. Dies um so mehr, als die Länder nach wie vor „Altlasten“ der Transformation mit sich schleppen, deren Beseitigung zu einem zeitweisen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen wird.

Der Migrationsdruck wird insbesondere in Polen durch die demographische Entwicklung verstärkt werden. Nach den Bevölkerungsprognosen der United Nations ist bis zum Jahr 2015 mit einem Anstieg der für die Migration ausschlaggebenden Altersgruppe zwischen 20 und 44 Jahren zu rechnen. In Tschechien und Ungarn geht die Bevölkerungszahl dieser Gruppe hingegen leicht zurück. Demographische Entlastung zeichnet sich für alle drei Länder erst nach 2015 ab. Dies bedeutet, daß auf den heimischen Arbeitsmärkten der Angebotsdruck hoch bleiben wird. Zusätzlich ist damit zu rechnen, daß die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften in den bisherigen EU-Ländern in dieser Zeit durch den Bevölkerungsrückgang insbesondere der erwerbsfähigen Bevölkerung angeregt wird. Von einer wirksamen Beschäftigungspolitik in diesen Ländern wäre daher aus dem Blickwinkel der Migrationspolitik ein entscheidender Beitrag zur Reduzierung der Wanderungsströme zu erwarten.

Allerdings gibt es kaum Aussagen zur künftigen Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den EU-Beitrittsländern. Solche Aussagen sind zwar immer mit relativ großen Unsicherheiten behaftet. Dennoch erscheint eine systematische Analyse der zu erwartenden Freisetzungen im Zuge der Restrukturierung der Wirtschaft, der Beschäftigungspotentiale von Unternehmensgründungen und -expansion, sowie der rechtlichen, institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt unerlässlich, um eine Vorstellung von der wahrscheinlichen, zukünftigen Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in allen Beitrittsländern zu entwickeln.

Offen ist auch die Frage nach der zu erwartenden Struktur der Wanderungen im Hinblick auf die Qualifikation der Arbeitskräfte. Die Spreizung der Einkommen ist nach OECD-Angaben in den EU-Beitrittsländern zwar größer als in Deutschland und Österreich. Inwieweit dies aber zur Eindämmung des befürchteten Brain-Drains führt, ist aufgrund der vorhandenen Datenlage schwer abzuschätzen. Dazu wäre eine differenzierte Betrachtung von Einkommensdifferenzialen und Beschäftigungsperspektiven/-risiken für unterschiedliche Berufsgruppen erforderlich. Möglicherweise haben auch soziale und kulturelle Faktoren für diese Gruppen ein unterschiedliches Gewicht, so daß eine umfassende Bestandsaufnahme von Wanderungsmotiven und -anreizen notwendig erscheint, um nähere Aussagen zur Struktur der Wanderungen machen zu können. Aus der Perspektive der Zielländer ist dies besonders wichtig, weil sich in den Analysen zu den Lohneffekten der Wanderungen gezeigt hat, daß die Verdrän-

gungseffekte vor allem für gering qualifizierte Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Von der Qualifikationsstruktur der Wandernden hängt daher auch das politische Konfliktpotential ab, das aus der Zuwanderung entsteht.

Wenige Informationen liegen auch über die mögliche regionale Verteilung der Wanderungsströme auf Europa vor. Es ist zwar bekannt, daß ethnische Netzwerke starken Einfluß auf die Wanderungen ausüben, aber inwieweit dies zu regionaler Konzentration der Wanderungsströme führt und welche ethnischen Gruppen davon besonders betroffen sind, bleibt weitgehend unbeleuchtet. Unter dem Aspekt der regionalen Verteilung sind die Pendlerbewegungen in den Grenzregionen von besonderer Bedeutung. Die Wirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Arbeitsmärkte und die Einkommensentwicklung in den Grenzregionen können sehr viel stärker sein, als dies im nationalen Durchschnitt sichtbar ist. Sie können daher ebenfalls ein besonderes Konfliktpotential darstellen. Gegenwärtig wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie eine Studie über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Grenzregionen durchgeführt, die allerdings erst Ende 2000 abgeschlossen sein wird.

Die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Zielländer, insbesondere auf Deutschland, sind in der Literatur eingehend behandelt worden. Dies gilt sowohl für die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Zuwanderung, als auch für ihre Wirkungen auf Löhne und Lohnstrukturen. Den Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme wurde hingegen wenig Beachtung geschenkt. Insbesondere sind die Salden aus Einnahmen und Ausgaben in den Steuer- und Sozialversicherungshaushalten für die Gruppe der Zuwanderer nur in Form grober Abschätzungen bekannt. Die vorliegenden Berechnungen sind darüber hinaus zeitpunktbezogen und vernachlässigen daher den zukünftigen Verlauf der Einnahmen und Ausgaben. Unter Anwendung von Generational-Accounting-Ansätzen wäre daher festzustellen, welche Salden sich zum Einwanderungszeitpunkt unter Berücksichtigung von zukünftigen Zahlungs- und Leistungsströmen ergeben. Dies erfordert eine Reihe von Schätzungen und sollte möglicherweise in Form von Szenarien behandelt werden, die unterschiedliche Annahmensetzungen erlauben.

Faßt man die bisherigen Überlegungen zusammen, bleibt zunächst noch unklar, wie die Festlegung von Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gestaltet werden kann. Es ist zu wenig über die Höhe der Wanderungsanreize

und ihre wahrscheinliche Wirkung in den EU-Beitrittsländern bekannt, so daß man kaum abschätzen kann, wann die Wanderungssalden ein (von allen Seiten) akzeptiertes Niveau erreichen werden. Dazu wäre auch einzugrenzen, welches Niveau der Wanderungen mit überwiegend positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen verbunden ist und ab welchem Volumen der Wanderungsströme die negativen Effekte überwiegen. Es bestehen zu große Unsicherheiten über das Ausmaß der erreichbaren wirtschaftlichen Konvergenz, die für die Wanderungen maßgebend erscheint. Schließlich zeichnen sich für die einzelnen EU-Beitrittsländer unterschiedliche Verläufe von Pro-Kopf-Einkommen und potentiell wanderungsbereiter Bevölkerung ab. Bei solchen Unsicherheiten dürfte die Festlegung einer eindeutigen Frist für die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit Risiken behaftet sein. Dies wäre zudem mit der Gefahr verbunden, daß sich unter ungünstigen Bedingungen, wenn die Konvergenzziele nicht erreicht werden, ein Wanderungsstau bildet, der nach Ablauf der Frist einen erhöhten Wanderungsstrom auslösen kann.

Stärkere Sicherheiten böte demgegenüber die Koppelung der Arbeitnehmerfreizügigkeit an das Erreichen bestimmter Entwicklungsniveaus, wie z.B. einer festzulegenden Relation der Pro-Kopf-Einkommen zum EU-Durchschnitt. Die Einkommen nehmen nachweisbar hohen Einfluß auf die Wanderungsströme. Es wäre allerdings zu prüfen, inwieweit andere Indikatoren, wie z. B. die Beschäftigungslage, zusätzlich herangezogen werden müßten. Voraussetzung für die Verwendung solcher Indikatoren ist allerdings, daß eine hohe Korrelation zwischen dem Indikator und den Wanderungsströmen vorhanden ist. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, daß eine starke regionale oder qualifikations-spezifische Konzentration der Wanderungen zu spezifischen Wirkungen führt, die mit einem globalen Indikator kaum erfaßt werden können.

Die Hauptstudie mit dem Titel „Freizügigkeit der Arbeitnehmer für beitretende MOE-Staaten und Festlegung von Übergangsfristen“ sollte eine wissenschaftliche Grundlage für die Festlegung der Übergangsfristen erarbeiten. Dabei sollte sowohl eine zeitliche als auch eine indikator-gebundene Festlegung geprüft werden. Diese Aussage soll in vier Untersuchungsteilen abgeleitet werden:

Einschätzung der Migrationspotentiale

Für die wichtigsten EU-Beitrittsländer (Polen, Tschechien, Ungarn) sollten die Migrationspotentiale unter Berücksichtigung der zu erwartenden Einkommensentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt abgeschätzt werden. Dazu

sollten auch die individuellen, sozialen und kulturellen Einflußgrößen auf die Wanderungen ermittelt und in die Prognose einbezogen werden. Ebenso wäre zu untersuchen, inwieweit die Beitrittsländer über eine wirksame Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in der Lage sein werden, einen Beschäftigungsstand zu erreichen. Es sollten Aussagen über die zu erwartende regionale Verteilung der Wanderungen in die Zielländer aufgrund von ethnischen Netzwerken und anderen Faktoren gemacht werden.

Qualifikationsstruktur der Wanderungen

Im Rahmen einer detaillierten Analyse sind die spezifischen Wanderungsanreize für unterschiedliche Berufs- und Statusgruppen in den EU-Beitrittsländern einzuschätzen. Dazu sind sowohl Einkommensdifferenziale zu berechnen als auch die Wahrscheinlichkeit, im Ziel- oder Herkunftsland arbeitslos zu werden. Die Analysen sollen Aussagen erlauben, mit welcher Wahrscheinlichkeit bestimmte Berufs- oder Bevölkerungsgruppen in die bestehenden EU-Länder, wandern werden.

Fiskalische Wirkungen der Zuwanderung

Unter Verwendung von Generational-Accounting-Ansätzen soll gemessen werden, welche Salden aus Einnahmen und Ausgaben sich in den Steuer- und Sozialhaushalten für einzelne Einwanderer bzw. für Einwanderergruppen ergeben und welche Konsequenzen daraus für die Gestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit entstehen.

Festlegung der Übergangsfristen

Unter Berücksichtigung der vorangehenden Untersuchungsschritte und einer Abwägung der Migrationsfolgen aus der Sicht der Ziel- und der Herkunftsländer sollte die Festlegung von Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit geprüft werden. Dabei ist die zeitliche und die indikator-gebundene Festlegung abzuwägen. Ebenso ist zu prüfen, ob eine differenzierte Behandlung der einzelnen EU-Beitrittsländer erforderlich ist, bzw. ob spezifische regionale Konzentrationen der Wanderungen zu berücksichtigen sind.

Die Studie wird zum Teil empirisches und methodisches Neuland betreten. Zur Abschätzung der sozialen und kulturellen Faktoren dürften eigene Datenerhebungen erforderlich sein. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen in den EU-Beitrittsländern dürfte unumgänglich sein.

Bibliographie

Abowd; Freeman (Hrsg.) 1991

ABOWD, J.; FREEMAN, R. (Hrsg.): *Immigration, Trade and the Labor Market*. Chicago (University of Chicago Press) 1991.

Altonji; Card 1991

ALTONJI, J.; CARD, D.: *The Effects of Immigration on the Labor Market Outcomes of Less-skilled Natives*. Aus: Abowd, J.; Freeman, R. (Hrsg.): *Immigration, Trade and the Labor Market*. Chicago (University of Chicago Press) 1991. S. 201-234.

Appleyard (Hrsg.) 1989

APPLEYARD, Reginald (Hrsg.): *The Impact of International Migration on Developing Countries*. Paris 1989.

Arbeiterkammer 1998

ARBEITERKAMMER: *Osterweiterung der Europäischen Union. Migrationsstudien im Vergleich*. Wien 1998.

Bade (Hrsg.) 1992

BADE, Klaus J. (Hrsg.): *Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. München (C.H. Beck) 1992.

Bade 1994

BADE, Klaus J.: *Ausländer, Aussiedler, Asyl*. München (C.H. Beck) 1994.

Bade; Weiner (Hrsg.) 1997

BADE, Klaus J.; WEINER, Myron (Hrsg.): *Migration Past, Migration Future: Germany and the United States*. Providence/RI-Oxford (Berghahn Books) 1997.

Baldwin-Edwards; Schain (Hrsg.) 1994

BALDWIN-EDWARDS, Martin; SCHAIN, Martin A. (Hrsg.): *The Politics of Immigration in Western Europe*. Nebury-Portland (Frank Cass) 1994.

Barabas et al. 1992

BARABAS, G.; GIESECK, A.; HEILEMANN, U.; LOEFFELHOLZ, H.D. von: *Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988-1991*. In: *RWI-Mitteilungen*, 43. Jg. (1992), S. 133ff.

Barro; Sala-i-Martin 1991

BARRO, Robert; SALA-I-MARTIN, Xavier: *Convergence across States and Regions*. In: *Brookings Papers on Economic Activity*, Jg. 1991, H. 1, S. 107-182.

Barth; Hain 1991

BARTH, S.; HAIN, W.: *Demographie und Rentenversicherung. Langfristige Vorausrechnungen zu den Rentenfinanzen*. In: *Deutsche Rentenversicherung*, Jg. 1991.

Bárta; Url 1997

BÁRTA, Vit; URL, Thomas: *Economies in Transition: Long-term Growth Potential, Capital Accumulation and Labour-capital Substitutability in Five Central European Countries*. Aus: Biffl, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 67-100.

Bauer 1997a

BAUER, T.: *Lohneffekt der Zuwanderung: Eine empirische Untersuchung für Deutschland*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1997, H. 3.

Bauer 1997b

BAUER, T.: *Arbeitsmarkteffekte der Migration und Einwanderungspolitik. Eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland*. o.O. (Physica) 1997.

Bauer; Zimmermann 1995a

BAUER, T.; ZIMMERMANN, K.F.: *Arbeitslosigkeit und Löhne von Aus- und Übersiedlern*. Aus: Steiner, V.; Bellmann, L. (Hrsg.) 1995: *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*. Nürnberg 1995. (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr.192) S. 89ff.

Bauer; Zimmermann 1995b

BAUER, T.; ZIMMERMANN, K.F.: *Modeling International Migration: Economic and Econometric Issues*. Aus: van der Erf, R.; Heering, L. (Hrsg.): *Causes of International Migration: Proceedings of a Workshop, Luxembourg, 14-16 December 1994*. Luxembourg 1994. S. 95-115.

Bauer; Zimmermann 1997a

BAUER, T.; ZIMMERMANN, K.F.: *Unemployment and Wages of Ethnic Germans*. In: *The Quarterly Review of Economics and Finance*, 37. Jg. (1997), S. 361-377.

Bauer; Zimmermann 1997b

BAUER, T.; ZIMMERMANN, K.F.: *Integrating the East: The Labour Market Effects of Immigration*. Aus: Black, S.W. (Hrsg.): *Europe's Economy Looks East - Implications for Germany and the European Union*. Cambridge 1997. S. 269-306.

Baumeister (Hrsg.) 1991

BAUMEISTER, H.P. (Hrsg.): *Integration von Vertriebenen*. Weinheim (Beltz) 1991.

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hrsg.) 1995

BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE DER AUSLÄNDER (Hrsg.): *Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1995*. Bonn 1995.

Bender; Karr 1993

BENDER, S.; KARR, W.: *Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitnehmern - Ein Versuch, nationalitätenspezifische Arbeitslosenquoten zu erklären*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 26. Jg. (1993), S. 192ff.

Bender; Seifert 1996

BENDER, S.; SEIFERT, W.: *Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt: Nationalitäten- und geschlechtsspezifische Unterschiede*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 25. Jg. (1996), H. 6, S. 473-495.

Bhagwati (Hrsg.) 1976

BHAGWATI, J.N. (Hrsg.): *The Brain Drain and Taxation II. Theory and Empirical Analysis*. North Holland 1976.

Bhagwati 1976

BHAGWATI, J.N.: *The International Brain Drain and Taxation*. Aus: Bhagwati, J.N. (Hrsg.): *The Brain Drain and Taxation II. Theory and Empirical Analysis*. North Holland 1976.

Bhagwati 1985

BHAGWATI, J.N.: *Dependence and Interdependence*. Cambridge Mass. (MIT Press) 1985.

Biffi (Hrsg.) 1997a

BIFFL, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (= Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten)

Biffi 1997b

BIFFL, G.: *Migration, Labour Market and Regional Integration: The role of the Education System*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 269-289.

Black (Hrsg.) 1997

BLACK, S.W. (Hrsg.): *Europe's Economy Looks East - Implications for Germany and the European Union*. Cambridge 1997.

Blanchard; Katz 1992

BLANCHARD, O.L.; KATZ, L.F.: *Regional Evolutions*. o.O. 1992. (= Brookings Papers on Economic Activity)

Blaschke, D. 1991

BLASCHKE, Dieter: *Sozialbilanz der Aussiedlung in den 80er und 90er Jahren*. Aus: Baumeister, H.P. (Hrsg.): *Integration von Vertriebenen*. Weinheim (Beltz) 1991. S. 35-77.

Blaschke, J. 1991

BLASCHKE, Jochen: *International Migration and East-West Migration. Political and Economic Paradoxes*. In: *Migration*, Jg. 1991, H. 11/12, S. 29-46.

Booth 1992

BOOTH, Heather: *The Migration Process in Britain and West-Germany. Two demographic studies of migrant populations*. Aldershot-Brookfield u.a. (Avebury) 1992.

Borjas 1985

BORJAS, George J.: *Assimilation, Changes in Cohort Quality, and the Earnings of Immigrants*. In: *Journal of Labor Economics*, 3. Jg. (1985), H. 4, S. 463-489.

Borjas 1990

BORJAS, G.J.: *Friends or Strangers - The Impact of Immigrants on the U.S. Economy*. New York 1990.

Borjas 1993

BORJAS, George J.: *The Impact of Immigrants on Employment Opportunities of Natives*. Aus: OECD (Hrsg.): *The Changing Course of International Migration*. Paris 1993.

Borjas 1994

BORJAS, George J.: *The Economics of Immigration*. In: *Journal of Economic Literature*, 27. Jg. (1994), S. 1667-1717.

Borjas 1995

BORJAS, George J.: *The Economic Benefits from Immigration*. In: *Journal of Economic Perspectives*, 9. Jg. (1995), H. 2, S. 3-22.

Breska et al. (Hrsg.) 1998

BRESKA, E. von; BRUSUS, M.; GIERING, C.; INOTAI, A.; WOHLFELD, M. (Hrsg.): *Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union*. Gütersloh 1998.

Breuss; Tesche 1997

BREUSS, Fritz; TESCHE, Jean: *A General Equilibrium Analysis of East-West Migration: The Case of Austria and Hungary*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 101-126.

Brezis; Krugman 1993

BREZIS, Elise; KRUGMAN, Paul: *Immigration, Investment and Real Wages*. In: *NBER Working Paper*, Jg. 1993, H. 4563.

Brücker 1997

BRÜCKER, Herbert: *Europäische Union: Osterweiterung beschleunigt Konvergenz*. In: *DIW - Wochenbericht*, Jg. 1997, H. 14.

Büchel; Wagner 1996

BÜCHEL, Felix; WAGNER, Gert: *Educational Prospects of Children of Immigrants in West Germany*. Berlin 1996. (= unveröffentlichtes Manuskript)

Bucher 1993

BUCHER, H.: *Die Außenwanderungsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 51. Jg. (1993), S. 260ff.

Bundesanstalt für Arbeit 1998

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: *Arbeitsmarkt 1997*. Nürnberg 1998. (= Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit)

Bundesarbeitsblatt 1999

BUNDESARBEITSBLATT: *Tschechien. Ungünstige Lage am Arbeitsmarkt*. In: *Bundesarbeitsblatt*, Jg. 1999, H. 4, S. 26ff.

Bundesministerium des Inneren 1998

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN: *Aufzeichnungen zur Ausländerpolitik und zum Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1998.

Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.) 1997

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (Hrsg.): *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa*. Bonn 1997.

Burda 1992

BURDA, Michael C.: *The Determination of East-West-Migration: Some First Results*. Dublin 1992.

Burda 1996

BURDA, Michael C.: *Structural Change and Unemployment in Central and Eastern Europe*. Aus: Lehmann, Hartmut; Wadsworth, Jonathan (Hrsg.): *Labour Markets by Design. Labour Market Policies and Creative Use of Household Surveys in Transformation Economies*. München 1996. (=ifo studies on eastern europe and the economics of transition 21) S. 9-29.

Burda 1998

BURDA, Michael C.: *The Consequences of EU Enlargement for Central and Eastern European Labour Markets*. London 1998. (= Discussion Paper Series No. 1881)

Butcher; Card 1991

BUTCHER, K.; CARD, D.: *Immigration and Wages: Evidence from the 1980s*. In: *American Economic Review*, 81. Jg. (1991), H. 05/91, S. 292-296.

Card 1990

CARD, D.: *The Impact of the Mariel Boatlift on the Miami Labor Market*. In: *Industrial and Labor Relations Review*, 43. Jg. (1990), H. 1, S. 245-257.

Castles; Miller 1993

CASTLES, Stephen; MILLER, Mark J.: *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Basingstoke-London (Macmillian Press) 1993.

Chesnais 1991

CHESNAIS, Jean-Claude: *The USSR Emigration - Past, Present and Future*. Paris 1991.

Chiswick; Hurst 1996

CHISWICK, Barry R.; HURST, Michael E.: *The Employment, Unemployment and Unemployment Compensation Benefits of Immigrants*. In: *Research in Employment Policy*, Jg. 1996, S. o.A..

Chiswick (Hrsg.) 1982

CHISWICK, B. (Hrsg.): *The Gateway: U.S. Immigration Issues and Policies*. Washington, D.C. 1982.

Chiswick 1982

CHISWICK, B.: *The Impact of Immigration on the Level and Distribution of Economic Well-Being*. Aus: Chiswick, B. (Hrsg.): *The Gateway: U.S. Immigration Issues and Policies*. Washington, D.C. 1982. S. 289-313.

Chiswick; Cohen; Zach 1996

CHISWICK, Barry R.; COHEN, Yinon; ZACH, Tzippi: *The Labour Market Status of Immigrants: The Role of Unemployment at Arrival and Duration of Residence*. In: *Industrial and Labor Relation Review*, Jg. 1996.

Cohen (Hrsg.) 1995

COHEN, Robin (Hrsg.): *The Cambridge Survey on Migration*. Cambridge-New York (Cambridge Univ. Press) 1995.

Cross (Hrsg.) 1992

CROSS, Malcom (Hrsg.): *Ethnic Minorities and industrial Change in Europe and North America*. Cambridge-New York (Cambridge Univ. Press) 1992.

Csaba 1998

CSABA, László: *A decade of transformation in Hungarian Economic Policy: Dynamics, Constraints and Prospects*. In: *Europe-Asia Studies*, 50. Jg. (1998), H. 8, S. 1381-1391.

De New; Zimmermann 1994

DE NEW, J.P.; ZIMMERMANN, K.F.: *Native wage impacts of foreign labor: A random effects panel analysis*. In: *Journal of Population Economics*, 7. Jg. (1994), H. 2, S. 177-192.

de Tinquy; de Wenden 1993

DE TINGUY, Anne; DE WENDEN, Catherine: *Eastern Europe: What Benefits from the Brain Drain?* In: *The OECD Observer*, Jg. 1993, H. 184, S. 33-36.

Delbrück; Raffelhüschen 1993

DELBRÜCK, Christopher; RAFFELHÜSCHEN, Bernd: *Die Theorie der Migration*. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Jg. 1993, H. 3/4, S. 341-356.

Deutsche Bundesbank 1998

DEUTSCHE BUNDESBANK: *Zahlungsbilanz nach Regionen*. Frankfurt 1998.
(= Sonderveröffentlichung 11)

Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1998

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): *Demographischer Wandel. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik*. Bonn 1998.

Diekmann; Engelhardt; Hartmann 1993

DEIKMANN, A.; ENGELHARDT, H.; HARTMANN, P.: *Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland: Diskriminierung von Frauen und Ausländern?* In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 26. Jg. (1993), S. 386ff.

Dietz; Hilkes 1994

DIETZ, Barbara; HILKES, Peter: *Integriert oder isoliert? Zur Situation rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*. München (Olzog) 1994.

Dinkel; Lebock 1993

DINKEL, Reiner H.; LEOCK, Uwe: *Könnten durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehoben oder gemildert werden?* In: *Deutsche Rentenversicherung*, Jg. 1993, H. 6, S. 388-400.

Dinkel; Lebock 1994

DINKEL, Reiner H.; LEOCK, Uwe: *Demographische Aspekte der vergangenen und zukünftigen Zuwanderung nach Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"*, Jg. 1994, H. B48/94, S. 27-36.

Docquier; Rapoport 1998

DOCQUIER, Frederic; RAPOPORT, Hillel: *Are migrant minorities strategically self-selected?* In: *Journal of Population Economics*, 11. Jg. (1998), S. 579-588.

Döhrn (Hrsg.) 1998

DÖHRN (Hrsg.): *Osterweiterung der EU - Neue Chancen für Europa?* Berlin (Duncker und Humblot) 1998. (= Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 62)

Donges et al. 1998

DONGES, Jürgen B.; EEKHOFF, Johann; MÖSCHL, Wernhard; NEUMANN MANFRED J.M.; SIEVERT, Oliver (Kronberger Kreis): *Osterweiterung der Europäischen Union. Als Chance zur Reform begreifen* Bad Homburg 1998. (= Schriftenreihe: Band 33)

Dövényi; Vukovich 1996

DÖVÉNYI, Zoltán; VUKOVICH, Gabriella: *Ungarn und die internationale Migration*. Aus: Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (Hrsg.): *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt a.M. - New York (Campus Verlag) 1996. S. 263-284.

Dustmann 1991

DUSTMANN, Christian: *Temporary Migration and the Investment in Human Capital*. Badia Fiesolana - San Domenico (FI) 1991. (= EUI Working Paper ECO No. 91/47)

EBRD 1998

EUROPEAN BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT (EBRD): *Transition Report 1998. Financial Sector in Transition*. London 1998.

Economic Council of Canada 1991

ECONOMIC COUNCIL OF CANADA: *Economic and Social Impact of Immigration. A Research Report prepared for the Economic Council of Canada* Ottawa 1991.

Eichengreen 1994

EICHENGREEN, Barry: *Thinking about Migration: Notes on European Migration Pressures at the Dawn of the Next Millennium*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993* Tübingen (J.C.B. Mohr) 1994. S. 4-23.

Erbenová 1997

ERBENOVÁ, Michaela: *Regional Labour Mobility, Wages and Unemployment in the Czech Republik*. In: *Prague Economic Papers*, Jg. 1997, H. 1, S. 53-74.

Europäische Kommission (Hrsg.) 1994

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.): *Soziales Europa. Europäische Integration und der europäische Arbeitsmarkt*. Brüssel - Luxemburg 1994.

Europäische Kommission 1998

EUROPÄISCHE KOMMISSION, GD WuF: *Europäische Wirtschaft, Nr. 65/1998*. Luxemburg - Brüssel 1998.

Europäische Kommission 1999

EUROPÄISCHE KOMMISSION: *Agenda 2000 Erweiterung. Gesamtdokument 1998. Fortschritte der einzelnen Bewerberländer auf dem Weg zum Beitritt*. Luxemburg 1999. (= Bulletin der Europäischen Union Beilage 4/98)

Europäische Kommission Vertretung in München; Euregio Egrensis

EUROPÄISCHE KOMMISSION VERTRETUNG IN MÜNCHEN; EUREGIO EGRENSIS: *Dokumentation zum 2. Bayerisch-sächsischen Relai-Treffen zum Thema "Die Osterweiterung der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum" Bayreuth 25. Februar 1999*. München - Marktredwitz 1999.

Eurostat 1996

STATISTISCHES AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: *Eurostat Jahrbuch 1996 - Europa im Blick der Statistik 1985-1995*. Luxemburg - Brüssel 1996.

Eurostat 1997

STATISTISCHES AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: *Bevölkerungsstatistik 1997*. Luxemburg 1997.

Faist et al. (Hrsg.) 1996

FAIST, T. (Hrsg.): *Neue Migrationsprozesse: politisch-institutionelle Regulierung und Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt*. Bremen 1996. (= Arbeitspapier Nr. 6/1996)

Fassmann; Hintermann 1997

FASSMANN, Heinz; HINTERMANN, Christiane: *Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn*. Wien (Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) 1997.

Fassmann; Münz (Hrsg.) 1996

FASSMANN, Heinz; MÜNZ, Rainer (Hrsg.): *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt a.M. - New York (Campus Verlag) 1996.

Fassmann; Münz 1994

FASSMANN, Heinz; MÜNZ, Rainer: *European East-West Migration, 1945-1992*. In: *International Migration Review*, 3. Jg. (1994), S. 520-538.

Felderer 1994

FELDERER, B.: *Immigration, the Labor Market, and Structural Adjustment: The Case of Germany*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993* Tübingen (J.C.B. Mohr) 1994. S. 71-84.

Fleischhacker; Münz (Hrsg.) 1998

FLEISCHHACKER, J.; MÜNZ, R. (Hrsg.): *Demographie Aktuell. Vorträge - Aufsätze - Forschungsberichte*. Berlin 1998. (= Tagungsband der 31. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft)

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1994

FORSCHUNGSINSTITUT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): *Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik*. Düsseldorf 1994. (= Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr.32)

Franz, P. 1984

FRANZ, P.: *Soziologie der räumlichen Mobilität. Eine Einführung* Frankfurt a. M.; New York 1984.

Franz, W. 1991

FRANZ, W.: *International Migratory Movements: The German Experience*. Konstanz 1991. (= Discussion Paper)

Franzmeyer; Brücker 1997

FRANZMEYER, Fritz; BRÜCKER, Herbert: *Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration*. In: *DIW - Wochenbericht*, Jg. 1997, H. 5.

Frick; Wagner 1996

FRICK, J.; WAGNER, G.: *Zur sozio-ökonomischen Lage von Zuwanderern in West-Deutschland*. Berlin 1996. (= Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 140)

Friedberg; Hunt 1995

FRIEDBERG, R. M.; HUNT J.: *The Impact of Immigrants on Host Country Wages, Employment and Growth*. In: *Journal of Economic Perspectives*, 9. Jg. (1995), H. 2, S. 23-44.

Gabrisch 1997

GABRISCH, Hubert: *Eastern Enlargement of the European Union: Macroeconomic Effects in New Member States*. In: *Europe-Asia Studies*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 567-590.

Gács; Winkler (Hrsg.) 1994

GÁCS, J.; WINKLER, G. (Hrsg.): *International Trade and Restructuring in Eastern Europe*. Heidelberg - New York (Physika-Verlag) 1994. (= Contributions to Economics)

Galor 1992

GALOR, O.: *The Choice of Factor Mobility in a Dynamic World*. In: *Journal of Population Economics*, 5. Jg. (1992), S. 135-144.

Galor; Stark 1990

GALOR, O.; STARK, O.: *Migrant's savings, the probability of Return migration and migrant's performance*. In: *International Economic Review*, 31. Jg. (1990), H. 2, S. 463-467.

Galor; Stark 1991

GALOR, O.; STARK, O.: *The Impact of Differences in the Levels of Technology on International Labor Migration*. In: *Journal of Population Economics*, 4. Jg. (1991), S. 1-12.

Garibaldi; Brixiova 1998

GARIBALDI, P.; BRIXIOVA, Z.: *Labor Market Institutions and Unemployment Dynamics in Transition Economies*. In: *IMF Staff Papers*, 45. Jg. (1998), H. 2, S. 269-308.

Garson; Redor; Lemaître 1997

GARSON, Jean-Pierre; REDOR, Dominique; LEMAÎTRE, Georges: *Regional Integration and the Outlook for Temporary Migration in Central and Eastern Europe*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 299-333.

Goldberg; Sen 1993

GOLDBERG, Andreas; SEN, Faruk: *Ein neuer Mittelstand? - Unternehmensgründungen von ehemaligen türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *WSI-Mitteilungen*, Jg. 1993, H. 3, S. 163-173.

Goldin 1994

GOLDIN, C.: *The Political Economy of Immigration Restriction in the United States 1890-1921*. Aus: Goldin, C.; Libecap, G. (Hrsg.): *The Regulated Economy: A Historical Approach to Political Economy*. Chicago (University of Chicago Press) 1994. S. 223-257.

Goldin; Libecap (Hrsg.) 1994

GOLDIN, C.; LIBECAP, G. (Hrsg.): *The Regulated Economy: A Historical Approach to Political Economy*. Chicago (University of Chicago Press) 1994.

Golinowska 1993

GOLINOWSKA, Stanislaw: *Ageing and the labour market in Poland and Eastern Europe*. Aus: Johnson, Paul; Zimmermann, Klaus (Hrsg.): *Labour markets in an ageing Europe*. Cambridge (Cambridge University Press) 1993. S. 79-97.

Góra 1997

GÓRA, Marek: *Central and Eastern European labour markets in transition*. Aus: Zecchini, Salvatore (Hrsg.): *Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s*. Dordrecht - Boston - London (Kluwer Academic Publishers) 1997. S. 393-412.

Gornig et al. 1999

GORNIG, M.; JESCHEK, W.; SCHULZ, E.; STILLE, F.: *Internationale Arbeitskräftemobilität und Dienstleistungsbeschäftigung in Deutschland*. Berlin 1999.

Government Population Council

GOVERNMENT POPULATION COUNCIL: *Report on Regional Population Meeting: Poland*. Budapest 1998.

Graziani 1994

GRAZIANI, Giovanni: *Trade Patterns and Comparative Advantages of Central Eastern Europe with EC Countries*. Aus: Gács, J.; Winkler, G. (Hrsg.): *International Trade and Restructuring in Eastern Europe*. Heidelberg - New York (Physika-Verlag) 1994. (=Contributions to Economics) S. 211-237.

Greenwood 1985

GREENWOOD, M.: *Human Migration: Theory, Models and Empirical Studies*. In: *Journal of Regional Sciences*, 25. Jg. (1985), S. 521-544.

Grohmann 1984

GROHMANN, H.: *Die gesetzliche Rentenversicherung im demographischen Wandel. Gutachten für den Sozialbeirat*. Bonn 1984.

Grüner 1992

GRÜNER, Hans: *Mobilität und Diskriminierung. Deutsche und ausländische Arbeiter auf einem Arbeitsmarkt*. Frankfurt a.M. - New York (Campus) 1992.

Haisken-DeNew 1996

HAIKEN-DENEW, J.P.: *Migration and the Inter-Industry Wage Structure in Germany*. Berlin (Springer) 1996. (= Population Economics)

Haisken-DeNew; Zimmermann 1995

HAIKEN-DENEW, J.P.; ZIMMERMANN, K.F.: *Wage and Mobility Effects of Trade and Migration*. o.O. 1995. (= Heft 1318)

Hardes; Stupp 1996

HARDES, Heinz-Dieter; STUPP, Stefan: *Die Integrationserfahrungen Südeuropas: Wirtschaftlicher Wegweiser für eine Osterweiterung der Europäischen Union?* In: *Ost-europa-Wirtschaft*, 41. Jg. (1996), H. 4, S. 354-383.

Harris; Todaro 1970

HARRIS, J.; TODARO, M.: *Migration, Unemployment and Development. A Two Sector Analysis*. In: *American Economic Review*, 60. Jg. (1970), H. P&P, S. 126-142.

Havlik 1996

HAVLIK, Peter: *Exchange Rates, Competitiveness and Labour Costs in Central and Eastern Europe*. Wien 1996. (= Forschungsberichte No. 231)

Heckmann 1992

HECKMANN, Friedrich: *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen*. Stuttgart (Enke) 1992.

Heitmeyer (Hrsg.) 1996

HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.): *Was hält eine multi-ethnische Gesellschaft zusammen?* Frankfurt a.M. (Suhrkamp) 1996.

Herbert 1996

HERBERT, Ulrich: *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1990*. Berlin-Bonn (J.H.W. Dietz) 1996.

Hillmann; Rudolph 1996

HILLMANN, Felicitas; RUDOLPH, Hedwig: *Jenseits des Brain Drain. Zur Mobilität westlicher Fach- und Führungskräfte nach Polen*. Berlin 1996. (= Discussion Paper FS I 96-103)

Hof 1993

HOF, Bernd: *Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020*. Köln (Deutscher Instituts-Verlag) 1993.

Hof 1994

HOF, Bernd: *Möglichkeiten und Grenzen der Eingliederung von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"*, Jg. 1994, H. B48/97, S. 11-25.

Hof 1996

HOF, B.: *Szenarien künftiger Zuwanderungen und ihre Auswirkungen auf Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung*. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Jg. 1996, H. 80 (1/1996), S. 139ff.

Höhn; Rein (Hrsg.) 1990

HÖHN, C.; REIN, D. (Hrsg.): *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden (Boldt) 1990. (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 20)

Hollifield 1992

HOLLIFIELD, James F.: *Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Postwar Europe*. Cambridge-London (Harvard Univ. Press) 1992.

Holst; Schupp 1994

HOLST, Elke; SCHUPP, Jürgen: *Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt*. In: *DIW - Wochenbericht*, Jg. 1994, H. 35, S. 609-617.

Hönekopp (Hrsg.) 1987

HÖNEKOPP, E. (Hrsg.): *Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1987.

Hönekopp 1997a

HÖNEKOPP, E.: *Labour Migration to Germany from Central and Eastern Europe - Old and New Trends*. Nürnberg 1997. (= IAB labour market research topics No. 23)

Hönekopp 1997b

HÖNEKOPP, E.: *The New Labor Migration as an Instrument of German Foreign Policy*. Aus: Münz, Rainer; Weiner, Myron (Hrsg.): *Migrants, Refugees, and Foreign Policy: US and German Policies Towards Countries of Origin*. Providence/RI-Oxford (Berghahn Books) 1997.

Hunt 1992

HUNT, J.: *The Impact of the 1962 Repatriates from Algeria on the French Labor Market*. In: *Industrial and Labor Relations Review*, 45. Jg. (1992), H. 4, S. 556-572.

Hunya 1997

HUNYA, Gábor: *Foreign Direct Investment and its Effects in the Czech Republic, Hungary and Poland*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 137-174.

Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung (Hrsg.) 1995

INSTITUT FÜR DEUTSCHLAND- UND OSTEUROPAFORSCHUNG (Hrsg.): *Informationsdienste in der ehemaligen Sowjetunion. Dokumente, Berichte, Meldungen, Kommentare, Meinungen, Zahlen*. Göttingen (Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung) 1995. (= Band 28/29)

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (Hrsg.) 1999

INSTITUT FÜR MIGRATIONSFORSCHUNG UND INTERKULTURELLE STUDIEN (Hrsg.): *IMIS-Beiträge 11/1999*. Osnabrück 1999.

Jackman; Pauna 1997

JACKMAN, Richard; PAUNA, Catalin: *Labour market policy and the reallocation of labour across sectors*. Aus: Zecchini, Salvatore (Hrsg.): *Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s*. Dordrecht - Boston - London (Kluwer Academic Publishers) 1997. S. 373-412.

Johnson; Zimmermann (Hrsg.) 1993

JOHNSON, Paul; ZIMMERMANN, Klaus (Hrsg.): *Labour markets in an ageing Europe*. Cambridge (Cambridge University Press) 1993.

Jungfer et al. 1993

JUNGFER, Eberhardt; HEIM, Susanne; KAHRS, Horst; MEYER, Ahlrich: *Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa*. Berlin (Schwarze Risse/Rote Strasse) 1993.

Kiehl; Werner 1998

KIEHL, M.; WERNER, H.: *Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten in der EU*. Nürnberg 1998. (= IAB Werkstattbericht Nr. 7/30.07.1998)

Klauder 1995

KLAUDER, W.: *Probleme der Außenwanderung aus Sicht der Arbeitsmarktprognostik*. Aus: Neumann, H.; Niemann, H. (Hrsg.): *Migration und soziale Probleme*. Berlin 1995. (=Materialien des Deutschen Instituts für Urbanistik, Nr. 17/95) S. 45ff.

Klös 1992

KLÖS, Hans-Peter: *Integration der Einwanderer Ost-/Südosteuropas in den deutschen Arbeitsmarkt*. In: *Sozialer Fortschritt*, 41. Jg. (1992), H. 11, S. 261-270.

Knappe; Winkler (Hrsg.) 1997

KNAPPE, Eckhard; WINKLER, Albrecht (Hrsg.): *Herausforderungen an die deutsche Sozialpolitik*. Frankfurt a.M. - New York (Campus) 1997.

Koll; Ochel; Vogler-Ludwig 1993

KOLL, R.; OCHEL, W.; VOGLER-LUDWIG, K.: *Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf Bayern*. o.O. 1993. (= Schriftenreihe des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung)

Koller 1993

KOLLER, B.: *Aussiedler nach dem Deutschkurs: Welche Gruppen kommen rasch in Arbeit?* In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1993, H. 3, S. 207-221.

Koller 1995

KOLLER, B.: *Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Aussiedler*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 28. Jg. (1995), S. 109ff.

Koller 1997

KOLLER, B.: *Aussiedler der großen Zuwanderungswellen - was ist aus ihnen geworden? Eingliederungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1997, H. 4, S. 766-789.

Konrad-Adenauer-Stiftung 1998

BRAUN, Gerald; TOPAN, Angelina: *Internationale Migration. Ihre Folgen für die Ursprungsländer und Ansätze eines Migrationsregimes*. Sankt Augustin 1998.

Korcelli 1996

KORCELLI, Piotr: *Die polnische Auswanderung seit 1945*. Aus: Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (Hrsg.): *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt a.M. - New York (Campus Verlag) 1996. S. 245-262.

Körner 1990

KÖRNER, H.: *Internationale Mobilität der Arbeit. Eine empirische und theoretische Analyse der internationalen Wirtschaftsmigration im 19. und 20. Jahrhundert* Darmstadt 1990.

Körner 1993

KÖRNER, H.: *Die Ost-West-Migration - Eine neue Völkerwanderung?* In: *Wirtschaftsdienst*, 73. Jg. (1993), H. 2, S. 79-85.

Körner 1999

KÖRNER, H.: *"Brain Drain" aus Entwicklungsländern*. Aus: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (Hrsg.): *IMIS-Beiträge 11/1999*. Osnabrück 1999. S. 55-64.

Kramer 1997

KRAMER, Caroline: *Weniger Jugendliche ohne Schulabschluß aus integrierten Schulsystemen. Unterschiede im Schulerfolg nach Nationalität, Geschlecht und Region*. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 17. Jg. (1997), H. 1, S. 5-9.

Krätke; Heeg; Stein 1997

KRÄTKE, S.; HEEG, S.; STEIN, R.: *Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen "Ost" und "West"*. Frankfurt a.M. - New York (Campus) 1997.

Krueger 1994

KRUEGER, Anne O.: *Eastern Europe: Trade, Capital Imports, or Migration*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993* Tübingen (J.C.B. Mohr) 1994. S. 151-167.

Kupiszewski; Durham; Rees 1998

KUPISZEWSKI, M.; DURHAM, H.; REES, P.: *Internal Migration and Urban Change in Poland*. In: *European Journal of Population*, Jg. 1998, H. 14, S. 265-290.

Lahmann 1998

LAHMANN, Herbert: *Starke Ausweitung des Handels mit den Reformländern Mittel- und Osteuropas von 1992 bis 1997*. In: *DIW - Wochenbericht*, Jg. 1998, H. 7.

LaLonde; Topel 1991

LALONDE, R.; TOPEL, R.: *Labor Market Adjustments to Increased Immigration*. Aus: Abowd, J.; Freeman, R. (Hrsg.): *Immigration, Trade and the Labor Market*. Chicago (University of Chicago Press) 1991. S. 167-200.

Landesmann 1997

LANDESMANN, Michael A.: *Emerging Patterns of European Industrial Specialisation: Implications for Trade Structures, FDI and Migration Flows*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 49-67.

Langmantel; Vogler-Ludwig (in Vorbereitung)

LANGMANTEL, E.; VÖGLER-LUDWIG, K.: *Entlastungspotential eines Teilkapitalstocks unter alternativen Bevölkerungsannahmen*. Bonn (in Vorbereitung).

Layard et al. 1992

LAYARD, Richard; BLANCHARD, Oliver; DORNBUSCH, Rüdiger; KRUGMAN, Paul: *East-West Migration. The Alternatives*. Cambridge - Massachusetts - London (The MIT Press) 1992.

Layard; Nickell; Jackman 1991

LAYARD, R.; NICKELL, S.; JACKMAN, R.: *Unemployment: Macroeconomic Performance and the Labour Market*. Oxford (Oxford University Press) 1991.

Lederer 1997

LEDERER, Harald W.: *Migration und Integration in Zahlen*. Bonn 1997.

Lederer; Nickel 1997

LEDERER, Harald W.; NICKEL, Axel: *Illegale Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bamberg 1997.

Lehmann; Wadsworth (Hrsg.) 1996

LEHMANN, Hartmut; WADSWORTH, Jonathan (Hrsg.): *Labour Markets by Design. Labour Market Policies and Creative Use of Household Surveys in Transformation Economies*. München 1996. (= ifo studies on eastern europe and the economics of transition 21)

Leiprecht 1997

LEIPRECHT, Ingrid: *Who leaves the agricultural sector? Uncovering hidden flows in agricultural employment in the process of transition in Poland*. München 1997. (= Band 37)

Lewis 1954

LEWIS, W. A.: *Economic Development with Unlimited Supplies of Labour*. Manchester 1954. (= The Manchester School of Economic and Social Studies 22)

Loeffelholz 1994

LOEFFELHOLZ, H.D. von: *Zuwanderung: Erfahrungen und Perspektiven der Zuwanderung in die Bundesrepublik aus ökonomischer Sicht*. Aus: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik*. Düsseldorf 1994. (=Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr.32) S. 59f.

Loeffelholz; Gieseck; Buch 1994

LOEFFELHOLZ, H.D. von; GIESECK, A.; BUCH, H.: *Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik*. Essen 1994. (= Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung)

Loeffelholz; Köpp 1998

LOEFFELHOLZ, H. D.; KÖPP, G.: *Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland*. Berlin (Duncker & Humblot) 1998. (= Schriftenreihe des Rheinisch Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung)

Lubyova 1997

LUBYOVA, Martina: *Education Systems and Labour Mobility: One-way Flows or Brain Exchanges. Comments on the paper by Gudrun Biffel, WIFO, Vienna, "Migration, labour market and regional integration: the role of the education system"*. Aus: Biffel, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 295-298.

Lucas 1990

LUCAS, Robert E.: *Why Doesn't Capital Flow from Rich to Poor Countries?* In: *American Economic Review*, 80. Jg. (1990), S. 92-96.

Lucas 1994

LUCAS, Robert E.: *The Experience of Developing Countries: Lessons for Transforming Socialist Economies*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993 Tübingen* (J.C.B. Mohr) 1994. S. 197-216.

Maier 1999

MAIER, J.: *Global denken - regional handeln: die Wirtschaft im deutsch-tschechischen Grenzraum vor neuen Herausforderungen - aus der Sicht eines Regionalökonom*. Aus: (Hrsg.): *Dokumentation zum 2. Bayerisch-sächsischen Relaisreffen zum Thema "Die Osterweiterung der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum" Bayreuth 25. Februar 1999*. München - Marktredwitz 1999. S. 56-64.

Marplan (Hrsg.) 1994

MARPLAN (Hrsg.): *Ausländer in Deutschland. Soziale Situation*. Offenbach 1994.

Marsden 1994

MARSDEN, D.: *Integration der europäischen Arbeitsmärkte*. Aus: Europäische Kommission (Hrsg.): *Soziales Europa. Europäische Integration und der europäische Arbeitsmarkt*. Brüssel - Luxemburg 1994. S. 1-46.

Martin 1991

MARTIN, Philip: *The Unfinished Story. Turkish Labor Migration to Western Europe*. Genf (International Labor Organisation) 1991.

Mayerhofer; Wolfmayer-Schnitzer 1997

MAYERHOFER, Wolfgang; WOLFMAYER-SCHNITZER, Yvonne: *Gateway Cities in the Process of Regional Integration in Central and Eastern Europe: The case of Vienna*. Aus: Biffl, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 181-213.

Mehrländer; Schulze 1994

MEHRLÄNDER, Ursula; SCHULZE, Günther: *Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland*. Aus: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik*. Düsseldorf 1994. (=Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr.32)

Meis 1993

MEIS, Norbert: *Aspekte struktureller und differentieller Mobilität von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) 1993. (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 78)

Merkle; Zimmermann 1991

MERKLE, Lucie; ZIMMERMANN, K.F.: *Savings, Remittances, and Return Migration*. München 1991. (= Münchener wissenschaftliche Beiträge, Nr. 91-22)

Miera 1996

MIERA, Frauke: *Zuwanderer und Zuwanderinnen aus Polen in Berlin in den 90er Jahren. Thesen über Auswirkungen der Migrationspolitiken auf ihre Arbeitsmarktsituation und Netzwerke*. Berlin 1996. (= Discussion Paper FS I 96-106)

Mühleisen; Zimmermann 1994

MÜHLEISEN, M.; ZIMMERMANN, K.F.: *A Panel Analysis of Job Changes and Unemployment*. In: *European Economic Review*, Jg. 1994, H. 38, S. 793-801.

Münz 1995

MÜNZ, Rainer: *Where Did They All Come From? Typology and Geography of European Mass Migration in the Twentieth Century*. Berlin 1995. (= Demographie aktuell 7)

Münz; Seifert 1999

MÜNZ, R.; SEIFERT, W.: *Immigration to Europe and its Consequences for the Host Societies*. Berlin 1999.

Münz; Seifert; Ulrich 1997

MÜNZ, R.; SEIFERT, W.; ULRICH, R.: *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Frankfurt (Campus Verlag) 1997.

Münz; Ulrich 1996

MÜNZ, R.; ULRICH, R.: *Internationale Wanderungen von und nach Deutschland, 1945-1994 - Demographische, politische und gesellschaftliche Aspekte räumlicher Mobilität*. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Jg. 1996, H. 80, S. 5-35.

Münz; Ulrich 1997

MÜNZ, Rainer; ULRICH, Ralf: *Das Zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Demographische Prognosen bis 2030*. Berlin 1997.

Münz; Weiner (Hrsg.) 1997

MÜNZ, Rainer; WEINER, Myron (Hrsg.): *Migrants, Refugees, and Foreign Policy: US and German Policies Towards Countries of Origin*. Providence/RI-Oxford (Berghahn Books) 1997.

Nachtigal 1998

NACHTIGAL, Vladimír: *The Czech Economy in the First Half of the 1990s: Comparison with similar European Economies*. In: *Prague Economic Papers*, Jg. 1998, H. 1, S. 3-31.

Nesporova 1997

NESPOROVA, Alena: *Education Systems and Labour Mobility: The Particularities of Eastern Europe. Comments on the Paper by Gudrun Biffl, "Migration, labour market and regional integration: the role of the education system"*. Aus: Biffl, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 291-294.

Neumann; Niemann (Hrsg.)

NEUMANN, H.; NIEMANN, H. (Hrsg.): *Migration und soziale Probleme*. Berlin 1995. (= Materialien des Deutschen Instituts für Urbanistik, Nr. 17/95)

Ochel; Vogler-Ludwig 1992

OHEL, W.; VOGLER-LUDWIG, K.: *International Migration - A New Challenge for Industrialized Countries*. o.O. 1992. (= Tokyo Club Papers, Band 6)

OECD (Hrsg.) 1993

OECD (Hrsg.): *The Changing Course of International Migration*. Paris 1993.

OECD (Hrsg.) 1996

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1996 Czech Republic*. Paris 1996.

OECD (Hrsg.) 1997a

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1997 Poland*. Paris 1997.

OECD (Hrsg.) 1997b

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1996-1997 Slovenia*. o.O. 1997.

OECD (Hrsg.) 1997c

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Survey 1997 Hungary*. Paris 1997.

OECD (Hrsg.) 1998a

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1998 Poland*. Paris 1998.

OECD (Hrsg.) 1998b

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1998 Czech Republic*. Paris 1998.

OECD (Hrsg.) 1998c

OECD (Hrsg.): *Economic Outlook*. Paris 1998. (= December 1998)

OECD (Hrsg.) 1999

OECD (Hrsg.): *OECD Economic Surveys 1999 Hungary*. Paris 1999.

Okolski 1998

OKOLSKI, Marek: *Poland's Population and Population Movements: An Overview*. Aus: Freijka, Tomas; Okolski, Marek; Sword, Keith (Hrsg.): *In-Depth Studies on Migration in Central and Eastern Europe: The Case of Poland*. New York - Geneva 1998. (=Economic Studies Nr. 11) S. 9-24.

Parnreiter 1994

PARNREITER, C.: *Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise*. Wien (Promedia) 1994.

Pischke; Velling 1994

PISCHKE, Jörn-Steffen; VELLING, Johannes: *Wage and Employment Effects of Immigration to Germany: An Analysis Based on Local Markets*. o.O. 1994. (= MIT Working Papers)

Pope; Withers 1993

POPE, David; WITHERS, Glenn: *Do Migrants Rob Jobs? Lessons of Australian History, 1861-1991*. In: *Journal of Economic History*, Jg. December 1993, H. 53, S. 719-742.

Pöschl 1999a

PÖSCHL, Josef: *Czech Republic: Medium- and Long-Term Economic Prospects*. Wien 1999. (= Analytical Forecasts March 1999)

Pöschl 1999b

PÖSCHL, Josef: *Transition Countries in 1998/99: Widespread Economic Slowdown with Escalating Structural Problems*. Aus: Pöschl, Josef et al. (Hrsg.): *Transition Countries in 1998/99: Widespread Economic Slowdown with Escalating Structural Problems*. Wien 1999. (=Research Reports No. 253) S. 1-35.

Pöschl et al. (Hrsg.) 1999

PÖSCHL, Josef (Hrsg.): *Transition Countries in 1998/99: Widespread Economic Slowdown with Escalating Structural Problems*. Wien 1999. (= Research Reports No. 253)

Rehfeld 1991

REHFELD, U.: *Ausländische Arbeitnehmer und Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung*. In: *Deutsche Rentenversicherung*, Jg. 1991, S. 480ff.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Politikwissenschaften der Universität Münster 1996

LOEFFELHOLZ, H.D. von; THRÄNHARDT, D.; GIESECK, A. (Berab.): *Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf 1996.

Richard; Welfens (Hrsg.) 1996

RICHARD, Tilly; WELFENS, Paul J.J. (Hrsg.): *European Economic Integration as a Challenge to Industry and Government. Contemporary and Historical Perspectives on International Economic Dynamics*. Berlin (Springer) 1996.

Richter 1998

RICHTER, Sándor: *Current issues of the European Union's eastern enlargement*. Aus: Richter, Sándor et al. (Hrsg.): *EU Eastern Enlargement: Challenge and Opportunity. An overview of subject-related WIIW studies*. Wien 1998. (=Forschungsberichte No. 249) S. 1-14.

Richter et al. (Hrsg.) 1998

RICHTER, Sándor (Hrsg.): *EU Eastern Enlargement: Challenge and Opportunity. An overview of subject-related WIIW studies*. Wien 1998. (= Forschungsberichte No. 249)

Ronge 1993

RONGE, Volker: *Ost-West-Wanderung nach Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Jg. 1993, H. B7/93, S. 16-28.

Rosati et al. 1998

ROSATI, Dariusz et al.: *Transition Countries in the First Quarter 1998: Widening Gap between Fast and Slow Reformers*. Wien 1998. (= Forschungsberichte No. 248)

Santel 1995a

SANTEL, B.: *Die Lebenslage junger Migranten: Zur Problematik der "Dritten Generation"*. In: *Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.)*, Jg. 1995, H. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 55, S. 7ff.

Santel 1995b

SANTEL, B.: *Migration in und nach Europa. Erfahrungen, Strukturen, Politik*. Opladen (Leske+Buderich) 1995.

Sassen 1996

SASSEN, S.: *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europas*. Frankfurt a. M. 1996.

Schaich 1998

SCHAICH, E.: *Der demographische Umbruch in Mittel- und Osteuropa: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen in den einzelnen Ländern*. Aus: Fleischhacker, J.; Münz, R. (Hrsg.): *Demographie Aktuell. Vorträge - Aufsätze - Forschungsberichte*. Berlin 1998. (=Tagungsband der 31. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft) S. 7-21.

Schmähl 1995

SCHMÄHL, Winfried: *Migration und soziale Sicherung - Über die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung: Das Beispiel der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung*. o.O. 1995.

Schmalz-Jacobsen; Hansen (Hrsg.)

SCHMALZ-JACOBSEN, Cornelia; HANSEN, Georg (Hrsg.): *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland*. München (C.H. Beck) 1995.

Schmid; Chruszcz 1994

SCHMID, Josef; CHRUSCZ, Detlef: *Demographische Untersuchung zur Frage eines Einwanderungsbedarfs in die Europäische Union*. In: *Forum Demographie und Politik*, Jg. 1994, H. 5, S. 18-45.

Schmidt 1991

SCHMIDT, B.B.: *Zur Entwicklung der Situation und zur beruflichen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Jg. 1991, S. 405ff.

Schmidt 1994

SCHMIDT, C. M.: *The Economic Performance of Germany's East European Immigrants*. München 1994.

Schmidt; Stiliz; Zimmermann 1994

SCHMIDT, C.M.; STILIZ, A.; ZIMMERMANN, K.F.: *Mass Migration, Unions, and Government Intervention*. In: *Journal of Public Economics*, Jg. 1994, H. 55, S. 185-210.

Schmidt; Zimmermann 1992

SCHMIDT, C.M.; ZIMMERMANN, K.F.: *Migration Pressure in Germany: Past and Future*. Aus: Zimmermann, K.F. (Hrsg.): *Migration and Economic Development*. Berlin (Springer-Verlag) 1992. S. 7-21.

Schrumpf 1987

SCHRUMPF, H.: *Zur Entwicklung der Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *RWI-Mitteilungen*, Jg. 1987, H. 37/38, S. 480ff.

Schuck; Münz (Hrsg.) 1997

SCHUCK, Peter; MÜNZ, Rainer (Hrsg.): *Paths to Inclusion: The Integration of Migrants in the United States and Germany*. Providence/RI-Oxford (Berghahn Books) 1997.

Schultz; Nothnagle (Hrsg.) 1996

SCHULTZ, H.; NOTHNAGLE, A. (Hrsg.): *Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder*. Potsdam (Verlag für Berlin-Brandenburg) 1996.

Schulz; Seiring 1994

SCHULZ, E., SEIRING, K.: *Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt*. In: *Wochenbericht des DIW*, Jg. 1994, H. 35, S. 609-617.

Seifert (Hrsg.) 1995

SEIFERT, W. (Hrsg.): *Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik*. Berlin 1995.

Seifert 1994

SEIFERT, W.: *Berufliche und ökonomische Mobilität ausländischer Arbeitnehmer - Längsschnittanalysen mit dem Sozio-Ökonomischen Panel*. Aus: Werner, H.; Seifert, W. (Hrsg.): *Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt*. Nürnberg 1994. (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 178) S. 7-84.

Seifert 1995

SEIFERT, W.: *Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik - Eine Längsschnittanalyse mit dem Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989*. Berlin (Ed. Sigma) 1995.

Seifert 1996a

SEIFERT, W.: *Berufliche, ökonomische und soziale Mobilität von Arbeitsmigranten zwischen 1984 und 1993*. Aus: Zapf, Wolfgang; Schupp, Jürgen; Habich, Roland (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt a.M.- New York (Campus) 1996. S. 240-263.

Seifert 1996b

SEIFERT, W.: *Neue Zuwandergruppen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Eine Analyse der Arbeitsmarktchancen von Aussiedlern, ausländischen Zuwanderern und ostdeutschen Übersiedlern*. In: *Soziale Welt*, 47. Jg. (1996), H. 2, S. 180-201.

Siebert (Hrsg.) 1994

SIEBERT, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993 Tübingen* (J.C.B. Mohr) 1994.

Sieveking; Reim; Sandbrink 1997

SIEVEKING, K.; REIM, V.; SANDBRINK, S.: *Werkvertragsarbeitnehmer aus osteuropäischen Ländern: Politische Konzepte und arbeitsmarktpolitische Probleme. Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung.* o.O. 1997. (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76)

Sievert 1993

SIEVERT, Horst: *Internationale Wanderungsbewegungen - Erklärungsansätze und Gestaltungsfragen.* In: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 129. Jg. (1993), H. 3, S. 229-255.

Simon 1989

SIMON, J. L.: *The Economic Consequences of Immigration.* Cambridge/MA. 1989.

Sirovátka 1998

SIROVÁTKA, Tomáš: *Social Transfers in the Period of Transformation and their Effects.* In: *Prague Economic Papers*, Jg. 1998, H. 4, S. 346-361.

Sjaastad 1962

SJAASTAD, L. A.: *The Costs and Returns of Human Migration.* In: *Journal of Political Economy*, 70. Jg. (1962), S. 80-83.

Smith; Edmonston (Hrsg.) 1997

SMITH, J. P.; EDMONSTON, B. (Hrsg.): *The New Americans: Economic, Demographic, and Fiscal Effects of Immigration.* Washington D. C. 1997.

Socha; Sztanderska 1996

SOCHA, Mięczysław; SZTANDERSKA, Urszula: *Recent Developments in the Polish Labour Markets: Structural Adjustment in Employment.* Aus: Lehmann, Hartmut; Wadsworth, Jonathan (Hrsg.): *Labour Markets by Design. Labour Market Policies and Creative Use of Household Surveys in Transformation Economies.* München 1996. (=ifo studies on eastern europe and the economics of transition 21) S. 31-45.

SOPEMI 1994

OECD (Hrsg.): *Trends in International Migration (SOPEMI). Annual Report 1993.* Paris 1994.

SOPEMI 1995

OECD (Hrsg.): *Trends in International Migration (SOPEMI). Annual Report 1994.* Paris 1995.

SOPEMI 1998

OECD (Hrsg.): *Trends in International Migration (SOPEMI). Annual Report 1998*. Paris 1998.

Stark 1991

STARK, O.: *The Migration of Labor*. Cambridge, Mass. (Basil Blackwell) 1991.

Stark; Chau 1998

STARK, Oded; CHAU, Nancy H.: *Human Capital Formation, Asymmetric Information, and the Dynamics of International Migration*. Wien 1998. (= Reihe Ökonomie No. 52)

Stark; Helmenstein; Prskawetz 1998

STARK, Oded; HELMENSTEIN, Christian; PRSKAWETZ, Alexia: *Human Capital Depletion, Human Capital Formation, and Migration: A Blessing in a "Curse"?* Wien 1998. (= Reihe Ökonomie No. 55)

Stark; Levhari 1982

STARK, O; LEVHARI, D.: *On Migration and Risk in LDCs*. In: *Economic Development and Cultural Change*, 31. Jg. (1982), H. 1, S. 191-196.

Statistisches Bundesamt 1982 (verschiedene Jahrgänge)

STATISTISCHES BUNDESAMT: *Statistisches Jahrbuch*. Wiesbaden 1982.

Statistisches Bundesamt 1999

STATISTISCHES BUNDESAMT: *Wirtschaft und Statistik 2/1999. Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997*. In: *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 1999, H. 2, S. 96-110.

Steiner; Bellmann (Hrsg.) 1995

STEINER, V.; BELLMANN, L. 1995 (Hrsg.): *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*. Nürnberg 1995. (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr.192)

Steinmann 1996

STEINMANN, Gunter: *Makroökonomische Ansätze zur Erklärung von internationalen Migrationsprozessen*. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Jg. 1996, H. 80, S. 36-49.

Straubhaar 1988

STRAUBHAAR, T.: *On the Economics of International Labor Migration*. Bern - Stuttgart 1988.

Straubhaar 1995

STRAUBHAAR, T.: *Neuere Entwicklungen in der Migrationstheorie*. In: *Wirtschaftsstudium*, 24. Jg. (1995), H. 5, S. 243-248.

Straubhaar 1997

STRAUBHAAR, T.: *Zuwanderung und Sozialstaat: Bedrohung oder Chance?* Aus: Knappe, Eckhard; Winkler, Albrecht (Hrsg.): *Herausforderungen an die deutsche Sozialpolitik*. Frankfurt a.M. - New York (Campus) 1997. S. 47-64.

Straubhaar; Weber 1994

STRAUBHAAR, T.; WEBER, R.: *On the Economics of Immigration: Some Empirical Evidence for Switzerland*. In: *International Review of Applied Economics*, 8. Jg. (1994), H. 2, S. 107ff.

Straubhaar; Wolter 1996

STRAUBHAAR, T.; WOLTER, A.: *Aktuelle Brennpunkte der europäischen Migrationsdiskussion*. o.O. 1996. (= Wirtschaftsdienst, Band 9)

Straubhaar; Zimmermann 1993

STRAUBHAAR, T.; ZIMMERMANN, K.F.: *Towards a European Migration Policy*. In: *Population Research and Policy Review*, 12. Jg. (1993), S. 225-241.

Tapinos 1997

TAPINOS, GEORGES: *The Need to Better Identify the Links Between Migration, Free Trade and Regional Integration and to Pursue New Thinking on these Issues*. Aus: Biffi, G. (Hrsg.): *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*. Wien (Verlag Österreich) 1997. (=Schriftenreihe des Bundeskanzleramts, Staatssekretariat für Europäische Angelegenheiten) S. 373-377.

Thränhardt 1994

THRÄNHARDT, D.: *Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerberländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik*. Neuss 1994.

Tkaczynski 1997

TKACZYNSKI, Jan Wiktor: *Von der "polnischen Wirtschaft" zum "polnischen Tiger" Europas?* In: *Osteuropa-Wirtschaft*, 41. Jg. (1996), H. 3, S. 275-292.

Torado 1969

TORADO, M. P.: *A Model of Labor Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries*. In: *American Economic Review*, 59. Jg. (1969), S. 138-148.

Ulrich 1992

ULRICH, R.: *Der Einfluß der Zuwanderung auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Deutschland*. In: *Acta Demographica*, Jg. 1992, H. 12, S. 189ff.

United Nations (Hrsg.) 1998

FREIJKA, Tomas; OKOLSKI, Marek; SWORD, Keith (Hrsg.): *In-Depth Studies on Migration in Central and Eastern Europe: The Case of Poland*. New York - Geneva 1998. (= Economic Studies Nr. 11)

United Nations 1997

UNITED NATIONS: *The Sex and Age Distribution of the World Populations. The 1996 Revision*. New York 1997.

Université de Lausanne (Hrsg.) 1993

UNIVERSITE DE LAUSANNE (Hrsg.): *Les migrations internationales*. Lausanne (Payot) 1993. (= Publications de l'université de Lausanne, Fascicule 84, Cours général public 1992-93)

van der Erf; Heering (Hrsg.) 1994

VAN DER ERF, R.; HEERING, L. (Hrsg.): *Causes of International Migration: Proceedings of a Workshop, Luxembourg, 14-16 December 1994*. Luxembourg 1994.

Velling 1994

VELLING, Johannes: *Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt: Sind die neuen Migranten die "Gastarbeiter" der neunziger Jahre?* Mannheim 1994. (= ZEW-Wirtschaftsanalysen 3)

Velling 1995a

VELLING, J.: *Immigration und Arbeitsmarkt. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 1995. (= Schriftenreihe des ZEW)

Velling 1995b

VELLING, J.: *Die Arbeitserlaubnis als Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Steuerung internationaler Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt*. Mannheim 1995. (= ZEW-Discussion Paper 95-16)

Vidal 1998

VIDAL, Jean-Pierre: *The effect of emigration on human capital formation*. In: *Journal of Population Economics*, 11. Jg. (1998), S. 589-600.

Vincentz 1997

VINCENTZ, Volkhart: *Die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft*. München 1997. (= Working Paper Nr. 207 des Osteuropa-Instituts München)

Vincentz et al. 1998

VINCENTZ, Volkhart; QUAISSER, Wolfgang; BRANDMEIER, Michael; PEPPEGATHER, Alexandra: *Wachstumsfaktoren in Transformationsländern*. München 1998. (= Working Papers Nr. 211)

Vintrová 1998

VINTROVÁ, Ruzena: *Convergence of Real Economy in Central and Eastern European Countries on European Union*. In: *Prague Economic Papers*, Jg. 1998, H. 4, S. 291-310.

Vogel 1996

VOGEL, D.: *Zuwanderung und Sozialstaat. Fiskalische Effekte der Zuwanderung - ihre Messung und Interpretation.* Frankfurt a.M. 1996.

Vogler-Ludwig 1991

VOGLER-LUDWIG, K.: *Migration of Labour: New Pressure from Eastern Europe.* Birmingham 1991.

Wallace et al. 1998

WALLACE, C.; BEDZIR, V.; CHMOULIAR, O.; SIDORENKO, E.: *Some Characteristics of Labour Migration and the Central European Buffer Zone.* Wien 1998. (= Reihe Soziologie Nr. 25)

Walterskirchen; Dietz 1998

WALTERSKIRCHEN, Ewald; DIETZ, Raimund: *Auswirkungen der EU-Ost-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt.* Wien 1998.

Wehrmann 1989

WEHRMANN, M.: *Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Vergangenheit und Zukunft.* Baden-Baden 1989.

Weise et al. 1997

WEISE, C.; BRÜCKER, H.; FRANZMEYER, F.; LODAHL, M.; MÖBIUS, U.; SCHULTZ, S.; SCHUHMACHER, D.; TRABOLD, H.: *Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU - Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.* Berlin (Duncker & Humblot) 1997. (= Beiträge zur Strukturforchung, Heft 167)

Werner 1995

WERNER, H.: *Economic Integration and Migration: The European Case.* Nürnberg 1995. (= IAB labour market research topics No. 12)

Werner 1996a

WERNER, H.: *Befristete Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen.* In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1996, H. 1, S. 36-52.

Werner 1996b

WERNER, H.: *European Economic Integration. Employment, Unemployment and Migration.* Aus: Richard, Tilly; Welfens, Paul J.J. (Hrsg.): *European Economic Integration as a Challenge to Industry and Government. Contemporary and Historical Perspectives on International Economic Dynamics.* Berlin (Springer) 1996. S. 71-96.

Werner; Seifert (Hrsg.) 1994

WERNER, H.; SEIFERT, W. (Hrsg.): *Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt.* Nürnberg 1994. (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 178)

White; Liang 1994

WHITE, Michael J.; LIANG, Zai: *The Effect of Immigration on the Internal Migration of the Native Born Population, 1981-90*. o.O. 1994.

Winkelmann; Zimmermann 1993

WINKELMANN, R.; ZIMMERMANN, K.F.: *Ageing, Migration and Labour mobility*. Aus: Johnson, Paul; Zimmermann, Klaus (Hrsg.): *Labour markets in an ageing Europe*. Cambridge (Cambridge University Press) 1993. S. 288-283.

Winter-Ebmer; Zimmermann 1998

WINTER-EBMER, R.; ZIMMERMANN, K.F.: *East-West Trade and Migration: The Austro-German Case*. München 1998. (= Münchener wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 98-03)

Wisniewski 1997

WISNIEWSKI, Zenon: *Effekte des EU-Beitritts auf den Arbeitsmarkt in Polen*. In: *Osteuropa-Wirtschaft*, 42. Jg. (1997), H. 3, S. 293-300.

Wolter 1997

WOLTER, A.: *Qualifikationsspezifische Determinanten der Migration nach Deutschland*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 1997, H. 3, S. 657-662.

Wolter; Straubhaar 1997

WOLTER, A.; STRAUBHAAR, T.: *Europeanisation of Production and the Migration of the Highly Skilled*. Hamburg 1997. (= HWWA-Diskussionspapier Nr. 41)

World Bank 1996

WORLD BANK: *World Development Report 1996. From Plan to Market*. o.O. (Oxford University Press) 1996.

Wyplosz 1994

WYPLOSZ, Charles: *Migration from the East: The Role of Reform and Capital Mobility*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993*. Tübingen (J.C.B. Mohr) 1994. S. 173-191.

Zapf; Schupp; Habich (Hrsg.) 1996

ZAPF, Wolfgang; SCHUPP, Jürgen; HABICH, Roland (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt a.M. - New York (Campus) 1996.

Zdenek 1997

ZDENEK, Lukas: *Die Landwirtschaft der Oststaaten 1996*. In: *Osteuropa-Wirtschaft*, 42. Jg. (1996), H. 3, S. 231-247.

Zecchini (Hrsg.) 1997

ZECCHINI, Salvatore (Hrsg.): *Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s*. Dordrecht - Boston - London (Kluwer Academic Publishers) 1997.

Zimmermann (Hrsg.) 1992

ZIMMERMANN, K.F. (Hrsg.): *Migration and Economic Development*. Berlin (Springer) 1992.

Zimmermann 1991

ZIMMERMANN, K.F.: *Migration Pressure in Germany: Past and Future*. München 1991.
(= Münchener wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 91/24)

Zimmermann 1993

ZIMMERMANN, K.F.: *Ökonomische Konsequenzen der Migration für den heimischen Arbeitsmarkt*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Jg. 1993, H. 129.

Zimmermann 1995a

ZIMMERMANN, K. F.: *Tackling the European Migration Problem*. In: *Journal of Economic Perspectives*, 9. Jg. (1995), H. 2, S. 45-62.

Zimmermann 1995b

ZIMMERMANN, K.F.: *European Migration: Push and Pull*. o.O. 1995.

Zimmermann 1995c

ZIMMERMANN, K.F.: *Immigration Policies in Europe: An Overview*. Aus: Siebert, Horst (Hrsg.): *Migration: A Challenge for Europe. Symposium 1993* Tübingen (J.C.B. Mohr) 1994. S. 227-258.

Zimmermann 1998

ZIMMERMANN, K.F.: *Immigration und Arbeitsmarkt: Eine ökonomische Perspektive*. o.O. 1998. (= Discussion Paper Series des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit)